

Sozialversicherung  
für  
Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau



Satzung

in der Fassung des 6. Nachtrages vom 25.11.2014

**beschlossen von der Vertreterversammlung**

**genehmigt durch Bescheid des Bundesversicherungsamtes vom 15.12.2014**

<b>I. ALLGEMEINES.....</b>	<b>8</b>
§ 1 Rechtsstellung, Aufbau, Sitz, Dienstherrnfähigkeit .....	8
§ 2 Zweck, Aufgaben .....	8
§ 3 Zuständigkeit, Geschäftsstellen, weitere Standorte .....	9
 <b>II. VERFASSUNG.....</b>	 <b>9</b>
§ 4 Organe, Dienstsiegel .....	9
 1. Organe der Selbstverwaltung.....	 10
1.1 Gemeinsame Bestimmungen .....	10
§ 5 Wählbarkeit, Ehrenamt, Entschädigung .....	10
§ 6 Mitwirkung, Vorsitz, Vorsitzwechsel in den Selbstverwaltungsorganen .....	10
§ 7 Geschäftsordnung, Beschlussfähigkeit .....	11
1.2 Vertreterversammlung .....	11
§ 8 Zahl der Mitglieder der Vertreterversammlung .....	11
§ 8a Übergangsregelung für die Vertreterversammlung .....	11
§ 9 Aufgaben .....	12
§ 10 Beschlussfassung über Satzungsänderungen .....	13
§ 11 Schriftliche Abstimmung .....	13
1.3 Vorstand .....	13
§ 12 Zahl der Mitglieder des Vorstandes .....	13
§ 12a Übergangsregelung für den Vorstand .....	13
§ 13 Aufgaben .....	14
 2. Beiräte, Ausschüsse.....	 15
§ 14 Fachausschüsse .....	15
§ 14a Beiräte.....	15
§ 15 Widerspruchsausschüsse.....	16
§ 15a Übergangsregelung zu den Widerspruchsausschüssen.....	16
§ 16 Rentenausschüsse der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft .....	18
§ 16a Übergangsregelung zu den Rentenausschüssen .....	19
§ 17 Rechnungsabnahmeausschuss, Finanzausschuss .....	19
§ 18 Präventionsausschuss.....	20
 3. Geschäftsführung .....	 20
§ 19 Dienstbezeichnung und Aufgaben.....	20
 4. Vertrauenspersonen .....	 21
§ 20 Vertrauenspersonen .....	21
§ 20a Übergangsregelung für Vertrauenspersonen .....	22
 5. Vertretung, Willenserklärungen .....	 22
§ 21 Vertretung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau .....	22
§ 22 Willenserklärungen .....	22
 <b>III. UNFALLVERSICHERUNG .....</b>	 <b>23</b>
1. Prävention .....	23
§ 23 Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Erste Hilfe.....	23
§ 24 Überbetrieblicher sicherheitstechnischer Dienst .....	23
2. Leistungen .....	24
§ 25 Leistungen nach Eintritt eines Versicherungsfalles .....	24
§ 26 Wartezeit bei Verletztengeld, Berechnung bei nicht kontinuierlicher Arbeitsverrichtung und –vergütung.....	24
§ 27 Wartezeit bei Rente .....	25
§ 28 Jahresarbeitsverdienst, Mehrleistungen.....	25

3. Betriebs- und Haushaltshilfe .....	26
§ 29 Betriebshilfe während der stationären Behandlung.....	26
§ 30 Betriebshilfe bei Arbeitsunfähigkeit .....	26
§ 31 Betriebshilfe für Ehegatten oder Lebenspartner.....	26
§ 32 Erstreckung der Betriebshilfe .....	26
§ 33 Haushaltshilfe .....	27
§ 34 Gestellte Ersatzkräfte .....	27
§ 35 Selbstbeschaffte betriebsfremde Ersatzkräfte.....	28
§ 36 Verletzengeld anstelle von Betriebs- und Haushaltshilfe .....	28
§ 37 Betriebs- und Haushaltshilfe nur im Inland.....	28
§ 38 Selbstbeteiligung bei Betriebs- und Haushaltshilfe .....	29
4. Aufbringung der Mittel .....	29
4.1 Beitragsmaßstab .....	29
§ 39 Allgemeines .....	29
§ 39a Beitragsberechnung, Beitragsvorschüsse und Fälligkeit der Beiträge für das Umlagejahr 2012.....	29
§ 40 Beitragsmaßstab.....	30
§ 41 Arbeitsbedarf als Abschätztarif .....	31
§ 42 Arbeitswert.....	31
§ 43 Tatsächlicher Arbeitsaufwand .....	32
§ 44 Jagdfläche .....	33
§ 45 - unbesetzt - .....	33
§ 46 Grundbeitrag.....	33
4.2 Risikogruppen.....	34
§ 47 Bildung der Risikogruppen .....	34
4.3 Berechnung der Beiträge.....	34
§ 48 Jahresbeitrag, Stichtag .....	34
§ 49 Berechnung des Beitrags .....	35
§ 49a Härtefallregelung für die Umlagejahre 2013 bis 2017 .....	35
§ 50 Berechnung der Risikogruppenfaktoren.....	35
§ 51 Berechnung des Deckungsfaktors Grundbeiträge und Verwendung der Grundbeiträge.....	35
§ 52 Beitragsvorschüsse und Fälligkeit der Beiträge .....	36
§ 53 Beitragsermäßigung .....	37
4.4 Finanzierung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft .....	37
§ 54 Finanzierung des Umlagesolls .....	37
§ 55 Finanzierung der Risikogruppen.....	37
§ 56 Solidarischer Ausgleich zwischen den Risikogruppen .....	37
§ 56a Solidarischer Ausgleich zwischen den Risikogruppen für 2013 .....	38
§ 57 Solidarischer Ausgleich innerhalb der Risikogruppen .....	38
5. Anzeige- und Unterstützungspflicht der Unternehmerinnen und Unternehmer .....	39
§ 58 Unterstützung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft durch die Unternehmerinnen und Unternehmer.....	39
§ 59 Anzeigepflicht der Unternehmerinnen und Unternehmer .....	39
§ 60 Anzeige der Unfälle und Berufskrankheiten .....	40
§ 61 Nachweisprüfung .....	41
§ 62 Arbeitswert- und Betriebsunterlagen .....	41
6. Beitragsausgleichsverfahren .....	41
§ 63 Beitragsausgleichsverfahren .....	41
§ 64 Durchführung des Beitragsnachlassverfahrens .....	42
7. Beitragseinzug, Reihenfolge der Tilgung, Sicherheitsleistung .....	44
§ 65 Beitragseinzug und Reihenfolge der Tilgung.....	44
§ 66 Beitragsabfindung und Sicherheitsleistung .....	44
§ 67 Mahnverfahren.....	45
6. Ausdehnung der Versicherung.....	45
6.1 Zusatzversicherung .....	45
§ 68 Voraussetzungen und Wirkung der Zusatzversicherung.....	45
§ 69 Beitrag.....	46
§ 70 Beginn und Ende der Zusatzversicherung .....	46

6.2 Freiwillige Versicherung .....	47
§ 71 Kreis der Versicherungsberechtigten, Umfang der Leistung, Jahresarbeitsverdienst .....	47
§ 72 Beginn und Ende der Versicherung.....	47
§ 73 Beitrag für freiwillig Versicherte .....	48
7. Befreiung von der Versicherung.....	48
§ 74 Versicherungsbefreiung.....	48
<b>IV. ALTERSSICHERUNG .....</b>	<b>49</b>
1. Versicherter Personenkreis .....	49
§ 75 Versicherter Personenkreis .....	49
2. Leistungen .....	49
§ 76 Allgemeines .....	49
§ 77 Auszahlungsverfahren.....	49
3. Rehabilitation.....	50
§ 78 Grundsätze .....	50
§ 79 Durchführung von Anschlussheilbehandlungen .....	50
§ 80 Persönliche Voraussetzungen für Kinderrehabilitationen.....	50
§ 81 Leistungsumfang und Zuzahlungen bei Kinderrehabilitationen .....	51
§ 82 Ergänzende Leistungen bei Kinderrehabilitationen sowie Nach- und Festigungskuren .....	52
§ 83 Persönliche Voraussetzungen für Nach- und Festigungskuren wegen maligner Geschwulst- und Systemerkrankungen.....	52
§ 84 Versicherungsrechtliche Voraussetzungen für Nach- und Festigungskuren .....	52
§ 85 Dauer der Nach- und Festigungskuren .....	52
§ 86 Ausschluss von Nach- und Festigungskuren .....	52
§ 87 Wiederholung von Nach- und Festigungskuren .....	53
§ 88 Zuzahlung bei Leistungen zur medizinischen Rehabilitation.....	53
§ 89 Reisekosten .....	53
§ 90 Sicherung des Erfolges der Leistungen zur Teilhabe.....	53
§ 91 Rehabilitationsvorbereitung .....	54
§ 92 Rehabilitationsnachsorge .....	54
4. Betriebs- und Haushaltshilfe .....	54
§ 93 Betriebs- und Haushaltshilfe für Begleitpersonen während einer Kinderheilbehandlung .....	54
§ 94 Betriebs- und Haushaltshilfe bei Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder bei Nach- und Festigungskuren wegen Geschwulsterkrankungen.....	55
§ 95 Betriebs- und Haushaltshilfe bei Schonungszeit .....	55
§ 96 Betriebs- und Haushaltshilfe bei Arbeitsunfähigkeit .....	55
§ 97 Betriebs- und Haushaltshilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft .....	56
§ 98 Betriebs- und Haushaltshilfe bei medizinischen Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen.....	56
§ 99 Betriebs- und Haushaltshilfe bei Tod.....	56
§ 100 Ersatzkräfte bei Betriebs- und Haushaltshilfe, Betriebs- und Haushaltshilfe nur im Inland .....	57
§ 101 Antrag .....	57
5. Zahlung und Einzug der Beiträge.....	57
§ 102 Beitragseinzug, Reihenfolge der Tilgung und Mahnverfahren .....	57
<b>V. KRANKENVERSICHERUNG .....</b>	<b>57</b>
1. Versicherter Personenkreis und Mitgliedschaft.....	57
§ 103 Kreis der Mitglieder.....	57
§ 104 Kreis der Familienversicherten .....	58
§ 105 Ende der freiwilligen Mitgliedschaft .....	58
2. Leistungen .....	58
2.1 Leistungen zur Verhütung von Krankheiten .....	58
§ 106 Übersicht über die Leistungen.....	58
§ 107 Primärprävention .....	59

§ 108 Schutzimpfungen .....	60
§ 109 Medizinische Vorsorgeleistungen .....	60
2.2 Leistungen bei Krankheiten .....	60
§ 110 Häusliche Krankenpflege .....	60
2.3 Betriebs- und Haushaltshilfe .....	60
§ 111 Betriebshilfe während stationärer Behandlung .....	60
§ 112 Betriebshilfe bei Krankheit .....	60
§ 113 Betriebshilfe während Schwangerschaft und Mutterschaft .....	61
§ 114 Erstreckung der Betriebshilfe .....	61
§ 115 Haushaltshilfe .....	62
§ 116 Haushaltshilfe für landwirtschaftliche Unternehmerinnen oder Unternehmer, arbeitende Ehegatten oder Lebenspartner ohne landwirtschaftlichen Haushalt .....	62
§ 117 Haushaltshilfe für sonstige Personen .....	62
§ 118 Ersatzkräfte bei Betriebs- und Haushaltshilfe, Betriebs- und Haushaltshilfe nur im Inland .....	62
§ 119 Antrag .....	63
2.4 Leistungsdaten .....	63
§ 120 Auskunft über Leistungsdaten .....	63
2.5 Hausarztzentrierte Versorgung und besondere ambulante ärztliche Versorgung .....	63
§ 121 Teilnahme an der hausarztzentrierten Versorgung und an der besonderen ambulanten ärztlichen Versorgung .....	63
2.6 Kostenerstattung .....	65
§ 122 Kostenerstattung für Versicherte .....	65
§ 123 Teilkostenerstattung .....	67
2.7 Wahltarife .....	67
§ 124 Selbstbehalt .....	67
§ 125 Prämienzahlung bei Nichtinanspruchnahme von Leistungen .....	68
§ 126 Bonus für gesundheitsbewusstes Verhalten .....	68
§ 127 Prämienzahlung bei Teilnahme an besonderen Versorgungsformen .....	69
§ 128 Begrenzung und Einschränkung der Prämienzahlung .....	70
§ 129 Wahltarif „Prämienzahlungen bei Leistungsbeschränkungen“ für Versicherte, die Teilkostenerstattung nach § 14 SGB V gewählt haben .....	70
2.8 Ausschluss von Leistungen .....	71
§ 130 Leistungsausschluss .....	71
2.9 Zusätzliche Satzungsleistungen .....	71
§ 130a Osteopathische Leistungen .....	71
3. Aufbringung und Verwaltung der Mittel .....	72
§ 131 Beitragsmaßstab .....	72
§ 132 Beitragsklassen .....	74
§ 133 Beiträge für mitarbeitende Familienangehörige .....	75
§ 134 Beiträge für freiwillige Mitglieder .....	75
§ 135 Beiträge für bisher Nichtversicherte (Rückkehrer) .....	80
§ 136 Beiträge für Antragsteller auf eine Rente der Alterssicherung der Landwirte .....	81
§ 137 Beiträge für Schwangere bei Fortbestehen der Mitgliedschaft .....	81
§ 137a Beitragsberechnung für das Jahr 2013 .....	81
§ 138 Zahlung der Beiträge, Beitragseinzug, Zeitpunkt der Beitragszahlung, Reihenfolge der Tilgung und Mahnverfahren .....	81
§ 139 Erstattung von Beiträgen aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung .....	82
§ 140 Betriebsmittel .....	82
§ 141 Rücklage .....	82
4. Kooperation mit privaten Krankenversicherungsunternehmen .....	82
§ 142 Vermittlung privater Zusatzversicherungsverträge .....	82
<b>VI. PFLEGEVERSICHERUNG .....</b>	<b>82</b>
1. Versicherter Personenkreis und Mitgliedschaft .....	82
§ 143 Kreis der Mitglieder .....	82
§ 144 Kreis der Familienversicherten .....	83
§ 145 Weiterversicherung, Beitrittsrecht .....	83
2. Leistungen .....	84

§ 146 Übersicht über die Leistungen .....	84
§ 147 Leistungsausschluss.....	84
3. Beiträge und Beitragssatz sowie Zahlung und Einzug der Beiträge .....	84
§ 148 Beiträge und Beitragssatz.....	84
§ 149 Zahlung der Beiträge, Beitragseinzug, Zeitpunkt der Beitragszahlung und Reihenfolge der Tilgung .....	86
§ 150 Erstattung von Beiträgen aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung.....	86
4. Kooperation mit privaten Versicherungsunternehmen .....	86
§ 151 Vermittlung privater Zusatzversicherungsverträge .....	86
<b>VII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN.....</b>	<b>86</b>
§ 152 Bekanntmachungen.....	86
§ 153 Inkrafttreten.....	87
§ 154 Außerkrafttreten.....	87
<b>ANHANG ZU § 5 ABSATZ 3 DER SATZUNG DER SOZIALVERSICHERUNG FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND GARTENBAU .....</b>	<b>88</b>
<b>ENTSCHÄDIGUNGSREGELUNGEN FÜR DIE EHRENAMTLICHEN MITGLIEDER DER SELBSTVERWALTUNGSORGANE, DER AUSSCHÜSSE, DER BEIRÄTE UND DER VERTRAUENSPERSONEN DER SOZIALVERSICHERUNG FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND GARTENBAU .....</b>	<b>88</b>
<b>ANHANG ZU § 15 ABSATZ 1 DER SATZUNG DER SOZIALVERSICHERUNG FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND GARTENBAU .....</b>	<b>92</b>
<b>ANHANG ZU § 16 ABSATZ 1 DER SATZUNG DER SOZIALVERSICHERUNG FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND GARTENBAU .....</b>	<b>92</b>
<b>ANLAGE 1 ZU §§ 41, 42, 43 UND 44 DER SATZUNG DER SOZIALVERSICHERUNG FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND GARTENBAU.....</b>	<b>93</b>
<b>ANLAGE 2 ZU § 47 DER SATZUNG DER SOZIALVERSICHERUNG FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND GARTENBAU .....</b>	<b>98</b>

## Abkürzungsverzeichnis

ALG	Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAT/LSV 1993	Tarifvertrag vom 1. September 1993 zur Übernahme des Bundesangestellten-tarifvertrages (BAT) für die Angestellten der Träger und Verbände der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV)
BKV	Berufskrankheiten-Verordnung
BRKG	Bundesreisekostengesetz
bzw.	beziehungsweise
ff.	fortfolgende
GKV-Spitzenverband	Spitzenverband Bund der Krankenkassen
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
KVLG 1989	Zweites Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte 1989
KVLG	Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte
LpartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LSV-SpV	Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung
SEPA	Single Euro Payments Area (englisch für Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum)
SGB I	Sozialgesetzbuch Erstes Buch (I) – Allgemeiner Teil -
SGB II	Sozialgesetzbuch Zweites Buch (II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende -
SGB III	Sozialgesetzbuch Drittes Buch (III) – Arbeitsförderung –
SGB IV	Sozialgesetzbuch Viertes Buch (IV) – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung –
SGB V	Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (V) – Gesetzliche Krankenversicherung -
SGB VI	Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (VI) – Gesetzliche Rentenversicherung -
SGB VII	Sozialgesetzbuch Siebtes Buch (VII) – Gesetzliche Unfallversicherung -
SGB VIII	Sozialgesetzbuch Achtes Buch (VIII) – Kinder und Jugendhilfe -
SGB IX	Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen -
SGB X	Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (X) – Verwaltungsverfahren -
SGB XI	Sozialgesetzbuch Elftes Buch (XI) – Soziale Pflegeversicherung -
SGB XII	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (XII) – Sozialhilfe -
SVLFG	Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau
TvöD	Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst
v. H.	vom Hundert
VSG	Vorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz
ZLA	Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft
ZLF	Zusatzversorgungswerk für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft

<sup>1</sup>Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau führt die Sozialversicherung zweigübergreifend durch. <sup>2</sup>Als Verbundsystem setzt sie sich zum Ziel, ihre Versicherten und Mitglieder sozialversicherungszweigübergreifend zu einer gesundheitsfördernden Lebensweise zu motivieren und sie dabei zu unterstützen. <sup>3</sup>Das schließt die Entwicklung von Präventions- und Gesundheitsangeboten für alle Versichertengruppen ein. <sup>4</sup>Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau strebt Kooperationen mit anderen Sozialversicherungsträgern an. <sup>5</sup>Sie führt die gesetzlich vorgeschriebenen oder zugelassenen Aufgaben nach Maßgabe von Gesetz oder sonstigem für sie maßgebendem Recht durch.

## **I. ALLGEMEINES**

### **§ 1**

#### **Rechtsstellung, Aufbau, Sitz, Dienstherrnfähigkeit**

(1) Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau ist eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung.

(2) Der Sitz der Hauptverwaltung ist in Kassel.

(3) <sup>1</sup>Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau besitzt für die Beamtinnen und Beamten, die am 31. Dezember 2012 in einem Dienstverhältnis zu der

- Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Mittel- und Ostdeutschland,
- Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Franken und Oberbayern,
- Land- und forstwirtschaftlichen Alterskasse Franken und Oberbayern,
- Land- und forstwirtschaftlichen Krankenkasse Franken und Oberbayern,
- Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben,
- Land- und forstwirtschaftlichen Alterskasse Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben oder
- Land- und forstwirtschaftlichen Krankenkasse Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben

standen, das Recht, Beamtinnen und Beamte zu haben. <sup>2</sup>Neue Beamtenverhältnisse werden bei der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau nicht begründet. <sup>3</sup>Der Vorstand der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau ist oberste Dienstbehörde.

### **§ 2**

#### **Zweck, Aufgaben**

(1) <sup>1</sup>Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau ist Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, der Alterssicherung der Landwirte, der landwirtschaftlichen Krankenversicherung und der landwirtschaftlichen Pflegeversicherung. <sup>2</sup>In dem jeweiligen Zweig der landwirtschaftlichen Sozialversicherung führt sie die Bezeichnung landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, landwirtschaftliche Alterskasse, landwirtschaftliche Krankenkasse und landwirtschaftliche Pflegekasse.

(2) <sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft sorgt nach Maßgabe der Vorschriften des SGB VII mit allen geeigneten Mitteln für die Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankhei-



ten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren. <sup>2</sup>Nach Eintritt von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten hat sie die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Versicherten mit allen geeigneten Mitteln wiederherzustellen und sie oder ihre Hinterbliebenen durch Geldleistungen zu entschädigen.

(3) Die landwirtschaftliche Alterskasse ist für die Durchführung der Angelegenheiten der Alterssicherung der Landwirte zuständig.

(4) <sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Krankenkasse hat nach Maßgabe der Vorschriften des KVLG und des KVLG 1989 die Aufgabe, die Gesundheit der Versicherten zu erhalten, wiederherzustellen oder ihren Gesundheitszustand zu bessern. <sup>2</sup>Sie erbringt Leistungen zur Verhütung von Krankheiten, zur betrieblichen Gesundheitsförderung und Prävention arbeitsbedingter Gefahren, zur Förderung der Selbsthilfe, zur Früherkennung von Krankheiten sowie bei Krankheit.

(5) <sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Pflegekasse stellt die pflegerische Versorgung ihrer Versicherten sicher. <sup>2</sup>Sie hat die Aufgabe, Pflegebedürftigen Hilfe zu leisten, die wegen der Schwere der Pflegebedürftigkeit auf solidarische Unterstützung angewiesen sind. <sup>3</sup>Sie koordiniert mit den Trägern der ambulanten und stationären gesundheitlichen und sozialen Versorgung die für die Pflegebedürftigen zur Verfügung stehenden Hilfen. <sup>4</sup>In Zusammenarbeit mit anderen Leistungsträgern wirkt sie auf alle geeigneten Maßnahmen der Prävention, Rehabilitation und Krankenbehandlung hin.

### **§ 3**

#### **Zuständigkeit, Geschäftsstellen, weitere Standorte**

(1) Die örtliche Zuständigkeit der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau erstreckt sich auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau unterhält Geschäftsstellen in Bayreuth, Darmstadt, Hannover, Hoppegarten, Kassel, Kiel, Landshut, Münster und Stuttgart.

(3) Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau kann weitere Standorte unterhalten.

## **II. VERFASSUNG**

### **§ 4**

#### **Organe, Dienstsiegel**

(1) Die Aufgaben der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau werden von den Selbstverwaltungsorganen

- Vertreterversammlung (§§ 8 bis 11) und
- Vorstand (§§ 12 und 13)

sowie von der Geschäftsführung (§ 19) wahrgenommen.

(2) Für die Selbstverwaltungsorgane, die Ausschüsse, die Beiräte, die Vertrauenspersonen und die Geschäftsführung gelten die Vorschriften über das Selbstverwaltungsrecht in der Sozialversicherung und die nachstehenden Satzungsbestimmungen.

(3) <sup>1</sup>Die vertretungsberechtigten Organe der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau haben die Eigenschaft einer Behörde. <sup>2</sup>Sie führen das Dienstsiegel der SVLFG nach den bundesrechtlichen Bestimmungen.

## **1. Organe der Selbstverwaltung**

### **1.1 Gemeinsame Bestimmungen**

#### **§ 5**

#### **Wählbarkeit, Ehrenamt, Entschädigung**

(1) <sup>1</sup>Wer am Tag der Wahlausschreibung fällige Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft nicht bezahlt hat, ist nicht wählbar. <sup>2</sup>Im Weiteren gelten die Voraussetzungen des § 51 SGB IV.

(2) <sup>1</sup>Das Amt der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane ist ein Ehrenamt; ihre Tätigkeit in Ausübung dieses Amtes begründet kein Dienstverhältnis zur Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau. <sup>2</sup>Stellvertreterinnen oder Stellvertreter haben für die Zeit, in der sie die Mitglieder vertreten, deren Rechte und Pflichten.

(3) <sup>1</sup>Die ehrenamtlich in den Selbstverwaltungsorganen und die sonstigen ehrenamtlich Tätigen werden nach Maßgabe der Vorschriften des SGB IV entschädigt. <sup>2</sup>Art und Höhe der Entschädigung ergeben sich aus dem einen Bestandteil dieser Satzung bildenden Anhang „Entschädigungsregelungen für die ehrenamtlichen Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane, der Ausschüsse, der Beiräte und der Vertrauenspersonen der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau“.

#### **§ 6**

#### **Mitwirkung, Vorsitz, Vorsitzwechsel in den Selbstverwaltungsorganen**

(1) <sup>1</sup>In den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau wirken in Angelegenheiten der Krankenversicherung der Landwirte einschließlich der Pflegeversicherung und der Alterssicherung der Landwirte die Vertreterinnen und Vertreter der Selbständigen, die in der betreffenden Versicherung nicht versichert sind und die nicht zu den in § 51 Absatz 4 SGB IV genannten Beauftragten gehören, sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmer nicht mit. <sup>2</sup>An die Stelle der nicht mitwirkenden Vertreterinnen und Vertreter der Selbständigen treten die Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die in der betreffenden Versicherung versichert sind.

(2) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gehören den Selbstverwaltungsorganen mit beratender Stimme an; für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gilt dies nicht, soweit Fragen der landwirtschaftlichen Krankenversicherung berührt werden.

(3) <sup>1</sup>Jedes Selbstverwaltungsorgan wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende. <sup>2</sup>Die stellvertretenden Vorsitzenden sind aus den Gruppen zu wählen, welchen die oder der Vorsitzende nicht angehört. <sup>3</sup>Ist eine oder einer oder sind mehrere der in Satz 1 genannten Vorsitzenden eines Selbstverwaltungsorgans kraft Gesetzes von der Mitwirkung in Angelegenheiten der Alterssicherung der Landwirte oder der landwirtschaftlichen Krankenversicherung ausgeschlossen, so wird der Vorsitz in der jeweiligen Angelegenheit von der ersten stellvertretenden Vorsitzenden oder dem ersten

stellvertretenden Vorsitzenden des Selbstverwaltungsorgans ausgeübt, soweit sie oder er die Mitwirkungs Voraussetzungen erfüllt. <sup>4</sup>Anderenfalls wird der Vorsitz in der jeweiligen Angelegenheit von der oder dem zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Selbstverwaltungsorgans ausgeübt, soweit diese oder dieser die Mitwirkungs Voraussetzungen erfüllt. <sup>5</sup>Erfüllt keine oder keiner der Genannten die Mitwirkungs Voraussetzungen, so wird die oder der Vorsitzende für die Dauer der Wahlperiode unter Berücksichtigung der Zugehörigkeit zu den einzelnen Gruppen aus der Mitte der in der jeweiligen Angelegenheit Mitwirkungs berechtigten gewählt.

(4) <sup>1</sup>Der Vorsitz eines jeden Selbstverwaltungsorgans wechselt zwischen der oder dem Vorsitzenden und den zwei stellvertretenden Vorsitzenden zweijährlich, gerechnet vom Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung des Selbstverwaltungsorgans. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für die Stellvertretung. <sup>3</sup>Abweichend hiervon wechselt der Vorsitz in der 11. Wahlperiode der Selbstverwaltung erstmalig zum 1. Januar 2014 und danach zweijährlich. <sup>4</sup>Die Vertreterinnen oder Vertreter von zwei Gruppen können vereinbaren, dass für die Dauer der auf ihre Vertretung entfallende Vorsitztätigkeit eine der beiden Vertreterinnen oder einer der beiden Vertreter den Vorsitz führt.

## **§ 7**

### **Geschäftsordnung, Beschlussfähigkeit**

(1) Jedes Selbstverwaltungsorgan gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) <sup>1</sup>Die Selbstverwaltungsorgane sind beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder des Selbstverwaltungsorgans anwesend und stimmberechtigt ist. <sup>2</sup>Ist ein Selbstverwaltungsorgan nicht beschlussfähig, kann die oder der Vorsitzende anordnen, dass in der nächsten Sitzung über den Gegenstand der Abstimmung auch dann beschlossen werden kann, wenn die in Satz 1 bestimmte Mehrheit nicht vorliegt; hierauf ist in der Ladung zur nächsten Sitzung hinzuweisen.

## **1.2 Vertreterversammlung**

### **§ 8**

#### **Zahl der Mitglieder der Vertreterversammlung**

Die Vertreterversammlung besteht aus 60 Mitgliedern.

### **§ 8a**

#### **Übergangsregelung für die Vertreterversammlung**

(1) Die Vertreterversammlung besteht bis zum Ablauf der am 1. Januar 2013 laufenden Wahlperiode aus 81 Mitgliedern und 81 Stellvertretern.

(2) <sup>1</sup>Scheidet ein Mitglied oder stellvertretendes Mitglied der Vertreterversammlung aus, fordert die oder der Vorsitzende des Vorstandes den Beirat (§ 14a) auf, innerhalb von zwei Monaten aus seiner Mitte eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger zu wählen. <sup>2</sup>Zuständig ist der Beirat, der an der ehemaligen Hauptverwaltung des bisherigen Trägers der landwirtschaftlichen Sozialversicherung gebildet worden ist und aus dessen Selbstverwaltung das ausscheidende Mitglied oder stellvertretende Mitglied stammt.

(3) <sup>1</sup>Finanzwirksame und organisatorisch bedeutsame Beschlüsse werden mit der Mehrheit von mindestens 60 Prozent der Stimmen der satzungsmäßigen Mitgliederzahl gefasst.

<sup>2</sup>Finanzwirksam und organisatorisch bedeutsam sind Beschlüsse

1. zum Haushalt,
2. zur Festlegung des Beitragsmaßstabs in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung und zur Festlegung einer Härtefallklausel nach § 221b Absatz 4 SGB VII und nach § 64 Absatz 5 KVLG 1989 sowie
3. über Standortkonzepte.

<sup>3</sup>Bei Beschlüssen zu Satz 2 Nummer 2 gilt § 10 Absatz 1 nicht. <sup>4</sup>Die Mitwirkungsberechtigung ergibt sich aus § 6 Absatz 1.

## **§ 9**

### **Aufgaben**

(1) Die Vertreterversammlung beschließt die Satzung und sonstiges autonomes Recht der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau sowie in den übrigen durch Gesetz oder sonstiges für die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau maßgebendes Recht vorgesehenen Fällen.

(2) Die Vertreterversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abberufung der oder des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden,
2. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes getrennt nach Gruppen,
3. Wahl der Geschäftsführung auf Vorschlag des Vorstandes in getrennter Abstimmung,
4. Vertretung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau gegenüber dem Vorstand und dessen Mitgliedern,
5. Beschlussfassung über die Satzung und deren Änderung,
6. Beschlussfassung über die vom Vorstand aufgestellte Dienstordnung und die die Dienstordnung ergänzenden Vorschriften sowie deren Änderung,
7. Feststellung des Haushaltsplanes einschließlich des Wirtschaftsplanes und des Nachtragshaushaltsplanes in getrennter Abstimmung,
8. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsführung wegen der Jahresrechnung,
9. Beschlussfassung über die Entschädigung der Mitglieder der Selbstverwaltungsgremien auf Vorschlag des Vorstandes,
10. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung der Vertreterversammlung,
11. Wahl der Vertrauenspersonen,
12. Beschlussfassung über den Erlass von Unfallverhütungsvorschriften in getrennter Abstimmung.

## **§ 10**

### **Beschlussfassung über Satzungsänderungen**

(1) <sup>1</sup>Beschlüsse über Satzungsänderungen werden mit der Mehrheit der Stimmen der satzungsmäßigen Mitgliederzahl der Vertreterversammlung getroffen. <sup>2</sup>Die Mitwirkungsberechtigung ergibt sich aus § 6 Absatz 1.

(2) <sup>1</sup>Ist die Vertreterversammlung nicht beschlussfähig, so kann durch Anordnung der oder des Vorsitzenden in der nächsten Sitzung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder über die Satzungsänderung abgestimmt werden, wenn hierauf in der Einladung zur nächsten Sitzung ausdrücklich hingewiesen und die Einladung allen Mitgliedern rechtzeitig zugesandt worden ist. <sup>2</sup>In diesem Falle ist die Satzungsänderung angenommen, wenn die Mehrheit der Anwesenden dafür stimmt.

## **§ 11**

### **Schriftliche Abstimmung**

(1) Die Vertreterversammlung kann nach näherer Bestimmung ihrer Geschäftsordnung in folgenden Fällen schriftlich abstimmen:

1. Angleichung von Bestimmungen der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau an geänderte gesetzliche Grundlagen oder höchstrichterliche Rechtsprechung,
2. Angelegenheiten, in denen in einer Sitzung der Vertreterversammlung oder in einer ihrer Ausschüsse bereits eine grundsätzliche Übereinstimmung erzielt worden ist,
3. Änderungen von Bestimmungen der Satzung oder sonstigem autonomen Recht aufgrund von Anregungen der Aufsichtsbehörde im Genehmigungsverfahren,
4. Redaktionelle Änderungen von Beschlüssen der Vertreterversammlung, soweit sie nicht einem Erledigungsausschuss übertragen sind.

(2) Eine schriftliche Abstimmung kann ferner in dringenden Fällen erfolgen, wenn dem Gegenstand nach eine mündliche Beratung nicht erforderlich ist.

(3) Wenn ein Fünftel der Mitglieder des Selbstverwaltungsorgans der schriftlichen Abstimmung widerspricht, ist über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung zu beraten und abzustimmen.

## **1.3 Vorstand**

### **§ 12**

#### **Zahl der Mitglieder des Vorstandes**

Der Vorstand besteht aus 15 Mitgliedern.

### **§ 12a**

#### **Übergangsregelung für den Vorstand**

(1) Der Vorstand besteht bis zum Ablauf der am 1. Januar 2013 laufenden Wahlperiode aus 27 Mitgliedern.

(2) Jede der am 31. Dezember 2012 bestehenden Verwaltungsgemeinschaften von Trägern der landwirtschaftlichen Sozialversicherung ist mit drei ordentlichen Mitgliedern, die unterschiedlichen Gruppen angehören, im Vorstand der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau vertreten.

(3) Die am 31. Dezember 2012 amtierenden ordentlichen Mitglieder des Vorstandes des LSV-SpV werden ordentliche Mitglieder des Vorstandes der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau.

(4) Weitere 18 ordentliche Mitglieder sowie sämtliche stellvertretenden Mitglieder werden von der Vertreterversammlung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau aufgrund von Vorschlagslisten der Gruppe der versicherten Arbeitnehmer, der Gruppe der Arbeitgeber und der Gruppe der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte gewählt.

### **§ 13 Aufgaben**

(1) <sup>1</sup>Der Vorstand verwaltet die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, soweit § 19 nichts Abweichendes bestimmt. <sup>2</sup>Der Vorstand beschließt über alle Angelegenheiten, die nicht der Vertreterversammlung (§ 9) oder der Geschäftsführung (§ 19) vorbehalten sind.

(2) Der Vorstand hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abberufung der oder des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden,
2. Vorschlag zur Wahl der Geschäftsführung an die Vertreterversammlung,
3. Beschlussfassung über die Höhe der Umlage zur Beitragserhebung bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft,
4. Aufstellung des Haushaltsplanes einschließlich des Wirtschaftsplanes und des Nachtragshaushaltsplanes in getrennter Abstimmung,
5. Aufstellung der Dienstordnung und der die Dienstordnung ergänzenden Vorschriften sowie deren Änderung,
6. Einstellung, Beförderung und Entlassung der der Dienstordnung unterstehenden Angestellten in einer besoldungsrechtlichen Stellung, die einem Amt ab Besoldungsgruppe A 11 der Bundesbesoldungsordnung entspricht,
7. Ernennung und Entlassung der Beamtinnen und Beamten ab Besoldungsgruppe A 11 der Bundesbesoldungsordnung,
8. Einstellung, Höhergruppierung und Kündigung von Tarifbeschäftigten ab Vergütungsgruppe 9 BAT/LSV 1993 (entspricht der Entgeltgruppe 11 TvöD),
9. Festsetzung von Maßnahmen wegen Nichterfüllung von Pflichten gegen Angestellte nach der Dienstordnung (§ 145 SGB VII), soweit durch die Dienstordnung nicht auf die Geschäftsführung delegiert,
10. Erlass von Richtlinien für die Führung der Verwaltungsgeschäfte, soweit diese der Geschäftsführung obliegen,
11. Vorschlag über die Entschädigung der Mitglieder der Selbstverwaltungsgremien,
12. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Vorstandes,

13. Beschlussfassung über genehmigungspflichtige und anzeigepflichtige Vermögensanlagen sowie die Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
14. Beschlussfassung über Richtlinien für die Anlage und Verwaltung des weder genehmigungs- noch anzeigepflichtigen Vermögens einschließlich entsprechender Berichtspflichten gegenüber dem Vorstand durch die Geschäftsführung.

## **2. Beiräte, Ausschüsse**

### **§ 14**

#### **Fachausschüsse**

Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau richtet ab 1. Januar 2018 insbesondere für die Sparten Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau fachbezogene besondere Ausschüsse ein.

### **§ 14a**

#### **Beiräte**

(1) <sup>1</sup>Für die Dauer der am 1. Januar 2013 laufenden Wahlperiode bildet die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau bei ihren Geschäftsstellen Regionalbeiräte und bei der Geschäftsstelle für den Gartenbau einen Beirat für den Gartenbau. <sup>2</sup>Die Regionalbeiräte und der Beirat für den Gartenbau (Beiräte) setzen sich aus den Mitgliedern der Vertreterversammlungen und Vorstände der bis zum 31. Dezember 2012 bestehenden Verwaltungsgemeinschaften von Trägern der landwirtschaftlichen Sozialversicherung zusammen, die nicht als ordentliche Mitglieder in die Vertreterversammlung oder in den Vorstand der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau gewählt wurden. <sup>3</sup>Besteht der Beirat für den Gartenbau nicht je zur Hälfte aus Vertretern der Gruppe der versicherten Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, so fordert die oder der Vorsitzende des Beirats die Stelle, die die entsprechende Vorschlagsliste eingereicht hat (Listenträger), unverzüglich auf, innerhalb von zwei Monaten einen Vertreter der jeweiligen Gruppe vorzuschlagen. <sup>4</sup>§ 60 SGB IV gilt entsprechend.

(2) Die Beiräte nehmen folgende Aufgaben wahr:

1. Pflege der Verbindung zu den Sozialpartnern auf regionaler Ebene,
2. Begleitung regionaler Maßnahmen zur Prävention sowie zu Gesundheitsangeboten,
3. Abgabe von Stellungnahmen gegenüber Vorstand und Geschäftsführung,
4. Wahl von Nachfolgerinnen und Nachfolgern für ausscheidende Mitglieder der Vertreterversammlung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau aus seiner Mitte,
5. Pflege von regionalen Kontakten zu Politik und Verbänden,
6. Initiativrechte,
7. Vorbereitung der Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Geschäftsführers wegen der Jahresrechnungen 2012 der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger.

(3) <sup>1</sup>Die Beiräte haben ein Vorschlagsrecht

1. zu Entnahmen aus dem Sondervermögen für ihren Zuständigkeitsbereich und
2. zur Benennung von Mitgliedern und Bestimmung der Anzahl der Widerspruchs- und Rentenausschüsse.

<sup>2</sup>Der Beirat für den Gartenbau hat zudem ein Vorschlagsrecht bei Unfallverhütungsvorschriften nach § 15 Absatz 1a SGB VII, die ausschließlich auf den Gartenbau anzuwenden sind.

(4) Entscheidungen der Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, die von den Vorschlägen der Beiräte nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2 abweichen, bedürfen einer Mehrheit von mindestens 60 Prozent der Stimmen der satzungsmäßigen Mitgliederzahl.

(5) Für den Vorsitz in den Beiräten gilt § 6 Absatz 3 entsprechend; für den Beirat für den Gartenbau jedoch mit der Maßgabe, dass aufgrund der zwei vertretenen Gruppen nur eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu wählen ist.

(6) Die Beiräte können zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse einen Arbeitsausschuss bilden.

## **§ 15**

### **Widerspruchsausschüsse**

(1) <sup>1</sup>Der Erlass von Widerspruchsbescheiden obliegt den Widerspruchsausschüssen. <sup>2</sup>Die Sitze der Widerspruchsausschüsse sind in einem Anhang, der Bestandteil der Satzung ist, festgelegt. <sup>3</sup>Die Widerspruchsausschüsse, deren Anzahl die Vertreterversammlung bestimmt, bestehen aus je einer Vertreterin oder einem Vertreter der versicherten Arbeitnehmer, der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte und der Arbeitgeber. <sup>4</sup>§ 6 Absatz 1 gilt entsprechend. <sup>5</sup>Die ehrenamtlichen Mitglieder der Widerspruchsausschüsse werden von der Vertreterversammlung in getrennter Abstimmung gewählt. <sup>6</sup>Für jedes ehrenamtliche Mitglied ist eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zur Vertretung im Verhinderungsfall zu wählen. <sup>7</sup>Ein Mitglied der Geschäftsführung oder eine von ihr beauftragte Person nimmt an den Sitzungen der Widerspruchsausschüsse beratend teil. <sup>8</sup>Die Widerspruchsausschüsse nehmen auch die Aufgaben einer Einspruchsstelle nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten wahr.

(2) Für die ehrenamtlichen Mitglieder der Widerspruchsausschüsse gelten die Vorschriften des SGB IV über die Amtsdauer und den Verlust der Mitgliedschaft.

(3) Die Vorschriften des SGB IV über die Beschlussfassung in den Selbstverwaltungsorganen finden entsprechende Anwendung.

(4) Für die Beanstandung von Rechtsverstößen gilt § 38 SGB IV entsprechend.

## **§ 15a**

### **Übergangsregelung zu den Widerspruchsausschüssen**

<sup>1</sup>§ 15 Absatz 1 gilt mit der Maßgabe, dass bis zum Ablauf der am 1. Januar 2013 laufenden Wahlperiode die Vertreterversammlung jeweils auf Vorschlag der Beiräte (§ 14a) die Anzahl der Widerspruchsausschüsse bestimmt und die ehrenamtlichen Mitglieder der Widerspruchsausschüsse wählt. <sup>2</sup>In der Zeit ab dem 1. Januar 2013 bis zu dem Zeitpunkt, in dem



die Besetzung der Widerspruchsausschüsse nach Satz 1 vollzogen ist, werden die Widerspruchsausschüsse nach den am 31. Dezember 2012 maßgeblichen Satzungsregelungen bei den ehemaligen Trägern in der am 31. Dezember 2012 bestehenden Anzahl gebildet. Die am 31. Dezember 2012 bei den ehemaligen Trägern amtierenden Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder werden für diesen Zeitraum zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Widerspruchsausschüsse der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau. Insoweit gelten für die Zuständigkeitsbereiche der

1. ehemaligen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften

- a) Schleswig-Holstein und Hamburg § 14
- b) Niedersachsen-Bremen § 16
- c) Nordrhein-Westfalen § 14
- d) Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland § 14
- e) Baden-Württemberg § 10
- f) Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben § 16
- g) Franken und Oberbayern § 15
- h) Gartenbau § 15
- i) Mittel- und Ostdeutschland § 15

2. ehemaligen landwirtschaftlichen Alterskassen

- a) Schleswig-Holstein und Hamburg § 12
- b) Niedersachsen-Bremen § 15
- c) Nordrhein-Westfalen § 12
- d) Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland § 13
- e) Baden-Württemberg § 13
- f) Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben § 13
- g) Franken und Oberbayern § 13
- h) Gartenbau § 12
- i) Mittel- und Ostdeutschland § 13

3. ehemaligen landwirtschaftlichen Krankenkassen

- a) Schleswig-Holstein und Hamburg § 13
- b) Niedersachsen-Bremen § 13
- c) Nordrhein-Westfalen § 13
- d) Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland § 14
- e) Baden-Württemberg § 14
- f) Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben § 14
- g) Franken und Oberbayern § 14
- h) Gartenbau § 13
- i) Mittel- und Ostdeutschland § 14

4. ehemaligen landwirtschaftlichen Pflegekassen

- a) Schleswig-Holstein und Hamburg § 13

- b) Niedersachsen-Bremen § 13
- c) Nordrhein-Westfalen § 13
- d) Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland § 14
- e) Baden-Württemberg § 14
- f) Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben § 14
- g) Franken und Oberbayern § 13
- h) Gartenbau § 13
- i) Mittel- und Ostdeutschland § 13

die jeweiligen Satzungen in der am 31. Dezember 2012 gültigen Fassung abweichend von § 15 Absatz 1 der Satzung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau fort. <sup>3</sup>Soweit für bestimmte Zuständigkeitsbereiche am 31. Dezember 2012 keine Widerspruchsausschüsse bestanden, wird die Entscheidung über Widersprüche für den in Satz 2 genannten Zeitraum auf die jeweils zuständige Arbeitsbereichsleiterin oder den jeweils zuständigen Arbeitsbereichsleiter der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau übertragen. <sup>4</sup>Im Übrigen bleibt § 15 unberührt.

## **§ 16**

### **Rentenausschüsse der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft**

- (1) Die Sitze der Rentenausschüsse sind in einem Anhang, der Bestandteil der Satzung ist, festgelegt.
- (2) Den Rentenausschüssen obliegen in Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft
  1. die erstmaligen Entscheidungen über Renten,
  2. Entscheidungen über die Bewilligung von laufenden Beihilfen und
  3. erstmalige Entscheidungen über die Bewilligung von Pflegegeld.
- (3) <sup>1</sup>Die Rentenausschüsse, deren Anzahl die Vertreterversammlung bestimmt, bestehen aus je einer Vertreterin oder einem Vertreter der versicherten Arbeitnehmer, der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte und der Arbeitgeber. <sup>2</sup>§ 6 Absatz 1 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Die ehrenamtlichen Mitglieder der Rentenausschüsse werden von der Vertreterversammlung in getrennter Abstimmung gewählt. <sup>4</sup>Für jedes ehrenamtliche Mitglied ist eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zur Vertretung im Verhinderungsfall zu wählen. <sup>5</sup>Ein Mitglied der Geschäftsführung oder eine von ihr beauftragte Person nimmt an den Sitzungen der Rentenausschüsse beratend teil.
- (4) Für die ehrenamtlichen Mitglieder der Rentenausschüsse gelten die Vorschriften des SGB IV über die Amtsdauer und den Verlust der Mitgliedschaft.
- (5) Die Vorschriften des SGB IV über die Beschlussfassung in den Selbstverwaltungsorganen finden entsprechende Anwendung.
- (6) Für die Beanstandung von Rechtsverstößen gilt § 38 SGB IV entsprechend.

## **§ 16a**

### **Übergangsregelung zu den Rentenausschüssen**

<sup>1</sup>§ 16 Absatz 3 gilt mit der Maßgabe, dass bis zum Ablauf der am 1. Januar 2013 laufenden Wahlperiode die Vertreterversammlung jeweils auf Vorschlag der Beiräte (§ 14a) die Anzahl der Rentenausschüsse bestimmt und die ehrenamtlichen Mitglieder der Rentenausschüsse wählt. <sup>2</sup>In der Zeit ab dem 1. Januar 2013 bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Besetzung der Rentenausschüsse nach Satz 1 vollzogen ist, werden die Rentenausschüsse nach den am 31. Dezember 2012 maßgeblichen Satzungsregelungen bei den ehemaligen Trägern in der am 31. Dezember 2012 bestehenden Anzahl gebildet. <sup>3</sup>Die am 31. Dezember 2012 bei den ehemaligen Trägern amtierenden Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder werden für diesen Zeitraum zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Rentenausschüsse der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau. <sup>4</sup>Insoweit gelten für die Zuständigkeitsbereiche der ehemaligen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften

1. Schleswig-Holstein und Hamburg § 15
2. Niedersachsen-Bremen § 15
3. Nordrhein-Westfalen § 15
4. Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland § 15
5. Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben § 17
6. Franken und Oberbayern § 16
7. Gartenbau § 16
8. Mittel- und Ostdeutschland § 14

die jeweiligen Satzungen in der am 31. Dezember 2012 gültigen Fassung abweichend von § 16 Absatz 1 und 3 der Satzung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau fort. <sup>5</sup>Soweit für bestimmte Zuständigkeitsbereiche am 31. Dezember 2012 keine Rentenausschüsse bestanden, wird die Entscheidungszuständigkeit für den in Satz 2 genannten Zeitraum auf die jeweils zuständige Arbeitsbereichsleiterin oder den jeweils zuständigen Arbeitsbereichsleiter der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau übertragen. <sup>6</sup>Im Übrigen bleibt § 16 unberührt.

## **§ 17**

### **Rechnungsabnahmeausschuss, Finanzausschuss**

(1) <sup>1</sup>Die Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsführung bereitet der Rechnungsabnahmeausschuss der Vertreterversammlung vor. <sup>2</sup>Der Ausschuss ist berechtigt, hierzu die Bücher, Bestandsverzeichnisse, Rechnungsbelege und andere zur Betriebs- und Rechnungsprüfung erforderlichen Unterlagen der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau einzusehen.

(2) Die Feststellung des Haushaltsplanes wird durch den Finanzausschuss der Vertreterversammlung vorbereitet.

(3) <sup>1</sup>Die Ausschüsse der Vertreterversammlung bestehen aus sechs Mitgliedern, von denen je zwei Mitglieder der Gruppe der versicherten Arbeitnehmer, der Gruppe der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte und der Gruppe der Arbeitgeber angehören. <sup>2</sup>Sie werden von der Vertreterversammlung aus ihrer Mitte in getrennter Abstimmung gewählt. <sup>3</sup>Für jedes Mitglied

ist eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter aus der jeweiligen Gruppe zur Vertretung im Verhinderungsfall zu wählen.

## **§ 18**

### **Präventionsausschuss**

(1) <sup>1</sup>Der Vorstand bildet einen Präventionsausschuss, der ihn in Grundsatzfragen sowie bei der Durchführung und Förderung der Prävention berät. <sup>2</sup>Die 20 Mitglieder des Präventionsausschusses setzen sich aus zehn Mitgliedern der versicherten Arbeitnehmer und zehn Mitgliedern der Unternehmer, von denen je fünf Mitglieder den Arbeitgebern und den Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte angehören, zusammen. <sup>3</sup>Ein Mitglied der Geschäftsführung sowie die Bereichsleiterin oder der Bereichsleiter Prävention gehören dem Präventionsausschuss mit beratender Stimme an. <sup>4</sup>Weitere Personen können hinzugezogen werden.

(2) <sup>1</sup>Die ehrenamtlichen Mitglieder des Präventionsausschusses, die den Selbstverwaltungsorganen angehören, werden vom Vorstand der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau in getrennter Abstimmung gewählt. <sup>2</sup>Ein Mitglied, das verhindert ist, wird durch eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter vertreten. <sup>3</sup>§ 43 Absatz 2 Satz 2 SGB IV gilt entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Der Präventionsausschuss wählt aus der Mitte seiner Mitglieder eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden. <sup>2</sup>Die oder der stellvertretende Vorsitzende ist aus der Gruppe des Präventionsausschusses (versicherte Arbeitnehmer oder Unternehmer) zu wählen, der die oder der Vorsitzende nicht angehört. <sup>3</sup>Der Vorsitz wechselt zwischen der oder dem Vorsitzenden und der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden jährlich, gerechnet vom Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung des Präventionsausschusses.

## **3. Geschäftsführung**

### **§ 19**

#### **Dienstbezeichnung und Aufgaben**

(1) <sup>1</sup>Die Geschäftsführung besteht aus drei Personen. <sup>2</sup>Die Mitglieder der Geschäftsführung führen die Dienstbezeichnung „Direktorin oder Direktor der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau“. <sup>3</sup>Die oder der Vorsitzende der Geschäftsführung führt die Bezeichnung „Vorsitzende oder Vorsitzender der Geschäftsführung – Direktorin oder Direktor der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau“.

(2) <sup>1</sup>Die Geschäftsführung führt hauptamtlich die laufenden Verwaltungsgeschäfte der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau. <sup>2</sup>Insoweit vertritt sie die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau gerichtlich und außergerichtlich. <sup>3</sup>Auch einzelne Mitglieder der Geschäftsführung können die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

(3) Zu den laufenden Verwaltungsgeschäften gehören insbesondere:

1. Leitung und Beaufsichtigung des gesamten Dienstes der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau,

2. Einstellung, Beförderung und Entlassung der der Dienstordnung unterstehenden Angestellten in einer besoldungsrechtlichen Stellung, die einem Amt bis einschließlich Besoldungsgruppe A 10 der Bundesbesoldungsordnung entspricht sowie der Angestellten im Rechtsverhältnis auf Widerruf,
  3. Ernennung und Entlassung der Beamtinnen und Beamten bis einschließlich Besoldungsgruppe A 10 der Bundesbesoldungsordnung,
  4. Einstellung, Höhergruppierung und Kündigung der Arbeitsverhältnisse von Tarifbeschäftigten bis zur Vergütungsgruppe 8 BAT/LSV 1993 (entspricht der Entgeltgruppe 10 TvöD) sowie von Beschäftigten zur vorübergehenden Beschäftigung,
  5. Ausschreibung der Beiträge der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau als landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft sowie deren Einzug,
  6. Erhebung der Beiträge der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau als landwirtschaftliche Alterskasse, landwirtschaftliche Krankenkasse und landwirtschaftliche Pflegekasse sowie jeweils deren Einzug,
  7. Feststellung und Gewährung der gesetzlichen und der auf sonstigem für die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau maßgebenden Recht beruhenden Leistungen,
  8. Verhängung von Geldbußen und Zwangsgeldern,
  9. Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau als landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, landwirtschaftliche Alterskasse, landwirtschaftliche Krankenkasse und landwirtschaftliche Pflegekasse,
  10. die Anlage und Verwaltung des Vermögens, soweit diese Aufgabe vom Vorstand auf die Geschäftsführung nach § 13 Absatz 2 Nr. 14 übertragen wurde,
  11. Errichtung von und Verfügung über Bankkonten,
  12. Erstattung des Berichts der Stelle zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen an die Vertreterversammlung.
- (4) Der Vorstand kann die Geschäftsführung mit der Erledigung weiterer Geschäfte beauftragen.

## **4. Vertrauenspersonen**

### **§ 20**

#### **Vertrauenspersonen**

(1) <sup>1</sup>Zur Beratung und Betreuung sowie zur Sicherstellung einer ortsnahen Verbindung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau zu den Unternehmerinnen und Unternehmern, den Versicherten und Leistungsberechtigten wählt die Vertreterversammlung für die Sparte Gartenbau Vertrauenspersonen. <sup>2</sup>Vorschlagsberechtigt für die Wahl der Vertrauenspersonen sind die gärtnerischen, berufsständischen Organisationen, die zur Einreichung von Vorschlagslisten für die Unternehmergruppen für die Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung berechtigt sind. <sup>3</sup>Die Vertrauenspersonen vertreten sich gegenseitig. <sup>4</sup>Das Nähere zur Führung ihrer Geschäfte wird vom Vorstand in einer Geschäftsweisung geregelt.

(2) Die Vertrauenspersonen haben insbesondere folgende Aufgaben:

1. Auskunft und Rat in Fragen der Sozialversicherung erteilen,
2. Förderung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung,
3. Entgegennahme, Vorprüfung auf Vollständigkeit, Bestätigung und Weiterleitung von Anträgen an die zuständige Organisationseinheit.

(3) <sup>1</sup>Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens einer Vertrauensperson benennt die Organisation, welche die ausgeschiedene Person vorgeschlagen hatte, umgehend eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger. <sup>2</sup>Erfüllt die oder der Vorgeschlagene die Voraussetzungen der Wählbarkeit, stellt der Vorstand durch Beschluss fest, dass die oder der Vorgeschlagene als gewählt gilt.

## **§ 20a**

### **Übergangsregelung für Vertrauenspersonen**

<sup>1</sup>§ 20 Absatz 1 gilt mit der Maßgabe, dass die am 31. Dezember 2012 amtierenden Vertrauenspersonen ihre Aufgaben i. S. v. § 20 Absatz 2 bis zum Ablauf der am 1. Januar 2013 laufenden Wahlperiode wahrnehmen. <sup>2</sup>Im Übrigen bleibt § 20 unberührt.

## **5. Vertretung, Willenserklärungen**

### **§ 21**

#### **Vertretung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau**

(1) <sup>1</sup>Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau wird unbeschadet des § 19 Absatz 2 durch den Vorstand, die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Vorstandes und im Falle der Verhinderung der oder des Vorsitzenden durch eine oder einen der stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes vertreten. <sup>2</sup>Die Verhinderung braucht nicht nachgewiesen zu werden. <sup>3</sup>Der Vorstand kann die Vertretungsbefugnis im Einzelfall auf andere Mitglieder des Vorstandes übertragen.

(2) Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau wird gegenüber dem Vorstand und dessen Mitgliedern durch die oder den Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden der Vertreterversammlung vertreten.

### **§ 22**

#### **Willenserklärungen**

(1) <sup>1</sup>Willenserklärungen des Vorstandes werden im Namen der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau abgegeben. <sup>2</sup>Soweit es sich um schriftliche Willenserklärungen handelt, soll die oder der Vertretungsberechtigte der Bezeichnung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau die Bezeichnung „Der Vorstand“ sowie ihren oder seinen Familiennamen als Unterschrift beifügen. <sup>3</sup>Wird die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau durch eine oder einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes vertreten, so zeichnet diese oder dieser mit dem Zusatz „In Vertretung“ oder „i. V.“

(2) <sup>1</sup>Bei Abgabe einer schriftlichen Willenserklärung durch die Geschäftsführung fügt diese dem Namen der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau die Bezeichnung „Geschäftsführung“ bei. <sup>2</sup>Bei Vertretung der Sozialversicherung für Landwirtschaft,

Forsten und Gartenbau durch einzelne Mitglieder der Geschäftsführung fügen diese ihrem Namen die Bezeichnung „für die Geschäftsführung“ bei.

(3) Soweit die Geschäftsführung innerhalb des Aufgabenbereichs des Vorstandes in dessen Auftrag handelt, fügt sie der Bezeichnung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau die Bezeichnung „Der Vorstand“ und ihren oder seinen Familiennamen als Unterschrift mit der Maßgabe bei, dass sie auf das Auftragsverhältnis mit dem Zusatz „Im Auftrag“ oder „I. A.“ verweist.

### **III. Unfallversicherung**

#### **1. Prävention**

##### **§ 23**

#### **Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Erste Hilfe**

(1) <sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft hat mit allen geeigneten Mitteln für die Verhütung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren und für eine wirksame Erste Hilfe in den Unternehmen zu sorgen und die Unternehmerinnen und Unternehmer und die Versicherten zu beraten. <sup>2</sup>Bei der Erfüllung dieser Aufgabe richtet sie sich nach den gesetzlichen Vorschriften und insbesondere nach den Vorschriften für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz.

(2) Die Unternehmerinnen und Unternehmer sind für die Durchführung der Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, für die Verhütung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie für eine wirksame Erste Hilfe verantwortlich.

(3) Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft nimmt an der Entwicklung, Umsetzung und Fortschreibung der gemeinsamen deutschen Arbeitsschutzstrategie gemäß den Bestimmungen des Fünften Abschnitts des Arbeitsschutzgesetzes teil.

(4) Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft arbeitet bei der Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren mit den Krankenkassen zusammen.

##### **§ 24**

#### **Überbetrieblicher sicherheitstechnischer Dienst**

(1) <sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft richtet für die ihr zugehörigen Unternehmerinnen und Unternehmer einen eigenen überbetrieblichen sicherheitstechnischen Dienst ein. <sup>2</sup>Sie betreibt den Dienst als eigenständige Organisationseinheit der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. <sup>3</sup>Dieser trägt die Bezeichnung „Sicherheitstechnischer Dienst der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau“. <sup>4</sup>Er hat auf Antrag für alle Unternehmerinnen und Unternehmer, die Versicherte nach der Unfallverhütungsvorschrift „Sicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung“ (VSG 1.2) beschäftigen, die Aufgaben nach § 6 des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz) wahrzunehmen. <sup>5</sup>Der Dienst ist organisatorisch, räumlich und personell von den übrigen Organisationseinheiten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu trennen.

(2) Der Dienst nach Absatz 1 kann sich zur Wahrnehmung seiner Aufgaben auch sicherheitstechnischer Institutionen bedienen.

(3) Für die dem Dienst nach Absatz 1 zugehörigen Unternehmerinnen und Unternehmer entfällt die Verpflichtung, Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen oder entsprechende überbetriebliche sicherheitstechnische Dienste zu beauftragen.

(4) <sup>1</sup>Die angeschlossenen Unternehmerinnen und Unternehmer sind verpflichtet, den Dienst nach Absatz 1 bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben zu unterstützen. <sup>2</sup>Sie haben insbesondere

1. alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen,
2. den Angehörigen des Dienstes nach Absatz 1 die Begehung der Arbeitsstätten nach vorheriger Anmeldung zu ermöglichen.

(5) <sup>1</sup>Die Mittel zur Errichtung und zur Unterhaltung des Dienstes nach Absatz 1 werden von den Unternehmerinnen und Unternehmern aufgebracht, die dem Dienst angeschlossen sind. <sup>2</sup>Die aufzubringenden Mittel berechnen sich anhand der vom Vorstand für das abgelaufene Kalenderjahr festzusetzenden Stundensätze des sicherheitstechnischen Dienstes pro Einsatzstunde.

(6) <sup>1</sup>Die Mittel werden als Beiträge auf die dem überbetrieblichen sicherheitstechnischen Dienst zugehörigen Unternehmerinnen und Unternehmer auf Basis der angefallenen anrechenbaren Einsatzstunden umgelegt. <sup>2</sup>Die Beiträge müssen den Bedarf des abgelaufenen Geschäftsjahres decken. <sup>3</sup>Die Beiträge werden am 15. des Monats fällig, der dem Monat folgt, in dem der Beitragsbescheid dem Zahlungspflichtigen bekannt gegeben worden ist. <sup>4</sup>§ 24 SGB IV, § 66 SGB X sowie § 67 gelten entsprechend.

(7) Der besondere Datenschutz nach § 24 Absatz 1 Satz 2 und 4 SGB VII ist zu beachten.

## **2. Leistungen**

### **§ 25**

#### **Leistungen nach Eintritt eines Versicherungsfalles**

Nach Eintritt eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit gewährt die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft nach Maßgabe der gesetzlichen und der nachfolgenden Vorschriften Heilbehandlung, Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben, zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, Leistungen bei Pflegebedürftigkeit und Geldleistungen einschließlich Betriebs- und Haushaltshilfe.

### **§ 26**

#### **Wartezeit bei Verletztengeld,**

#### **Berechnung bei nicht kontinuierlicher Arbeitsverrichtung und –vergütung**

(1) <sup>1</sup>Verletztengeld wird frühestens gezahlt für

1. die als Unternehmerinnen oder Unternehmer Versicherten,
  2. deren Ehegatten oder Lebenspartner,
  3. die den Unternehmerinnen oder Unternehmern im Versicherungsschutz Gleichgestellten,
- mit dem Beginn der 3. Woche von dem Tag,



- ab dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird oder
- an dem eine Heilbehandlungsmaßnahme beginnt, die den Versicherten an der Ausübung einer ganztägigen Erwerbstätigkeit hindert.

<sup>2</sup>Die Wartezeit gilt auch im Falle der Wiedererkrankung an den Folgen des Versicherungsfalles. <sup>3</sup>Sätze 1 und 2 gelten nicht für Versicherte, die bei einer gesetzlichen Krankenkasse mit Anspruch auf Krankengeld versichert sind (§ 46 Absatz 2 Satz 2 SGB VII).

(2) Bei nicht kontinuierlicher Arbeitsverrichtung und –vergütung werden der Berechnung des Verletztengeldes die Verhältnisse aus den letzten drei vor Beginn der Arbeitsunfähigkeit abgerechneten Entgeltabrechnungszeiträume zu Grunde gelegt, bei Selbständigen die Verhältnisse aus den letzten drei Kalenderjahren (§ 47 Absatz 1 Satz 3 SGB VII).

(3) <sup>1</sup>Erfüllt das nach Absatz 2 berechnete Verletztengeld nicht seine Ersatzfunktion, so ist es nach billigem Ermessen festzustellen. <sup>2</sup>Dabei werden insbesondere die Fähigkeiten, die Ausbildung, die Lebensstellung und die Tätigkeit der Versicherten vor und nach dem Zeitpunkt des Versicherungsfalles berücksichtigt.

## **§ 27**

### **Wartezeit bei Rente**

<sup>1</sup>Rente wird frühestens gezahlt für

1. die als Unternehmerinnen oder Unternehmer Versicherten,
  2. deren im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten oder Lebenspartner,
- mit Beginn der 27. Woche,
3. die den Unternehmerinnen oder Unternehmern im Versicherungsschutz Gleichgestellten,
- mit Beginn der 14. Woche

von dem Tag an,

- ab dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird oder
- an dem eine Heilbehandlungsmaßnahme beginnt, die den Versicherten an der Ausübung einer ganztägigen Erwerbstätigkeit hindert.

<sup>2</sup>Ist kein Anspruch auf Verletztengeld entstanden, beginnt die Wartezeit mit Eintritt des Versicherungsfalles (§§ 80a Absatz 2, 72 Absatz 3 SGB VII).

## **§ 28**

### **Jahresarbeitsverdienst, Mehrleistungen**

(1) Der Jahresarbeitsverdienst beträgt höchstens 72.000 Euro.

(2) <sup>1</sup>Mitgliedern der Selbstverwaltungsorgane und der Ausschüsse der Selbstverwaltungsorgane, der Beiräte sowie den Vertrauenspersonen sowie ihren Hinterbliebenen werden für einen Versicherungsfall, der bei einer ehrenamtlichen Tätigkeit für die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau oder für die bei ihr errichteten Einrichtungen einschließlich der Zusatzversorgungskasse und des Zusatzversorgungswerks für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft erlitten wurde, Mehrleistungen in Höhe des Unterschiedsbe-

trages zwischen Leistungen nach dem tatsächlichen Jahresarbeitsverdienst und dem Höchstjahresarbeitsverdienst nach Absatz 1 gewährt. <sup>2</sup>Die Mehrleistungen zu Renten dürfen zusammen mit

1. Renten an Versicherte ohne die Zulage für Schwerverletzte 85 v. H.
2. Renten an Hinterbliebene 80 v. H.

des Höchstjahresarbeitsverdienstes nicht überschreiten.

### **3. Betriebs- und Haushaltshilfe**

#### **§ 29**

##### **Betriebshilfe während der stationären Behandlung**

<sup>1</sup>Dauert die stationäre Behandlung länger als 13 Wochen, so ist Betriebshilfe für bis zu weiteren vier Wochen zu erbringen, wenn besondere Verhältnisse im Unternehmen dies erfordern. <sup>2</sup>Darüber hinaus kann eine Verlängerung nur bei außergewöhnlichen Erschwernissen erfolgen. <sup>3</sup>Der Einsatzzeitraum umfasst auch die Tage der Anreise und der Rückkehr zum und vom Ort der Leistung.

#### **§ 30**

##### **Betriebshilfe bei Arbeitsunfähigkeit**

(1) Während der Arbeitsunfähigkeit erbringt die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft der landwirtschaftlichen Unternehmerin oder dem landwirtschaftlichen Unternehmer Betriebshilfe längstens bis zu vier Wochen, sofern

1. die Arbeitsunfähigkeit ärztlich bescheinigt ist,
2. die Weiterführung des landwirtschaftlichen Unternehmens nicht möglich ist,
3. die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Träger der nichtstationären Heilbehandlung ist.

(2) Dauert die ärztlich bescheinigte Arbeitsunfähigkeit länger an, so kann Betriebshilfe für einen längeren Zeitraum gewährt werden, solange besondere Verhältnisse im Unternehmen dies erfordern.

#### **§ 31**

##### **Betriebshilfe für Ehegatten oder Lebenspartner**

Im Unternehmen mitarbeitende Ehegatten oder Lebenspartner erhalten Betriebshilfe unter den gleichen Voraussetzungen und im gleichen Umfang wie landwirtschaftliche Unternehmerinnen oder Unternehmer.

#### **§ 32**

##### **Erstreckung der Betriebshilfe**

Die Betriebshilfe wird auf Unternehmen erstreckt, in denen Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer oder mitarbeitende Familienangehörige ständig beschäftigt werden, oder die die Mindestgrö-

ße nach § 1 Absatz 5 ALG nicht erreichen, soweit die Weiterführung des Unternehmens ohne den Einsatz einer Betriebshilfe nicht sichergestellt ist.

### **§ 33**

#### **Haushaltshilfe**

Haushaltshilfe erhalten landwirtschaftliche Unternehmerinnen oder Unternehmer im Sinne von § 1 Absatz 2 ALG, deren mitarbeitende Ehegatten oder Lebenspartner unter den gleichen Voraussetzungen und im gleichen Umfang wie Betriebshilfe,

1. wenn die Weiterführung des landwirtschaftlichen Haushalts nicht möglich und diese auf andere Weise nicht sicherzustellen ist und
2. sofern nicht Betriebshilfe erbracht wird.

### **§ 34**

#### **Gestellte Ersatzkräfte**

(1) Als Betriebs- und Haushaltshilfe wird eine Ersatzkraft gestellt, die nach ihrer Eignung und Ausbildung in der Lage ist, die ausgefallene Person zu vertreten, insbesondere während der Vertretung alle im landwirtschaftlichen Unternehmen und landwirtschaftlichen Haushalt notwendigen Arbeiten selbständig zu verrichten.

(2) <sup>1</sup>Ersatzkräfte sind

1. hauptberuflich bei der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau,
2. nebenberuflich bei der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau,
3. hauptberuflich bei anderen Stellen und
4. nebenberuflich bei anderen Stellen

beschäftigte Ersatzkräfte oder selbständig als Ersatzkraft tätige Personen.

<sup>2</sup>Als bei anderen Stellen beschäftigt gelten auch Ersatzkräfte, wenn sie wiederkehrend für Einsätze zur Verfügung stehen und die Beteiligung der anderen Stelle über eine bloße Vermittlung im Einzelfalle hinausgeht.

(3) Bei anderen Stellen beschäftigte Ersatzkräfte können von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft nur in Anspruch genommen werden, sofern eine Ersatzkraft der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau nicht zur Verfügung steht.

(4) Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft kann nur Ersatzkräfte von solchen anderen Stellen oder selbständig als Ersatzkraft tätige Personen in Anspruch nehmen, mit denen ein Vertrag besteht.

(5) <sup>1</sup>Die gestellte Ersatzkraft führt das landwirtschaftliche Unternehmen oder den landwirtschaftlichen Haushalt des Unternehmens eigenverantwortlich. <sup>2</sup>Entscheidungen von wesentlicher wirtschaftlicher Bedeutung sind von den Ersatzkräften stets im Einvernehmen mit der landwirtschaftlichen Unternehmerin oder dem landwirtschaftlichen Unternehmer zu treffen.

## **§ 35**

### **Selbstbeschaffte betriebsfremde Ersatzkräfte**

(1) <sup>1</sup>Anstelle der Gestellung einer Ersatzkraft nach § 34 kann Betriebs- und Haushaltshilfe auch durch Erstattung der Kosten für eine selbstbeschaffte betriebsfremde Ersatzkraft in angemessener Höhe erbracht werden. <sup>2</sup>Die Entscheidung, in welcher Form die Leistung erbracht wird, trifft die Berufsgenossenschaft; es besteht kein Wahlrecht. <sup>3</sup>Die für den Einsatz erforderlichen Tatsachenangaben und Gründe sind der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft vor Beginn des Einsatzes mitzuteilen.

(2) <sup>1</sup>Nach Abschluss der Tätigkeit ist der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ein Arbeitsnachweis nach Vordruck vorzulegen, der von der Ersatzkraft sowie den landwirtschaftlichen Unternehmerinnen oder Unternehmern oder deren Ehegatten oder Lebenspartnern unterzeichnet sein muss. <sup>2</sup>Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft lässt sich die Zahlung für die selbst beschaffte Ersatzkraft durch Vorlage von Zahlungsbelegen nachweisen.

(3) <sup>1</sup>Zu den erstattungsfähigen Aufwendungen für den Einsatz einer selbst beschafften betriebsfremden Ersatzkraft gehören grundsätzlich alle Kosten, die durch die Selbstbeschaffung der Ersatzkraft entstehen, insbesondere Vergütung für die Tätigkeit und Fahrkosten. <sup>2</sup>Die Aufwendungen sind in angemessener Höhe und für eine angemessene Stundenzahl je Einsatztag zu erstatten.

(4) <sup>1</sup>Als angemessen werden die nachgewiesenen Aufwendungen bis zu einem täglichen Höchstbetrag von 2,95 v. H. der sich aus § 18 SGB IV ergebenden jeweils geltenden monatlichen Bezugsgröße, auf- oder abgerundet auf den nächsten geraden Euro-Betrag, angesehen. <sup>2</sup>Bei einem weniger als acht Stunden täglich umfassenden Einsatz der Ersatzkraft ist als Höchstbetrag je Stunde ein Betrag von 1/8 des täglichen Höchstbetrages zu Grunde zu legen. <sup>3</sup>Sind im Ausnahmefall an einzelnen Tagen mehr als acht Einsatzstunden erforderlich, kann die Höchsteinsatzdauer unter Anrechnung auf die Höchsteinsatzdauer anderer Einsatztage überschritten werden. <sup>4</sup>Durch die Höchstbeträge sind alle anfallenden Aufwendungen, einschließlich etwa entstehender Fahrkosten, abgegolten.

## **§ 36**

### **Verletztengeld anstelle von Betriebs- und Haushaltshilfe**

<sup>1</sup>Sofern ein Anspruch auf Betriebs- und Haushaltshilfe besteht, eine Leistung nach den §§ 34 und 35 jedoch nicht in Anspruch genommen wird, erhalten Versicherte auf Antrag Verletztengeld, wenn dies im Einzelfall unter Berücksichtigung der Besonderheiten landwirtschaftlicher Betriebe und Haushalte sachgerecht ist. <sup>2</sup>Für den Verletztengeldanspruch gilt § 26 Absatz 1.

## **§ 37**

### **Betriebs- und Haushaltshilfe nur im Inland**

Betriebs- und Haushaltshilfe zur Aufrechterhaltung des Unternehmens der Landwirtschaft wird nur im Inland erbracht.

## **§ 38**

### **Selbstbeteiligung bei Betriebs- und Haushaltshilfe**

Als Selbstbeteiligung sind für jeden Einsatztag 10 Euro zu entrichten.

## **4. Aufbringung der Mittel**

### **4.1 Beitragsmaßstab**

## **§ 39**

### **Allgemeines**

Die Aufbringung der Mittel richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften und den folgenden Satzungsbestimmungen.

## **§ 39a**

### **Beitragsberechnung, Beitragsvorschüsse und Fälligkeit der Beiträge für das Umlagejahr 2012**

(1) <sup>1</sup>Das Umlageverfahren nach § 183 SGB VII für das Umlagejahr 2012 wird von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft auf der Grundlage des am 31. Dezember 2012 geltenden Rechts und der örtlichen und sachlichen Zuständigkeit der bis zum 31. Dezember 2012 bestehenden landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften durchgeführt. <sup>2</sup>Insoweit gelten für die Zuständigkeitsbereiche der ehemaligen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften

1. Schleswig-Holstein und Hamburg die §§ 38 Absatz 1, 41 Absatz 1, 42 bis 47, 48 Absatz 2, 51b,
2. Niedersachsen-Bremen die §§ 35, 38 Absatz 1 und 2, 39 bis 44, 47b,
3. Nordrhein-Westfalen die §§ 39, 42 bis 47a, 49 bis 50, 54b,
4. Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland die §§ 37, 40, 43 bis 47, 48 Absatz 1 bis 5, 50, 51 und 51a, 55,
5. Baden-Württemberg die §§ 32, 33, 36, 39 bis 49, 54a,
6. Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben die §§ 39, 42 bis 53, 58b,
7. Franken und Oberbayern die §§ 41 Absatz 1 und 2, 44 bis 56, 57 Absatz 2, 63b,
8. Gartenbau die §§ 24, 25 Absatz 1, 32, 35 bis 42,
9. Mittel- und Ostdeutschland die §§ 34 bis 43, 45, 48, 54 und 58

in der am 31. Dezember 2012 gültigen Fassung der jeweiligen Satzungen fort.

(2) Die Bescheide für die Umlage 2012 sind so rechtzeitig zu erteilen, dass geschuldete Beiträge am 15. März 2013 fällig sind.

## **§ 40**

### **Beitragsmaßstab**

(1) Die Beiträge für die nachstehenden Unternehmen und Unternehmensteile werden nach dem Arbeitsbedarf als Abschätztarif berechnet:

1. Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Weinbaus sowie der den Zielen des Natur- und Umweltschutzes dienenden Landschaftspflege mit und ohne Tierhaltung mit Ausnahme des geschützten gärtnerischen Anbaus, des Blumen- und Zierpflanzenanbaus und der Baumschulen,
2. Unternehmen der Fischzucht und Teichwirtschaft (Flächenbewirtschaftung),
3. Unternehmen der Imkerei,
4. Unternehmen, in denen ohne Bodenbewirtschaftung Nutz- oder Zuchttiere zum Zwecke der Aufzucht, der Mast oder der Gewinnung tierischer Produkte gehalten werden,
5. folgende Nebenunternehmen
  - a) Pferdehaltung,
  - b) Urlaub auf dem Bauernhof,
  - c) Abfindungsbrennereien,
6. Unternehmen der Biogasproduktion als Unternehmen, die unmittelbar der Sicherung, Überwachung und Förderung der Landwirtschaft überwiegend dienen.

(2) Die Beiträge für die nachstehenden Unternehmen und Unternehmensteile werden nach dem Arbeitswert berechnet:

1. geschützter gärtnerischer Anbau, Blumen- und Zierpflanzenbau sowie Baumschulen,
2. Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau einschließlich gärtnerischer Dienstleistungen, land- und forstwirtschaftliche Lohnunternehmen,
3. Unternehmen der Park- und Gartenpflege sowie Friedhöfe,
4. Landwirtschaftskammern, Berufsverbände der Landwirtschaft, Unternehmen, die unmittelbar der Sicherung, Überwachung oder Förderung der Landwirtschaft überwiegend dienen mit Ausnahme der Unternehmen nach § 40 Absatz 1 Nummer 6, SVLFG und deren weitere Einrichtungen, ZLA und ZLF.

(3) Für die nachstehend aufgeführten Unternehmen oder Unternehmensteile berechnen sich die Beiträge nach dem tatsächlichen Arbeitsaufwand:

1. Unternehmen der Seen-, Bach- und Flussfischerei,
2. Nebenunternehmen mit Ausnahme der in Absatz 1 Nummer 5 genannten Nebenunternehmen.

(4) Für Jagdunternehmen werden die Beiträge nach der bejagbaren Fläche berechnet.

(5) Für jedes Unternehmen mit Ausnahme der Nebenunternehmen und Hilfsunternehmen wird zusätzlich ein Grundbeitrag berechnet.

## § 41

### Arbeitsbedarf als Abschätztarif

(1) <sup>1</sup>Der Arbeitsbedarf für Unternehmen nach § 40 Absatz 1 wird für die festgesetzten Produktionsverfahren einheitlich unter Berücksichtigung der nachstehend aufgeführten Unternehmensverhältnisse geschätzt:

<u>Unternehmen, Unternehmensteile:</u>	<u>Bemessungsgrundlage:</u>
1. Unternehmen der Bodenbewirtschaftung ohne Forst	Fläche in Hektar
2. Unternehmen der Forstwirtschaft	Fläche in Hektar
3. Tierhaltung	durchschnittliche Anzahl Tiere
4. Unternehmen der Imkerei	durchschnittliche Anzahl der Bienenvölker
5. Unternehmen der Teichwirtschaft, Karpfen und Beifische	Fläche in Hektar
6. Forellenzucht einschließlich Beifische in Erdteichen und Fließgewässern	eingesetztes Futter in Tonnen
7. Nebenunternehmen der Pferdehaltung	durchschnittliche Anzahl Tiere
8. Urlaub auf dem Bauernhof	Belegtage pro Jahr
9. Abfindungsbrennereien	Liter reiner Alkohol
10. Biogasproduktion	Megawattstunde (MWh)

<sup>2</sup>Die Abschätzung ist in der Weise vorzunehmen, dass zur Ermittlung des Gesamtarbeitsbedarfs die in Absatz 2 für das jeweilige Produktionsverfahren als Abschätztarif festgesetzten Berechnungseinheiten anzusetzen sind.

(2) Die bei der SVLFG anzusetzenden Produktionsverfahren sind mit den entsprechenden Berechnungswerten in der Ziffer 1 der Anlage 1 aufgeführt.

(3) Bei Formen der Flächennutzung sowie Arten der Tierhaltung oder Unternehmensarten, die in der Ziffer 1 der Anlage 1 nicht aufgeführt sind, erfolgt die Abschätzung entsprechend einer gleichwertigen Flächennutzung, Tierhaltung oder Unternehmensart.

## § 42

### Arbeitswert

(1) Für die in § 40 Absatz 2 genannten Unternehmen werden die Beiträge jährlich nach dem Wert der Arbeit, die von den Versicherten in den Mitgliedsunternehmen im abgelaufenen Kalenderjahr geleistet worden ist (Jahresarbeitswert), berechnet.

(2) <sup>1</sup>Die Berechnung des Jahresarbeitswertes erfolgt für Unternehmerinnen oder Unternehmer, deren mitarbeitenden Ehegatten oder deren mitarbeitenden Lebenspartner sowie jeden regelmäßig wie eine Unternehmerin oder ein Unternehmer selbständig Tätigen auf Grundlage des am 1. Juli des Umlagejahres gültigen Jahresarbeitsverdienstes nach § 93 Absatz 1 SGB VII. <sup>2</sup>Ab 220 Arbeitstagen im Unternehmen wird ein Arbeitswert in Höhe des Betrages nach § 93 Absatz 1 SGB VII festgesetzt. <sup>3</sup>Zur Ermittlung des Arbeitswerts für die in Satz 1 genannten Personen, die nur anteilig im Unternehmen tätig sind, wird der Jahresarbeitsverdienst nach § 93 Absatz 1 SGB VII durch 220 Arbeitstage geteilt und das Ergebnis mit der Summe der Einsatzstage multipliziert.

(3) <sup>1</sup>Die Berechnung des Jahresarbeitswertes für mitarbeitende Familienangehörige im Sinne

des § 2 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe b SGB VII erfolgt auf Grundlage des am 1. Juli des Umlagejahres gültigen Jahresarbeitsverdienstes nach § 93 Absatz 3 SGB VII. <sup>2</sup>Ab 220 Arbeitstagen im Unternehmen wird ein Arbeitswert in Höhe des Betrages nach § 93 Absatz 3 SGB VII festgesetzt. <sup>3</sup>Zur Ermittlung des Arbeitswerts für die in Satz 1 genannten Personen, die nur anteilig im Unternehmen tätig sind, wird der Jahresarbeitsverdienst nach § 93 Absatz 3 SGB VII durch 220 Arbeitstage geteilt und das Ergebnis mit der Summe der Einsatzstage multipliziert.

(4) Zur Berechnung des Jahresarbeitswertes werden weiterhin angesetzt:

1. Für Versicherte nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 SGB VII das Entgelt, das im jeweiligen Kalenderjahr bezogen wurde, bis zum Höchstbetrag nach § 28 Absatz 1. Es ist mindestens je Arbeitstag der 300. Teil des nach § 85 Absatz 1 Nummer 2 SGB VII geltenden Jahresarbeitsverdienstes anzusetzen.
2. Für in Berufsausbildung stehende Beschäftigte das Entgelt, das im Kalenderjahr tatsächlich bezogen wurde.
3. Für Versicherte nach § 2 Absatz 2 Satz 1 SGB VII das Entgelt, das im jeweiligen Kalenderjahr tatsächlich bezogen wurde, bis zum Höchstbetrag nach § 28 Absatz 1, mindestens jedoch je Arbeitstag der 300. Teil von 60 v. H. der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 SGB IV.
4. Für nach § 2 Absatz 1 Nummer 15 SGB VII versicherte Rehabilitanden der landwirtschaftlichen Alterskasse, Kranken- und Pflegekasse bestimmt sich der Arbeitswert nach dem zu Beginn der Rehabilitationsmaßnahme gültigen Jahresarbeitsverdienst nach § 93 Absatz 1 und Absatz 3 SGB VII.
5. Für nach § 6 Absatz 1 Nr. 3 und Nr. 4 SGB VII freiwillig Versicherte bestimmt sich der Arbeitswert nach Absatz 2.
6. <sup>1</sup>Für die übrigen nach § 2 SGB VII versicherten Personen bestimmt sich der Arbeitswert nach den §§ 85, 86 SGB VII. <sup>2</sup>Die Berechnung des Jahresarbeitswertes erfolgt nach dem am 1. Juli des Umlagejahres gültigen Jahresarbeitsverdienst nach §§ 85, 86 SGB VII. <sup>3</sup>Ab 220 Arbeitstagen im Unternehmen wird ein Arbeitswert in Höhe der Beträge nach §§ 85, 86 SGB VII festgesetzt. <sup>4</sup>Zur Ermittlung des Arbeitswerts für die in Satz 1 genannten Personen, die nur anteilig im Unternehmen tätig sind, wird der Jahresarbeitsverdienst durch 220 Arbeitstage geteilt und das Ergebnis mit der Summe der Einsatzstage multipliziert.

(5) Die Umrechnung der Arbeitswerte in Berechnungseinheiten ergibt sich aus Ziffer 2 der Anlage 1.

## **§ 43**

### **Tatsächlicher Arbeitsaufwand**

(1) Für die in § 40 Absatz 3 genannten Unternehmen werden die Beiträge nach den tatsächlich jährlich geleisteten Arbeitstagen ermittelt.

(2) <sup>1</sup>Zehn Arbeitsstunden entsprechen einem Arbeitstag. <sup>2</sup>Die Umrechnung der Arbeitstage in Berechnungseinheiten ergibt sich aus Ziffer 3 der Anlage 1.



## **§ 44** **Jagdfläche**

- (1) Der Beitragsberechnung liegt die bejagbare Fläche der Jagd zugrunde.
- (2) Wird vom Unternehmer der Jagd neben dem Jagdunternehmen ein landwirtschaftliches Unternehmen nach § 123 Absatz 1 Nummer 1 SGB VII bewirtschaftet, das die Mindestgröße im Sinne des ALG erreicht und im selben oder einem angrenzenden Landkreis liegt, werden der Beitragsberechnung 80 v. H. der bejagbaren Fläche zugrunde gelegt.
- (3) <sup>1</sup>Übersteigt die bejagbare Fläche 500 ha, wird die übersteigende Fläche mit dem Degressionsfaktor – 0,10 potenziert. <sup>2</sup>Hierbei ist in den Fällen des Absatzes 2 die auf 80 v. H. reduzierte Fläche zugrunde zu legen.
- (4) Die Umrechnung Jagdfläche in Berechnungseinheiten ergibt sich aus Ziffer 4 der Anlage 1.

## **§ 45** **- unbesetzt -**

## **§ 46** **Grundbeitrag**

- (1)[**Fassung des Absatz 1 bis 31.12.2015:**] <sup>1</sup>Der Grundbeitrag nach § 40 Absatz 5 wird im Wege des Umlageverfahrens festgesetzt. <sup>2</sup>Er bemisst sich für alle Unternehmen einheitlich mit mindestens 87,5 und höchstens 350 Berechnungseinheiten. <sup>3</sup>Der Grundbeitrag bemisst sich danach
1. für Unternehmen mit einer Summe von Berechnungseinheiten bis zum Mindestansatz in Höhe des Mindestansatzes,
  2. für Unternehmen mit einer den Mindestansatz, nicht aber den Höchstansatz übersteigenden Summe von Berechnungseinheiten in Höhe der Summe der Berechnungseinheiten,
  3. für Unternehmen mit einer den Höchstansatz übersteigenden Summe von Berechnungseinheiten in Höhe des Höchstansatzes.
- (2) Soweit für ein Unternehmen bei Berücksichtigung der Unternehmens-, Arbeits- und Lohnverhältnisse und der geltenden Berechnungsgrundlagen kein Beitrag zu erheben ist, wird kein Grundbeitrag festgesetzt.

## 4.2 Risikogruppen

### § 47

#### Bildung der Risikogruppen

(1) <sup>1</sup>Zur Berücksichtigung des Unfallrisikos werden Risikogruppen gebildet, in denen Unternehmen mit vergleichbaren Produktionsverfahren oder vergleichbaren Betriebsformen zusammenzufassen sind. <sup>2</sup>Ein Unternehmen kann mehreren Risikogruppen angehören.

(2) <sup>1</sup>Die Zuordnung der Unternehmen zu den Risikogruppen erfolgt auf der Grundlage der Produktionsverfahren. <sup>2</sup>Maßgebend für die Zuordnung ist das als Anlage 2 beigefügte Verzeichnis „Zuordnung der Unternehmen oder Unternehmensteile zu den Risikogruppen“.

(3) Risikogruppen sind

1. Ackerbau
2. Grünland
3. Obst und Gemüse im Freiland, Hopfen, Tabak und Christbäume
4. geschützter gärtnerischer Anbau, Blumen- und Zierpflanzenanbau sowie Baumschulen
5. Weinbau
6. Forst
7. Rinderhaltung
8. Schweinezucht und -mast
9. Pferdehaltung einschließlich Pferdehaltungen in Nebenunternehmen
10. Sonstige Tierhaltung sowie Binnenfischereien und Imkereien
11. Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau einschließlich gärtnerischer Dienstleistungen, Lohnunternehmen
12. Unternehmen der Park- und Gartenpflege sowie Friedhofsunternehmen
13. Jagdunternehmen
14. Beherbergung/Verköstigung, Energiegewinnung, Handel/Verwaltung/Dienstleistung, Veredelung/Produktgewinnung
15. Handwerksbetriebe, Hoch- und Tiefbauunternehmen, Transport- und Fuhrunternehmen
16. Landwirtschaftskammern, Berufsverbände der Landwirtschaft, Unternehmen, die unmittelbar der Sicherung, Überwachung oder Förderung der Landwirtschaft überwiegend dienen (ohne Unternehmen der Energiegewinnung), SVLFG und deren weitere Einrichtungen sowie ZLA und ZLF.

## 4.3 Berechnung der Beiträge

### § 48

#### Jahresbeitrag, Stichtag

(1) <sup>1</sup>Der Beitrag ist ein Jahresbeitrag. <sup>2</sup>Es werden vorbehaltlich des Absatzes 2 die Unternehmensverhältnisse des Geschäftsjahres zugrunde gelegt, für das der Beitrag bestimmt ist (Umlagejahr).

(2) Für Unternehmen mit Bodenbewirtschaftung nach § 40 Absatz 1 Nummer 1, für Unternehmen der Teichwirtschaft und für Jagdunternehmen werden für die Beitragsberechnung die Unternehmensverhältnisse am 15. Mai des Jahres zugrunde gelegt, für das der Beitrag erhoben wird.

## **§ 49**

### **Berechnung des Beitrags**

(1) Der Beitrag je Unternehmen berechnet sich aus der Summe der Einzelbeiträge je Produktionsverfahren zuzüglich des Grundbeitrages.

(2) Der Beitrag je Produktionsverfahren berechnet sich aus der Multiplikation der festgestellten Berechnungseinheiten mit dem Hebesatz, dem Risikogruppenfaktor, dem Korrekturfaktor Risikogruppe und dem Risikofaktor Produktionsverfahren.

(3) Der Grundbeitrag berechnet sich aus der Multiplikation der Summe der Berechnungseinheiten Grundbeiträge (§ 46 Absatz 1 Satz 2 und 3) mit dem Hebesatz und dem Deckungsfaktor Grundbeiträge.

## **§ 49a**

### **Härtefallregelung für die Umlagejahre 2013 bis 2017**

Für Unternehmer, deren Beitrag nach erfolgter Beitragsangleichung (§ 221b SGB VII) und gleichbleibenden Betriebsverhältnissen im jeweiligen Umlagejahr mindestens 300 Euro beträgt und 70 v. H. des Vorjahresbeitrags übersteigt, wird die Erhöhung auf 70 v. H. begrenzt.

## **§ 50**

### **Berechnung der Risikogruppenfaktoren**

<sup>1</sup>Zur Berechnung der Risikogruppenfaktoren werden der Leistungsaufwand je Risikogruppe sowie die entsprechende Anzahl der Berechnungseinheiten aller beitragspflichtigen Unternehmen der Risikogruppe ermittelt. <sup>2</sup>Durch Multiplikation der Summe der Berechnungseinheiten mit dem Hebesatz wird ein vorläufiges Beitragsaufkommen pro Risikogruppe festgestellt. <sup>3</sup>Die Division der Leistungsaufwendungen mit dem vorläufigen Beitragsaufkommen ergibt den jeweiligen Risikogruppenfaktor.

## **§ 51**

### **Berechnung des Deckungsfaktors Grundbeiträge und Verwendung der Grundbeiträge**

(1) <sup>1</sup>Zur Berechnung des Deckungsfaktors Grundbeiträge werden die über Grundbeiträge zu finanzierenden Aufwendungen sowie die hierfür zur Verfügung stehenden Berechnungseinheiten ermittelt. <sup>2</sup>Durch Multiplikation der Menge Berechnungseinheiten mit dem Hebesatz wird ein vorläufiges Beitragsaufkommen für die über Grundbeiträge zu finanzierenden Aufwendungen ermittelt. <sup>3</sup>Die Division der über Grundbeiträge zu finanzierenden Aufwendungen mit dem vorläufigen Beitragsaufkommen ergibt den Deckungsfaktor Grundbeiträge.

(2) <sup>1</sup>Die Einnahmen aus den Grundbeiträgen sollen die Aufwendungen, die sich aus der Addition der Verwaltungskosten (Kontenklasse 7), der Vermögensaufwendungen (Kontenklasse 6) und der Präventionsaufwendungen (Kontengruppe 59) unter Abzug der Einnahmen aus den Beiträgen und Gebühren (Kontenklasse 2) sowie der Vermögenserträge und sonstigen Einnahmen (Kontenklasse 3) ergeben, decken. <sup>2</sup>Die Aufwendungen für das Beitragsausgleichsverfahren (Kontengruppe 65), die Aufwendungen für den sicherheitstechnischen Dienst (Kontenart 596) sowie die Zuführungen und die Entnahmen aus dem Vermögen (Kontengruppen 37 und 67) werden nicht über die Grundbeiträge finanziert.

## **§ 52**

### **Beitragsvorschüsse und Fälligkeit der Beiträge**

(1) <sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft erhebt bei den Unternehmerinnen und Unternehmern am 15. Januar und 15. Mai des Folgejahres (Hebejahr) jeweils einen Vorschuss auf die Beiträge des abgelaufenen Kalenderjahres (Umlagejahr).

(2) <sup>1</sup>Die am 15. Januar und 15. Mai des Hebejahres fälligen Vorschüsse werden für ein Unternehmen jeweils in Höhe von 40 v. H. des Unternehmensbeitrags (Zahlbetrag) des Vorjahres festgesetzt. <sup>2</sup>Für Unternehmerinnen und Unternehmer, deren Beitrag durch Mittel des Bundes zur Beitragssenkung in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung gesenkt wurde, berechnet sich der Vorschuss nach Satz 1 aus dem geschuldeten Beitrag nach Abzug der Bundesmittel. <sup>3</sup>Für Unternehmerinnen und Unternehmer, die ein SEPA-Lastschriftmandat nicht erteilt haben oder deren Unternehmensbeitrag im Jahr vor dem Umlagejahr, für das der Vorschuss erhoben wird 305 Euro nicht überstiegen hat, wird ein Vorschuss am 15. Januar des Hebejahres in Höhe von 80 v. H. festgesetzt.

(3) <sup>1</sup>Abweichend von Absatz 2 sind für ein Unternehmen, für das im Vorjahr kein Beitrag festgesetzt wurde, keine Vorschüsse zu erheben. <sup>2</sup>Verändert sich im Umlagejahr die Summe der Berechnungseinheiten eines Unternehmens gegenüber der Summe der Berechnungseinheiten im Jahr vor dem Umlagejahr, für das der Vorschuss erhoben wird, um mehr als 20 v. H., wird der Vorschuss neu berechnet. <sup>3</sup>Verändert sich der Angleichungssatz nach § 221b SGB VII des Umlagejahres um mehr als 20 v. H. zum Angleichungssatz des Vorjahres, werden auf Antrag der Unternehmerin oder des Unternehmers die Vorschüsse neu festgesetzt. <sup>4</sup>In den Fällen der Sätze 2 und 3 werden die Vorschüsse nach den Betriebsverhältnissen und dem Angleichungssatz nach § 221b SGB VII des Umlagejahres sowie den Berechnungsgrundlagen gemäß §§ 48 ff. der Satzung des Vorjahres berechnet.

(4) <sup>1</sup>Die Beiträge werden am 15. des Monats fällig, der dem Monat folgt, in dem der Beitragsbescheid bekannt gegeben worden ist, frühestens jedoch am 15. September des Hebejahres im Sinne von Absatz 1. <sup>2</sup>Es erfolgt eine Verrechnung der geleisteten Vorschusszahlungen. <sup>3</sup>Ein Guthaben wird erstattet.

(5) Abweichend von Absatz 4 werden nachgeforderte Beiträge am 15. des Monats fällig, der dem Monat folgt, in dem der Beitragsbescheid bekannt gegeben worden ist.

## **§ 53**

### **Beitragsermäßigung**

(1) Die Beitragsermäßigung nach § 183 Absatz 3 SGB VII bestimmt sich für das Unternehmen nach dem Verhältnis der Arbeitstage der versicherungsfreien Personen oder Personen, die in Folge dieser Tätigkeit bei einem anderen Unfallversicherungsträger als der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft versichert sind, zu den Arbeitstagen der für das Unternehmen tätigen und bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft versicherten Personen.

(2) Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben mindestens 50 v. H. des sich aus §§ 40 bis 46 ergebenden Beitrags zu zahlen.

(3) <sup>1</sup>Der Antrag auf Beitragsermäßigung ist für jedes Umlagejahr bis spätestens zum 1. Februar des folgenden Jahres bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft schriftlich zu stellen. <sup>2</sup>Bei erstmaliger Antragstellung gilt der Ablauf der für den Beitragsbescheid geltenden Rechtsbehelfsfrist als Antragsstichtag.

## **4.4 Finanzierung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft**

### **§ 54**

#### **Finanzierung des Umlagesolls**

(1) <sup>1</sup>Zur Finanzierung des Umlagesolls der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wird jährlich ein für alle Risikogruppen einheitlicher Hebesatz festgelegt. <sup>2</sup>Zur Ermittlung des Hebesatzes wird das Umlagesoll durch die Summe der Berechnungseinheiten geteilt.

(2) Die Höhe des Hebesatzes setzt der Vorstand fest.

### **§ 55**

#### **Finanzierung der Risikogruppen**

(1) Die nach § 47 Absatz 3 in einer Risikogruppe zusammengefassten Unternehmen sollen ihre Aufwendungen durch die Zahlung von Beiträgen selbst finanzieren.

(2) Für jede Risikogruppe ist jährlich ein Risikogruppenfaktor nach § 50 zu ermitteln.

### **§ 56**

#### **Solidarischer Ausgleich zwischen den Risikogruppen**

**[Fassung des § 56 bis 31.12.2015:]**

(1) <sup>1</sup>Die Reduzierung oder Erhöhung eines Risikogruppenfaktors durch die Umlageberechnung wird auf 20 v. H. begrenzt. <sup>2</sup>Über- und Unterdeckungen werden auf die anderen Risikogruppen verteilt.

(2) <sup>1</sup>Reduziert sich der Risikogruppenfaktor einer Risikogruppe gegenüber dem Risikogruppenfaktor des Vorjahres um mehr als 20 v. H., wird die Reduzierung auf 20 v. H. begrenzt (unterer Schwellenwert). <sup>2</sup>Die Verteilung der zusätzlichen Beitragseinnahmen dieser Risikogruppe auf die anderen Risikogruppen erfolgt nach deren Anteilen an der Summe ihrer Bei-

tragseinnahmen. <sup>3</sup>Hierzu wird für jede Risikogruppe ein Korrekturfaktor Risikogruppe ermittelt.

(3) <sup>1</sup>Erhöht sich der Risikogruppenfaktor einer Risikogruppe gegenüber dem Risikogruppenfaktor des Vorjahres um mehr als 20 v. H., wird die Erhöhung auf 20 v. H. begrenzt (oberer Schwellenwert). <sup>2</sup>Die Verteilung der von den anderen Risikogruppen zu finanzierenden Leistungsaufwendungen erfolgt nach deren Anteilen an der Summe ihrer Leistungsaufwendungen. <sup>3</sup>Hierzu wird für jede Risikogruppe ein Korrekturfaktor Risikogruppe ermittelt.

## **§ 56a**

### **Solidarischer Ausgleich zwischen den Risikogruppen für 2013**

Für das Umlagejahr 2013 wird der Risikogruppenfaktor des Vorjahres aus den Werten berechnet, die bei der Ermittlung des Zielbeitrags nach § 221b Absatz 2 Nummer 2 SGB VII zu Grunde zu legen sind.

## **§ 57**

### **Solidarischer Ausgleich innerhalb der Risikogruppen**

**[Fassung des § 57 bis 31.12.2015:]**

(1) <sup>1</sup>Beitragsunter- und -überdeckungen der Produktionsverfahren innerhalb einer Risikogruppe nach Durchführung des solidarischen Ausgleichs nach § 56 werden auf 20 v. H. begrenzt. <sup>2</sup>Über- und Unterdeckungen werden von den anderen Produktionsverfahren der Risikogruppe getragen.

(2) <sup>1</sup>Unterschreitet das Beitragsaufkommen eines Produktionsverfahrens dessen Leistungsaufwendungen im Umlagejahr um mehr als 20 v. H. (unterer Schwellenwert - Beitragsunterdeckung), wird das Beitragsaufkommen dieses Produktionsverfahrens mittels eines Risikofaktors Produktionsverfahren bis zum Erreichen des unteren Schwellenwerts erhöht. <sup>2</sup>Die anderen Produktionsverfahren werden nach deren Anteilen an der Summe ihrer Leistungsaufwendungen entlastet. <sup>3</sup>Hierzu wird für jedes Produktionsverfahren ein Risikofaktor Produktionsverfahren ermittelt.

(3) <sup>1</sup>Überschreitet das Beitragsaufkommen eines Produktionsverfahrens dessen Leistungsaufwendungen im Umlagejahr um mehr als 20 v. H. (oberer Schwellenwert - Beitragsüberdeckung), wird das Beitragsaufkommen dieses Produktionsverfahrens mittels eines Risikofaktors Produktionsverfahren bis zum Erreichen des oberen Schwellenwerts gesenkt. <sup>2</sup>Die anderen Produktionsverfahren werden nach deren Anteilen an der Summe ihrer Leistungsaufwendungen belastet. <sup>3</sup>Hierzu wird für jedes Produktionsverfahren ein Risikofaktor Produktionsverfahren ermittelt.

## **5. Anzeige- und Unterstützungspflicht der Unternehmerinnen und Unternehmer**

### **§ 58**

#### **Unterstützung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft durch die Unternehmerinnen und Unternehmer**

<sup>1</sup>Die Unternehmerinnen und Unternehmer sind verpflichtet, die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft bei der Durchführung der Unfallversicherung zu unterstützen. <sup>2</sup>Zur Durchführung der Unfallversicherung gehören insbesondere

1. die Feststellung, ob ein Versicherungsfall vorliegt,
2. die Feststellung der Zuständigkeit und des Versicherungsstatus,
3. die Erbringung der Leistungen,
4. die Berechnung, Festsetzung und Erhebung von Beiträgen einschließlich der Beitragsberechnungsgrundlagen,
5. die Geltendmachung von Erstattungs- und Ersatzansprüchen,
6. die Verhütung von Versicherungsfällen, die Abwendung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie die Vorsorge für eine wirksame Erste Hilfe,
7. die Erforschung von Risiken und Gesundheitsgefahren für die Versicherten.

<sup>3</sup>Dazu obliegt es den Unternehmern insbesondere,

1. alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und alle vorhandenen Beweis- oder sonstigen Urkunden vorzulegen sowie
2. darauf hinzuwirken, dass Versicherte nach Unfällen im Unternehmen nur Ärztinnen oder Ärzte oder Krankenhäuser aufsuchen, die von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft benannt sind.

### **§ 59**

#### **Anzeigepflicht der Unternehmerinnen und Unternehmer**

(1) <sup>1</sup>Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft jede das Unternehmen betreffende Änderung, die für die Zuständigkeit der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft oder für die Veranlagung wichtig ist, binnen vier Wochen schriftlich anzuzeigen (§ 183 Absatz 6 i. V. m. §§ 191, 192 Absatz 2 SGB VII). <sup>2</sup>Dies gilt insbesondere für

1. den Wechsel der Unternehmerin oder des Unternehmers, auch den Eintritt oder das Ausscheiden von Mitunternehmerinnen oder Mitunternehmern,
2. Änderungen von Art und Gegenstand des Unternehmens,
3. jede Verlegung des Unternehmens oder eines Teils des Unternehmens auch innerhalb des gleichen Orts,
4. jede Erweiterung des Unternehmens durch Hinzunahme neuer Unternehmensteile,
5. jede Veränderung in den Beitragsberechnungsgrundlagen,
6. die Einstellung des Unternehmens oder von Teilen des Unternehmens,
7. Änderungen in den Voraussetzungen für die Zuordnung zu den Risikogruppen.

(2) <sup>1</sup>Zur Ermittlung des Arbeitswertes für die Beitragsberechnung hat jede Unternehmerin und jeder Unternehmer der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft binnen sechs Wo-

chen nach Ablauf des Kalenderjahres einen Nachweis einzureichen. <sup>2</sup>Dieser hat für die Unternehmen nach § 40 Absatz 2 jeweils getrennt zu enthalten:

1. Die Zahl der im abgelaufenen Kalenderjahr beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und in Berufsausbildung stehende Beschäftigte sowie die Zahl der von diesen geleisteten vollen Arbeitstage und die Gesamtsumme des bezogenen Arbeitsentgelts (§ 14 SGB IV).
2. Die von der Unternehmerin oder dem Unternehmer, dessen mitarbeitenden Ehegatten oder Lebenspartner und den regelmäßig wie Unternehmer selbständig Tätigen, im Unternehmen und in den Nebenunternehmen geleisteten Arbeitstage.
3. Die von den mitarbeitenden Familienangehörigen nach § 2 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe b SGB VII im Unternehmen und in den Nebenunternehmen geleisteten Arbeitstage.

<sup>3</sup>Hierbei gelten jeweils 10 Stunden als ein voller Arbeitstag.

(3) Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft kann für den Nachweis nach Absatz 2 die Benutzung eines von ihr erstellten Vordruckes vorschreiben.

## **§ 60**

### **Anzeige der Unfälle und Berufskrankheiten**

(1) <sup>1</sup>Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben Unfälle von Versicherten in ihren Unternehmen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft anzuzeigen, wenn Versicherte getötet oder so verletzt sind, dass sie mehr als drei Tage arbeitsunfähig werden. <sup>2</sup>Satz 1 gilt entsprechend für Unfälle von Versicherten, deren Versicherung weder eine Beschäftigung noch eine selbständige Tätigkeit voraussetzt (§ 193 Absatz 1 SGB VII). <sup>3</sup>Bei Unfällen der nach § 2 Absatz 1 Nummer 15 Buchstabe a SGB VII Versicherten hat der Träger der Einrichtung, in der die stationäre oder teilstationäre Behandlung oder die stationären, teilstationären oder ambulanten Leistungen zur medizinischen Rehabilitation erbracht werden, die Unfälle anzuzeigen (§ 193 Absatz 3 SGB VII).

(2) Haben Unternehmerinnen oder Unternehmer im Einzelfall Anhaltspunkte, dass bei Versicherten ihrer Unternehmen eine Berufskrankheit vorliegen könnte, haben sie diese der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft anzuzeigen (§ 193 Absatz 2 SGB VII).

(3) <sup>1</sup>Die Anzeige ist binnen drei Tagen zu erstatten, nachdem die Unternehmerin oder der Unternehmer oder die nach Absatz 1 Satz 2 und 3 anzeigepflichtigen Stellen von dem Unfall oder von den Anhaltspunkten für eine Berufskrankheit Kenntnis erlangt haben. <sup>2</sup>Die Versicherten können von den Unternehmerinnen oder Unternehmern verlangen, dass ihnen eine Kopie der Anzeige überlassen wird (§ 193 Absatz 4 SGB VII). <sup>3</sup>Todesfälle und Ereignisse, bei denen mehr als drei Personen gesundheitlich in dem Maß geschädigt werden, dass ärztliche Heilbehandlung erforderlich wird, sind der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft unverzüglich mitzuteilen.

(4) <sup>1</sup>Die Anzeige ist vom Betriebs- oder Personalrat mit zu unterzeichnen. Die Unternehmerinnen oder Unternehmer haben die Sicherheitsfachkräfte und die Betriebsärzte über jede Unfall- oder Berufskrankheitenanzeige in Kenntnis zu setzen. <sup>2</sup>Verlangt der Unfallversicherungsträger zur Feststellung, ob eine Berufskrankheit vorliegt, Auskünfte über gefährdende Tätigkeiten von Versicherten, haben die Unternehmerinnen oder Unternehmer den Betriebs- oder Personalrat über dieses Auskunftsersuchen unverzüglich zu unterrichten (§ 193 Absatz 5 SGB VII).



(5) Bei Unfällen in Unternehmen, die der allgemeinen Arbeitsschutzaufsicht unterstehen, haben die Unternehmerinnen oder Unternehmer eine Durchschrift der Anzeige der für den Arbeitsschutz zuständigen Behörde zu übersenden (§ 193 Absatz 7 Satz 1 SGB VII).

(6) Die Anzeige ist der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft auf dem vorgeschriebenen Vordruck oder im Wege der Datenübermittlung nach § 5 Unfallversicherungs-Anzeigeverordnung zu erstatten.

## **§ 61**

### **Nachweisprüfung**

<sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft kann die Arbeitswert- und Betriebsnachweise durch beauftragte Bedienstete an Ort und Stelle prüfen lassen. <sup>2</sup>Die Unternehmerin oder der Unternehmer ist verpflichtet, den Bediensteten alle erforderlichen Unterlagen zur Einsicht vorzulegen.

## **§ 62**

### **Arbeitswert- und Betriebsunterlagen**

<sup>1</sup>Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben die Arbeitswert- und Betriebsunterlagen fünf Jahre lang aufzubewahren. <sup>2</sup>Bei den Arbeitswertunterlagen müssen die Namen der versicherten Personen, die Art und Zeit der Beschäftigung im Unternehmen sowie das Arbeitsentgelt (§ 14 SGB IV) für jeden Abrechnungszeitraum ersichtlich sein.

## **6. Beitragsausgleichsverfahren**

### **§ 63**

#### **Beitragsausgleichsverfahren**

(1) Für die am 31. Dezember 2012 bei der Gartenbau Berufsgenossenschaft in Versicherung gehaltenen Unternehmen und für die ab dem 1. Januar 2013 der Geschäftsstelle Gartenbau zugewiesenen Unternehmen wird ein Beitragsausgleichsverfahren auf Grundlage eines Bonusverfahrens (Beitragsnachlass) bis zum Ende der Übergangszeit nach § 221b Absatz 1 SGB VII eingeführt.

(2) <sup>1</sup>Zur Finanzierung des Beitragsnachlasses wird von allen Unternehmen nach Absatz 1 ein Zuschlag erhoben. <sup>2</sup>Hierzu wird das Umlagesoll der in Absatz 1 genannten Unternehmen ohne Beitragsnachlass ermittelt und um die Summe des Beitragsnachlasses erhöht. <sup>3</sup>Für die Unternehmen, denen aufgrund der nachfolgenden Regelungen ein Beitragsnachlass zu gewähren ist, wird der auf der Grundlage von Satz 2 ermittelte Beitrag um den zu gewährenden Beitragsnachlass vermindert.

## § 64

### Durchführung des Beitragsnachlassverfahrens

(1) Den einzelnen Beitragspflichtigen wird nach § 162 Absatz 1 SGB VII unter Berücksichtigung der Zahl und Schwere der anzuzeigenden Arbeitsunfälle (§ 193 Absatz 1 SGB VII) ein Beitragsnachlass bewilligt.

(2) Die Zahl und Schwere der Arbeitsunfälle werden nach folgenden Punkten bewertet:

1. Jeder anzuzeigende Arbeitsunfall = 1 Punkt
2. Bei erstmaliger Feststellung von Verletztenrenten einschließlich Abfindungen in Form einer Gesamtvergütung zusätzlich
  - a) bis unter 50 v. H. MdE = 50 Punkte
  - b) bis unter 75 v. H. MdE = 75 Punkte
  - c) ab 75 v. H. MdE oder Sterbegeldzugang = 100 Punkte

(3) Das Beitragsnachlassverfahren wird jährlich nachträglich für das abgelaufene Geschäftsjahr (Umlagejahr) unter Berücksichtigung der im abgelaufenen Geschäftsjahr und der zwei vorangegangenen Kalenderjahre bekanntgewordenen anzeigepflichtigen Arbeitsunfälle sowie der Verletztenrenten oder Sterbegeldzugänge durchgeführt.

(4) <sup>1</sup>Zur Berechnung der Eigenbelastung werden die Punkte jedes am Beitragsnachlassverfahren beteiligten Unternehmens des abgelaufenen Geschäftsjahres (Umlagejahr) und der zwei vorangegangenen Kalenderjahre addiert und auf je 1.000,00 Euro Bruttobeitrag des Unternehmens für das Umlagejahr bezogen. <sup>2</sup>Zur Berechnung der Durchschnittsbelastung werden die Punkte aller am Beitragsnachlassverfahren beteiligten Unternehmen des abgelaufenen Geschäftsjahres (Umlagejahr) und der zwei vorangegangenen Kalenderjahre addiert und auf je 1.000,00 Euro Bruttobeitrag der Unternehmen für das abgelaufene Geschäftsjahr (Umlagejahr) bezogen.

(5) <sup>1</sup>Bei der Berechnung der Belastungsziffer bleiben Wegeunfälle (§ 8 Absatz 2 Nummern 1 bis 4 SGB VII) und Berufskrankheiten (§ 9 SGB VII) unberücksichtigt, ebenso Arbeitsunfälle, die durch höhere Gewalt oder durch alleiniges Verschulden nicht zum Unternehmen gehörender Personen verursacht worden sind (§ 162 Absatz 1 Sätze 2 und 3 SGB VII). <sup>2</sup>Führt die beitragspflichtige Person einen Arbeitsunfall auf höhere Gewalt oder auf alleiniges Verschulden einer nicht zum Unternehmen gehörenden Person zurück und beruft sie sich hierauf, so hat sie den Nachweis zu führen.

(6) <sup>1</sup>Die Höhe der Beitragsnachlässe ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Eigenbelastung des einzelnen Unternehmens und der Durchschnittsbelastung aller am Beitragsnachlassverfahren beteiligten Unternehmen. <sup>2</sup>Der Beitragsnachlass beträgt:

1. 5 v. H. des für das Umlagejahr zu zahlenden Bruttobeitrages, wenn die Eigenbelastung 25 v. H. bis unter 50 v. H. unter der Durchschnittsbelastung liegt,
2. 10 v. H. wenn die Eigenbelastung 50 bis unter 90 v. H. unter der Durchschnittsbelastung liegt,
3. 18 v. H. wenn die Eigenbelastung 90 v. H. und mehr unter der Durchschnittsbelastung liegt.

<sup>3</sup>Hat die Zugehörigkeit zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr und der zwei vorangegangenen Kalenderjahre durchgehend bestanden, wird der Beitragsnachlass in voller Höhe bewilligt. <sup>4</sup>Anderenfalls wird für jedes volle Kalenderjahr der Zugehörigkeit zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ein Drittel des ermittelten Bei-

tragsnachlasses gewährt. <sup>5</sup>Bei Unternehmensfortführung wird die Zugehörigkeit des Vorgängerunternehmens zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft bei der Ermittlung der vollen Kalenderjahre auf Antrag berücksichtigt. <sup>6</sup>Voraussetzung hierfür ist, dass bisher der Unfallverhütung und der Arbeitssicherheit ausreichend Rechnung getragen wurde. <sup>7</sup>Dies liegt vor, wenn bei der letzten Durchführung des Beitragsausgleichsverfahrens die Eigenbelastung die Durchschnittsbelastung unterschreitet. <sup>8</sup>Der Antrag ist spätestens bis zum Ablauf des Kalenderjahres zu stellen, in dem der erstmalige Beitragsbescheid ergangen ist.

(7) <sup>1</sup>Beitragsnachlässe werden nicht auf Beitragsabfindungen gewährt. <sup>2</sup>Eine Nachlassbewilligung ist ausgeschlossen, wenn der Beitragsnachlass nicht mehr als 10,00 Euro betragen würde.

(8) Wird ein Beitragsnachlass gewährt, so erhält der Beitragspflichtige in dem Beitragsbescheid eine entsprechende Mitteilung.

(9) Der Beitragsnachlass wird mit der jeweiligen Beitragsforderung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft aufgerechnet.

## **7. Beitragseinzug, Reihenfolge der Tilgung, Sicherheitsleistung**

### **§ 65**

#### **Beitragseinzug und Reihenfolge der Tilgung**

(1) <sup>1</sup>Beitragspflichtig ist die Unternehmerin oder der Unternehmer. <sup>2</sup>Mitunternehmerinnen oder Mitunternehmer haften für die Beiträge als Gesamtschuldner (§ 150 SGB VII).

(2) <sup>1</sup>Die Beiträge und Beitragsvorschüsse werden durch die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft erhoben und eingezogen. <sup>2</sup>Die Zahlungen der Zahlungspflichtigen sind an die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zu leisten. <sup>3</sup>Als Tag der Zahlung gilt

1. bei Barzahlung der Tag des Geldeingangs,
2. bei Zahlung durch Scheck, bei Überweisung oder Einzahlung auf ein Konto der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft der Tag der Wertstellung zugunsten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, bei rückwirkender Wertstellung das Datum des elektronischen Kontoauszuges des Geldinstituts der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft,
3. bei Vorliegen einer Einzugsermächtigung der Tag der Fälligkeit.

<sup>4</sup>Zahlungen in fremder Währung und durch Wechsel sind nicht zugelassen.

(3) <sup>1</sup>Schulden die Zahlungspflichtigen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Auslagen, Gebühren, Beiträge, Säumniszuschläge, Zinsen, Geldbußen oder Zwangsgelder, können sie bei der Zahlung bestimmen, welche Schuld getilgt werden soll. <sup>2</sup>Treffen die Zahlungspflichtigen keine Bestimmung, werden die Schulden in der genannten Reihenfolge getilgt. <sup>3</sup>Innerhalb der gleichen Schuldenart werden die einzelnen Schulden nach ihrer Fälligkeit, bei gleichzeitiger Fälligkeit anteilmäßig getilgt.

### **§ 66**

#### **Beitragsabfindung und Sicherheitsleistung**

(1) Bei einem Wechsel der Person der Unternehmerin oder des Unternehmers oder bei Einstellung des Unternehmens kann die Berufsgenossenschaft eine Beitragsabfindung festsetzen, deren Höhe nach den Berechnungsgrundlagen (§ 40) und dem Hebesatz des letzten abgerechneten Umlagejahres zuzüglich eines Abfindungszuschlages in Höhe von 10 v. H. berechnet wird.

(2) <sup>1</sup>Anstelle der Abfindung nach Absatz 1 kann die Berufsgenossenschaft der ausscheidenden Unternehmerin oder dem ausscheidenden Unternehmer auf dessen Antrag gestatten, zur Sicherstellung der Beiträge für die Zeit vom Ablauf des Kalenderjahres, für das der Beitrag zuletzt festgestellt worden ist, bis zum Zeitpunkt der Beendigung der Zuständigkeit der Berufsgenossenschaft, den anteiligen Beitrag des letzten für das Unternehmen festgestellten Jahresbeitrages in zweifacher Höhe bei der Berufsgenossenschaft als Sicherheit zu hinterlegen. <sup>2</sup>Wurde für das Unternehmen noch kein Beitrag festgestellt, so beträgt die Sicherheit das Zweifache des Abfindungsbeitrages.

(3) <sup>1</sup>Die geleistete Sicherheit dient zur Deckung des Beitrages. <sup>2</sup>Ein überschießender Beitrag wird zurückgezahlt, ein Fehlbetrag wird eingezogen.

(4) <sup>1</sup>Über die Abfindung oder die Sicherheitsleistung erteilt die Berufsgenossenschaft einen Bescheid. <sup>2</sup>Der Betrag wird am 15. des Monats fällig, der dem Monat folgt, in dem der Bescheid bekannt gegeben worden ist.

## **§ 67**

### **Mahnverfahren**

<sup>1</sup>Vor der Beitreibung von Beitragsrückständen findet ein Mahnverfahren statt. <sup>2</sup>Die pauschale Mahngebühr beträgt

bis zu einem Mahnbetrag in Höhe von	200,00 Euro	=	0,80 Euro,
bis zu einem Mahnbetrag in Höhe von	500,00 Euro	=	1,25 Euro,
bis zu einem Mahnbetrag in Höhe von	1.000,00 Euro	=	2,75 Euro,
ab einem Mahnbetrag von über	1.000,00 Euro	=	5,00 Euro.

## **6. Ausdehnung der Versicherung**

### **6.1 Zusatzversicherung**

## **§ 68**

### **Voraussetzungen und Wirkung der Zusatzversicherung**

(1) <sup>1</sup>Kraft Gesetzes versicherte Unternehmerinnen und Unternehmer, deren im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten und Lebenspartner, die im Unternehmen mitarbeitenden Familienangehörigen i. S. v. § 2 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe b SGB VII sowie freiwillig Versicherte nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 SGB VII können auf Antrag mit einem höheren Jahresarbeitsverdienst versichert werden. <sup>2</sup>Gleiches gilt für regelmäßig wie landwirtschaftliche Unternehmerinnen und Unternehmer selbständig Tätige, die kraft Gesetzes versichert sind. <sup>3</sup>Als zusätzlicher Jahresarbeitsverdienst kann höchstens ein Betrag von 50.000 Euro vereinbart werden. <sup>4</sup>Die Zusatzversicherung ist nur für volle 100 Euro möglich und muss mindestens 2.500 Euro betragen.

(2) <sup>1</sup>Der höhere Jahresarbeitsverdienst gilt für die Berechnung der vom Jahresarbeitsverdienst abhängigen Geldleistungen, soweit die Zusatzversicherung zum Zeitpunkt des Arbeitsunfalls bestand oder bei einer Berufskrankheit vor dem Zeitpunkt bestand, ab dem eine berufliche Verursachung der Krankheit, unabhängig vom Schweregrad, vorlag. <sup>2</sup>Im Falle der Wiedererkrankung ist auf die zum Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles maßgebende Zusatzversicherung abzustellen.

(3) Für die Berechnung des zusätzlichen Verletztengeldes gilt je Kalendertag der vierhundertfünfzigste Teil des zusätzlichen Jahresarbeitsverdienstes, wobei der Kalendermonat mit 30 Tagen anzusetzen ist.

(4) Die Wartezeit nach § 26 Absatz 1 Satz 1 und 2 gilt auch für den Anspruch der Höhe des Teils des Verletztengeldes, der aufgrund einer Zusatzversicherung zu gewähren ist.

(5) Die Wartezeit nach § 27 gilt auch für den Anspruch in Höhe des Teils der Rente, der aufgrund einer Zusatzversicherung zu gewähren ist.

## **§ 69 Beitrag**

(1) <sup>1</sup>Für die Zusatzversicherung ist jährlich ein besonderer Beitrag zu entrichten. <sup>2</sup>Die Beiträge der Versicherten sollen die Aufwendungen für die Zusatzversicherung decken.

(2) <sup>1</sup>Der Zusatzbeitrag je 100 Euro ergibt sich aus der Division der Aufwendungen für die Zusatzversicherung des abgelaufenen Geschäftsjahres mit der durch 100 geteilten Summe der zusätzlich versicherten Jahresarbeitsverdienste zum 1. Januar des Geschäftsjahres. <sup>2</sup>Eine Anpassung des Jahresbeitrags ist vorzunehmen, wenn die Einnahmen des abgelaufenen Geschäftsjahres die Ausgaben der Zusatzversicherung nicht mehr decken. <sup>3</sup>Eine Über- oder Unterdeckung ist bei der Beitragsanpassung zu berücksichtigen. <sup>4</sup>Die Höhe des Zusatzbeitrags je 100 Euro des zusätzlich versicherten Jahresarbeitsverdienstes wird vom Vorstand jeweils zum Stichtag 1. Januar des Geschäftsjahres festgesetzt. <sup>5</sup>Änderungen sind den aus der Zusatzversicherung Berechtigten schriftlich mitzuteilen. <sup>6</sup>Besteht die Zusatzversicherung nicht für ein volles Kalenderjahr, werden die Beiträge anteilig erhoben.

(3) Für die Fälligkeit der Beiträge gilt § 23 Absatz 3 SGB IV.

## **§ 70 Beginn und Ende der Zusatzversicherung**

(1) Die Zusatzversicherung ist unter Bezeichnung des zusätzlichen Jahresarbeitsverdienstes bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft schriftlich zu beantragen.

(2) <sup>1</sup>Die Zusatzversicherung tritt zum beantragten Zeitpunkt, frühestens mit dem Tage nach dem Eingang des Antrages in Kraft. <sup>2</sup>Sie erlischt mit dem Tod des Berechtigten, mit dem Fortfall der Voraussetzungen für die Zusatzversicherung, mit dem Erlöschen der freiwilligen Versicherung nach § 72 Absatz 3 und 4 oder durch Kündigung.

(3) <sup>1</sup>Die Zusatzversicherung kann bis einschließlich 30. November zum Ende des jeweiligen Kalenderjahres gekündigt werden. <sup>2</sup>Bei Erhöhung des Beitrages oder bei Einschränkung der Leistungen kann sie spätestens binnen eines Monats nach Mitteilung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung gekündigt werden. <sup>3</sup>Die Kündigung muss bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft schriftlich eingereicht werden.

(4) <sup>1</sup>Die Versicherung erlischt mit Beginn des Geschäftsjahres (§ 69 Absatz 2), wenn der Beitrag nicht binnen zwei Monaten nach Fälligkeit gezahlt worden ist. <sup>2</sup>Wurden im Geschäftsjahr Leistungen aus der Zusatzversicherung in Anspruch genommen, erlischt sie mit Zustellung des Feststellungsbescheides. <sup>3</sup>Eine Neuanschuldung bleibt solange unwirksam, bis der rückständige Beitrag bezahlt ist.

## **6.2 Freiwillige Versicherung**

### **§ 71**

#### **Kreis der Versicherungsberechtigten, Umfang der Leistung, Jahresarbeitsverdienst**

(1) Gegen die Folgen von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten (§§ 7 bis 12 SGB VII) können sich freiwillig versichern,

1. Unternehmerinnen und Unternehmer von nicht gewerbsmäßig betriebenen Imkereien und deren im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten oder Lebenspartner,
2. gewählte oder beauftragte Ehrenamtsträger in gemeinnützigen Organisationen (§ 6 Absatz 1 Nummer 3 SGB VII),
3. Personen, die in Verbandsgremien und Kommissionen für Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften sowie anderen selbständigen Arbeitnehmervereinigungen mit sozial- oder berufspolitischer Zielsetzung (sonstige Arbeitnehmervereinigungen) ehrenamtlich tätig sind oder an Ausbildungsveranstaltungen für diese Tätigkeit teilnehmen (§ 6 Absatz 1 Nummer 4 SGB VII),

soweit die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft auch für das Unternehmen zuständig ist und sie nicht schon aufgrund anderer Vorschriften versichert sind.

(2) Die freiwillige Versicherung erfolgt auf schriftlichen Antrag bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.

(3) <sup>1</sup>Freiwillig Versicherte nach Absatz 1 Nummer 1 erhalten Leistungen nach den §§ 26 ff. SGB VII wie die nach § 2 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe a SGB VII versicherten Personen. <sup>2</sup>Der Jahresarbeitsverdienst für diesen Personenkreis bemisst sich entsprechend § 93 SGB VII.

(4) <sup>1</sup>Der Jahresarbeitsverdienst für freiwillig Versicherte nach Absatz 1 Nummer 2 und 3 bestimmt sich entsprechend §§ 82, 84, 85 Absatz 1 sowie 87 bis 91 SGB VII. <sup>2</sup>Der Höchstjahresarbeitsverdienst bestimmt sich nach § 28 Absatz 1.

(5) <sup>1</sup>Berufskrankheiten und Krankheiten, die wie Berufskrankheiten entschädigt werden können (§ 9 Absatz 2 SGB VII), bei denen die berufliche Verursachung der Krankheit unabhängig vom Schweregrad vor Beginn der freiwilligen Versicherung vorlag, sind von der Versicherung ausgeschlossen. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für Leistungen nach § 3 BKV.

### **§ 72**

#### **Beginn und Ende der Versicherung**

(1) Die Versicherung beginnt mit dem Tag nach Eingang des Antrags, sofern nicht ein späterer Zeitpunkt beantragt wird.

(2) Die Versicherung endet mit Ablauf des Kalenderjahres in dem die Kündigung bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft eingegangen ist.

(3) Die Versicherung erlischt:

1. bei Überweisung des Unternehmens, mit dem Tag, an dem die Überweisung wirksam wird,
2. bei Einstellung des Unternehmens und beim Ausscheiden der versicherten Person aus dem Unternehmen mit dem Tag des Ereignisses,

3. mit dem Tag, an dem die Voraussetzungen für die Versicherungsfreiheit nach § 4 Absatz 2 Nummer 2 SGB VII wegfallen.
- (4) <sup>1</sup>Die Versicherung erlischt, wenn der Beitrag nicht binnen zwei Monaten nach Fälligkeit gezahlt worden ist. <sup>2</sup>Eine Neuanschuldung bleibt solange unwirksam, bis der rückständige Beitrag beglichen worden ist.
- (5) Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft bestätigt den freiwillig versicherten Personen schriftlich die Versicherung.

### **§ 73**

#### **Beitrag für freiwillig Versicherte**

- (1) Die Beitragsberechnung für nicht gewerbsmäßig betriebene Imkereien erfolgt nach den Bestimmungen, die für gewerbsmäßig betriebene Imkereien gelten (§ 40).
- (2) Für die nach § 71 Absatz 1 Nummer 2 und 3 freiwillig Versicherten findet § 42 Absatz 4 Nummer 5 Anwendung.

## **7. Befreiung von der Versicherung**

### **§ 74**

#### **Versicherungsbefreiung**

- (1) <sup>1</sup>Unternehmerinnen und Unternehmer landwirtschaftlicher Unternehmen im Sinne des § 123 Absatz 1 Nummer 1 SGB VII bis zu einer Größe von 0,25 ha und deren im Unternehmen mitarbeitenden Ehegatten oder Lebenspartner werden auf schriftlichen Antrag unwiderruflich von der Versicherung nach § 2 Absatz 1 Nummer 5 SGB VII befreit. <sup>2</sup>Dies gilt nicht für Spezialkulturen.
- (2) Ehegatten oder Lebenspartner können sich nur gemeinsam befreien lassen.
- (3) Wird das Unternehmen von mehreren Personen betrieben, z. B. durch eine Erbengemeinschaft, können sich nur alle Unternehmerinnen und Unternehmer gemeinsam befreien lassen.
- (4) <sup>1</sup>Die Befreiung wird wirksam mit dem Tag nach Eingang des vollständigen Antrages. <sup>2</sup>Eine rückwirkende Befreiung erfolgt, wenn der Antrag innerhalb der Rechtsbehelfsfrist des die Zuständigkeit der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft feststellenden Bescheids gestellt wird.
- (5) <sup>1</sup>Sobald die Befreiungsgrenze von 0,25 ha überschritten wird, endet die Befreiung von der Versicherungspflicht für Unternehmerinnen und Unternehmer und deren Ehegatten oder Lebenspartner. <sup>2</sup>Für diesen Fall gelten die Meldeverpflichtungen nach §§ 58 und 59 der Satzung.
- (6) <sup>1</sup>Werden im Unternehmen Personen gegen Entgelt oder ohne Entgelt regelmäßig tätig, berechnet sich der Beitrag nach § 40 der Satzung. <sup>2</sup>Dies gilt auch, wenn im Unternehmen mitarbeitende Familienangehörige tätig sind.



## **IV. Alterssicherung**

### **1. Versicherter Personenkreis**

#### **§ 75**

#### **Versicherter Personenkreis**

Zu dem versicherten Personenkreis gehören die kraft Gesetzes versicherungspflichtigen Landwirte, deren Ehegatten oder Lebenspartner und mitarbeitende Familienangehörige sowie die freiwillig Versicherten nach näherer Maßgabe der Regelungen des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG).

### **2. Leistungen**

#### **§ 76**

#### **Allgemeines**

Bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen werden folgende Leistungen gewährt:

1. Regelaltersrente,
2. Vorzeitige Altersrenten,
3. Rente wegen Erwerbsminderung,
4. Rente an Witwen und Witwer und hinterbliebene Lebenspartner,
5. Waisenrente,
6. Rente wegen Todes bei Verschollenheit,
7. Überbrückungsgeld,
8. Zuschuss zum Beitrag,
9. Landabgaberente,
10. Produktionsaufgaberente,
11. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation sowie sonstige und ergänzende Leistungen (Leistungen zur Teilhabe),
12. Betriebs- und Haushaltshilfe,
13. Zuschuss zum Beitrag zur Krankenversicherung der Rentner,
14. Rentenauskunft.

#### **§ 77**

#### **Auszahlungsverfahren**

<sup>1</sup>Renten werden kostenfrei auf das vom Empfänger bezeichnete Konto eines Geldinstituts überwiesen, soweit nicht der Empfänger eine Übermittlung an seinen Wohnort verlangt. <sup>2</sup>Es gilt § 47 SGB I, auch soweit dort in Absatz 2 die Kostentragung begrenzt wird auf die Kosten bis zu dem mit der Zahlung beauftragten Geldinstitut.

### **3. Rehabilitation**

#### **§ 78**

##### **Grundsätze**

(1)<sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Alterskasse erbringt Leistungen zur medizinischen Rehabilitation sowie sonstige und ergänzende Leistungen zur Teilhabe. <sup>2</sup>Hierzu gehören auch stationäre Heilbehandlungen für Kinder von Versicherten, von Beziehern einer Rente wegen Alters oder verminderter Erwerbsfähigkeit sowie Kinder, die eine Waisenrente beziehen (Kinderrehabilitation) sowie Nach- und Festigungskuren.

(2) <sup>1</sup>Die Leistungserbringung nach Absatz 1 setzt voraus, dass die landwirtschaftliche Alterskasse der Leistung zugestimmt hat; die Zustimmung ist grundsätzlich vor Beginn der Leistung zu erteilen. <sup>2</sup>Die Bewilligung erlischt nach Ablauf von sechs Monaten vom Tage der Bewilligung an; eine Überschreitung dieses Zeitraums bedarf der Zustimmung der landwirtschaftlichen Alterskasse.

(3) Die Unterbringung einer Begleitperson im Rahmen der Durchführung von Leistungen nach Absatz 1 kann erfolgen, wenn die Begleitung aus medizinischen Gründen erforderlich ist.

#### **§ 79**

##### **Durchführung von Anschlussheilbehandlungen**

(1) Die landwirtschaftliche Alterskasse erbringt Leistungen zur medizinischen Rehabilitation auch in Form von Anschlussheilbehandlungen, soweit die medizinische Notwendigkeit während einer vorausgehenden Krankenhausbehandlung festgestellt wird.

(2) <sup>1</sup>Anschlussheilbehandlungen werden nur in unmittelbarem Anschluss an eine Krankenhausbehandlung erbracht. <sup>2</sup>Die Unterbrechung der Behandlung zwischen Ende der Krankenhausbehandlung und Beginn der Anschlussheilbehandlung soll 14 Tage nicht überschreiten.

#### **§ 80**

##### **Persönliche Voraussetzungen für Kinderrehabilitationen**

(1) Kinderrehabilitationen werden erbracht, wenn hierdurch voraussichtlich eine erhebliche Gefährdung der Gesundheit beseitigt oder eine beeinträchtigte Gesundheit wesentlich gebessert oder wiederhergestellt werden kann.

(2) Das ist insbesondere der Fall bei folgenden Krankheiten:

1. Krankheiten der Atemwege,
2. allergische Krankheiten,
3. Hautkrankheiten,
4. Herz- und Kreislaufkrankheiten,
5. Leber-, Magen-Darmkrankheiten,
6. Nieren- und Harnwegskrankheiten,
7. Stoffwechselkrankheiten,
8. entzündliche und nichtentzündliche Krankheiten des Bewegungsapparates,

9. neurologische Erkrankungen,
  10. psychosomatische und psychomotorische Störungen, Verhaltensstörungen,
  11. Übergewicht in Verbindung mit weiteren Risikofaktoren und anderen Krankheiten,
  12. Adipositas (Body-Mass-Index oberhalb des 97. Perzentils).
- (3) Kinderrehabilitationen werden grundsätzlich nicht erbracht:
1. bei akuten Krankheiten und Infektionskrankheiten sowie
  2. in den Fällen, in denen die Aussicht auf eine spätere Erwerbsfähigkeit nicht verbessert werden kann.
- (4) Für Kinder und Waisenrentenbezieher mit malignen Geschwulst- und Systemerkrankungen finden die §§ 83 bis 87 Anwendung.
- (5) Kinderrehabilitationen sollen in der Regel nicht vor Vollendung des vierten Lebensjahres des Kindes durchgeführt werden.
- (6) <sup>1</sup>Kinderrehabilitationen können auch für Kinder i. S. v. § 48 Absatz 3 SGB VI erbracht werden. <sup>2</sup>Kinder werden unter den Voraussetzungen von § 48 Absatz 4 SGB VI über das 18. Lebensjahr hinaus bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres berücksichtigt. <sup>3</sup>Die Erhöhung der Altersbegrenzung nach § 48 Absatz 5 SGB VI findet Anwendung.

## **§ 81**

### **Leistungsumfang und Zuzahlungen bei Kinderrehabilitationen**

- (1) <sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Alterskasse bestimmt im Einzelfall unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Art, Dauer, Umfang, Beginn und Durchführung der Leistungen sowie die Rehabilitationseinrichtung nach pflichtgemäßem Ermessen. <sup>2</sup>Kinderrehabilitationen werden in Rehabilitationseinrichtungen mit einem Vertrag nach § 21 SGB IX zur Erbringung von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation für Kinder und Jugendliche erbracht.
- (2) <sup>1</sup>Kinderrehabilitationen sollen für vier Wochen erbracht werden. <sup>2</sup>Die Rehabilitation kann - insbesondere bei nicht begleiteten Kindern - verlängert werden, wenn sich in deren Verlauf herausstellt, dass das Rehabilitationsziel voraussichtlich nur dadurch zu erreichen ist.
- (3) <sup>1</sup>Bei Kinderrehabilitationen ist keine Zuzahlung zu leisten. <sup>2</sup>Dies gilt auch für Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.
- (4) <sup>1</sup>Kinderrehabilitationen umfassen insbesondere die Gewährung von ärztlicher und nicht-ärztlicher Therapie, Pflege und Versorgung mit Medikamenten sowie Unterkunft und Verpflegung in geeigneten Rehabilitationseinrichtungen. <sup>2</sup>Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter erhalten außerdem Überbrückungsunterricht.
- (5) <sup>1</sup>Weitere Kinderrehabilitationen werden nicht vor Ablauf von 4 Jahren nach Durchführung einer solchen oder ähnlichen Leistung zur Rehabilitation erbracht, deren Kosten aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften getragen oder bezuschusst worden sind. <sup>2</sup>Dies gilt nicht, wenn vorzeitige Leistungen aus gesundheitlichen Gründen dringend erforderlich sind.

## **§ 82**

### **Ergänzende Leistungen bei Kinderrehabilitationen sowie Nach- und Festigungskuren**

Die landwirtschaftliche Alterskasse erbringt ergänzend zu Kinderrehabilitationen sowie Nach- und Festigungskuren Leistungen nach § 44 Absatz 1 Nummer 3 bis 6 SGB IX.

## **§ 83**

### **Persönliche Voraussetzungen für Nach- und Festigungskuren wegen maligner Geschwulst- und Systemerkrankungen**

Persönliche Voraussetzungen sind:

1. Die Diagnose muss geklärt sein.
2. <sup>1</sup>Hat eine operative Behandlung oder eine Strahlenbehandlung stattgefunden, so muss die operative Behandlung abgeschlossen, die Strahlenbehandlung vorläufig abgeschlossen sein. <sup>2</sup>Eine noch laufende Chemotherapie ist kein Hinderungsgrund für Nach- und Festigungskuren.
3. <sup>1</sup>Die durch die Geschwulsterkrankung oder deren Therapie bedingten körperlichen, seelischen, sozialen oder beruflichen Behinderungen sollen positiv beeinflussbar sein. <sup>2</sup>Eine ausreichende Belastbarkeit für die Nach- und Festigungskur muss gegeben sein. <sup>3</sup>Die oder der Betreute soll in der Regel allein reisefähig sein.

## **§ 84**

### **Versicherungsrechtliche Voraussetzungen für Nach- und Festigungskuren**

(1) Nach- und Festigungskuren können auch erhalten:

1. Rentenbezieher der landwirtschaftlichen Alterskasse und
2. nicht versicherte Ehegatten oder Lebenspartner und Kinder als Angehörige von Versicherten oder Rentenbeziehern nach Nummer 1.

(2) Kinder im Sinne dieser Vorschrift sind auch die in § 80 Absatz 6 der Satzung i. V. m. § 48 Absatz 3 und 4 SGB VI aufgezählten Personen.

## **§ 85**

### **Dauer der Nach- und Festigungskuren**

<sup>1</sup>Die Leistungen sollen für längstens drei Wochen erbracht werden. <sup>2</sup>Sie können für einen längeren Zeitraum erbracht werden, wenn dies erforderlich ist, um das Rehabilitationsziel zu erreichen.

## **§ 86**

### **Ausschluss von Nach- und Festigungskuren**

(1) Für Nach- und Festigungskuren gilt § 12 Absatz 1 SGB VI mit Ausnahme von Nummer 2 entsprechend.

(2) Die Leistungen sind bei Vorliegen von Frühformen von Oberflächenkrebs und bei Krebsvorstufen ausgeschlossen.

## **§ 87**

### **Wiederholung von Nach- und Festigungskuren**

Nach- und Festigungskuren können auch wiederholt gewährt werden, im Regelfall jedoch nur bis zum Ablauf von einem Jahr nach beendeter Primärbehandlung.

## **§ 88**

### **Zuzahlung bei Leistungen zur medizinischen Rehabilitation**

(1) Von der Zuzahlung wird auf Antrag befreit, wer einen Zuschuss zum Beitrag nach § 32 ALG erhält.

(2) <sup>1</sup>Auf Antrag ist ebenfalls von der Zuzahlung abzusehen, wenn das Jahreseinkommen des Versicherten 40 v. H. der Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV nicht übersteigt. <sup>2</sup>Das Jahreseinkommen ist nach § 32 Absatz 2 bis 6 ALG zu ermitteln; abweichend von § 32 Absatz 3 Satz 4 ALG ist auf Antrag das nachgewiesene niedrigere Einkommen zum Zeitpunkt des Leistungsantrags zu berücksichtigen. <sup>3</sup>Es gilt die Bezugsgröße des Jahres, welches für die Ermittlung des Einkommens nach § 32 Absatz 3 ALG maßgebend ist.

(3) Von der Zuzahlung wird auf Antrag ebenfalls befreit, wer Hilfe zum Lebensunterhalt oder Leistungen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII oder Leistungen zur Grundsicherung nach dem SGB II bezieht, unabhängig von Art und Höhe dieser Leistung.

(4) <sup>1</sup>Eine Zuzahlung ist nicht mehr zu erbringen, wenn die versicherte Person bei länger andauernden stationären Heilbehandlungen bereits eine Zuzahlung für 42 Kalendertage erbracht hat. <sup>2</sup>Dies gilt auch für eine über das Ende eines Kalenderjahres hinausgehende stationäre Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder sonstige Leistung. <sup>3</sup>Wurden mehrere Leistungen erbracht, sind alle Tage der Zuzahlung an einen Träger der Rentenversicherung und an eine Krankenkasse innerhalb eines Kalenderjahres zu berücksichtigen.

## **§ 89**

### **Reisekosten**

<sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Alterskasse zahlt gemäß § 53 SGB IX Reisekosten, die aus Anlass der Vorbereitung und Inanspruchnahme von Leistungen nach § 78 Absatz 1 entstehen. <sup>2</sup>Für die landwirtschaftliche Alterskasse gelten die Richtlinien gemäß § 43 Absatz 5 SGB VII in Gestalt der Grundsätze der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau zur Erstattung von Reisekosten für die landwirtschaftliche Alterskasse und die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in der jeweils geltenden Fassung.

## **§ 90**

### **Sicherung des Erfolges der Leistungen zur Teilhabe**

(1) Zur Sicherung des Erfolges der Leistungen zur Teilhabe erbringt die landwirtschaftliche Alterskasse weitere Leistungen, die erforderlich sind,

1. eine Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder sonstige Leistung vorzubereiten und
2. um das Ziel der Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder sonstigen Leistung zu erreichen oder es zu sichern.

(2) Die Leistungen werden in unmittelbarem Zusammenhang mit Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder sonstigen Leistungen erbracht und setzen insoweit das Erfüllen der persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für Leistungen zur Teilhabe voraus.

## **§ 91**

### **Rehabilitationsvorbereitung**

(1) Aufgabe der Rehabilitationsvorbereitung ist es, bereits im Vorfeld einer Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder sonstigen Leistung deren Erfolgsaussicht zu fördern.

(2) Die Vorbereitung der Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder sonstigen Leistung umfasst insbesondere

1. Informationen über den geplanten Ablauf der Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder sonstigen Leistung,
2. Leistungen zur Steigerung der Motivation und
3. Leistungen zum Abbau von Risikoverhalten der versicherten Person.

## **§ 92**

### **Rehabilitationsnachsorge**

(1) Aufgabe der Rehabilitationsnachsorge ist es, den durch die Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder sonstigen Leistung eingetretenen Erfolg weiter zu verbessern oder nachhaltig zu sichern.

(2) <sup>1</sup>Als nachgehende Leistungen zur Sicherung des Erfolges der Leistungen zur Teilhabe (Rehabilitationsnachsorge) werden insbesondere Maßnahmen zur Erhaltung der erzielten Funktionsverbesserung und zur Stabilisierung eingeleiteter Verhaltensänderungen sowie Beratungen zur Notwendigkeit weiterer therapeutischer Behandlungen erbracht. <sup>2</sup>Die landwirtschaftliche Alterskasse bestimmt Art, Ort, Dauer, Umfang, Beginn und Durchführung der Leistungen.

## **4. Betriebs- und Haushaltshilfe**

### **§ 93**

#### **Betriebs- und Haushaltshilfe für Begleitpersonen während einer Kinderheilbehandlung**

Während einer Kinderheilbehandlung nach § 10 Absatz 1 ALG i. V. m. § 31 Absatz 1 Nummer 3 und 4 SGB VI kann Betriebs- und Haushaltshilfe für ein Elternteil erbracht werden, wenn die Begleitung des Kindes aus medizinischen Gründen erforderlich ist.

## **§ 94**

### **Betriebs- und Haushaltshilfe bei Leistungen zur medizinischen Rehabilitation oder bei Nach- und Festigungskuren wegen Geschwulsterkrankungen**

<sup>1</sup>Dauert die Leistung zur medizinischen Rehabilitation oder die Nach- und Festigungskur wegen Geschwulsterkrankungen länger als 13 Wochen, so ist Betriebs- und Haushaltshilfe für bis zu weiteren vier Wochen zu erbringen, wenn besondere Verhältnisse im Unternehmen dies erfordern. <sup>2</sup>Darüber hinaus kann eine Verlängerung nur bei außergewöhnlichen Erschwernissen erfolgen. <sup>3</sup>Der Einsatzzeitraum umfasst auch die Tage der Anreise und der Rückkehr zum und vom Ort der Leistung. <sup>4</sup>Dies gilt entsprechend in den Fällen nach § 10 Absatz 2 Satz 3 ALG.

## **§ 95**

### **Betriebs- und Haushaltshilfe bei Schonungszeit**

<sup>1</sup>Während der Schonungszeit wird Betriebs- und Haushaltshilfe bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 oder 2 ALG für längstens drei Tage erbracht, soweit die Schonungszeit

1. ärztlich verordnet wurde und
2. sich unmittelbar an eine stationäre Heilbehandlung anschließt.

<sup>2</sup>Die versicherte Person darf sich während der Schonungszeit nicht oder nicht wesentlich im Unternehmen betätigen.

## **§ 96**

### **Betriebs- und Haushaltshilfe bei Arbeitsunfähigkeit**

(1) <sup>1</sup>Während der Arbeitsunfähigkeit wird Betriebshilfe längstens bis zu vier Wochen erbracht, sofern

1. die Arbeitsunfähigkeit ärztlich bescheinigt ist,
2. die Hilfe zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Unternehmens erforderlich ist und
3. die Leistung nicht nach § 36 Absatz 1 Satz 3 bis 5 ALG ausgeschlossen ist.

<sup>2</sup>Haushaltshilfe wird in entsprechender Anwendung des Satzes 1 erbracht, wenn die Weiterführung des Haushalts nicht möglich und diese auf andere Weise nicht sicherzustellen ist.

(2) <sup>1</sup>Dauert die ärztlich bescheinigte Arbeitsunfähigkeit länger an, so ist Betriebs- und Haushaltshilfe bis zu weiteren vier Wochen zu erbringen, wenn besondere Verhältnisse im Unternehmen dies erfordern. <sup>2</sup>Darüber hinaus kann eine Verlängerung nur bei außergewöhnlichen Erschwernissen erfolgen.

(3) <sup>1</sup>Liegt bei wiederholter Erkrankung dieselbe Krankheitsursache zugrunde, wird Betriebs- und Haushaltshilfe für längstens 16 Wochen innerhalb von je drei Jahren, gerechnet vom Tage des ersten Einsatzes an, bewilligt. <sup>2</sup>Der Anspruch erneuert sich jeweils mit Beginn eines neuen Drei-Jahres-Zeitraumes.

(4) <sup>1</sup>Erfordert die Arbeitsunfähigkeit stationäre Krankenhausbehandlung, wird Betriebs- und Haushaltshilfe unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 längstens bis zu 13 Wochen erbracht. <sup>2</sup>Für Verlängerungen gilt § 94 entsprechend.

## **§ 97**

### **Betriebs- und Haushaltshilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft**

<sup>1</sup>Während der Schwangerschaft und bis zum Ablauf von acht Wochen nach der Entbindung, nach Mehrlings- oder Frühgeburten bis zum Ablauf von 12 Wochen nach der Entbindung wird Betriebs- und Haushaltshilfe erbracht, wenn die Hilfe zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Unternehmens erforderlich ist. <sup>2</sup>Bei Frühgeburten und sonstigen vorzeitigen Entbindungen verlängern sich die Fristen nach Satz 1 zusätzlich um den Zeitraum, für den Betriebs- und Haushaltshilfe in den letzten sechs Wochen vor der Entbindung nicht in Anspruch genommen werden konnte. <sup>3</sup>Während der Schwangerschaft bis zum Beginn von sechs Wochen vor der voraussichtlichen Entbindung ist weitere Voraussetzung, dass Arbeitsunfähigkeit ärztlich bescheinigt ist.

## **§ 98**

### **Betriebs- und Haushaltshilfe bei medizinischen Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen**

<sup>1</sup>Unter den Voraussetzungen von § 36 Absatz 1 ALG kann Betriebs- und Haushaltshilfe während der Dauer

1. von medizinischen Vorsorgeleistungen nach §§ 23 und 24 SGB V und
2. von medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen nach §§ 40 und 41 SGB V

erbracht werden. <sup>2</sup>Zum zeitlichen Umfang gilt § 94 entsprechend.

## **§ 99**

### **Betriebs- und Haushaltshilfe bei Tod**

(1) Die Leistungen nach §§ 37 und 39 ALG können unter Anrechnung auf die Höchstesatzdauer auch für den Todestag erbracht werden.

(2) <sup>1</sup>In den Fällen nach § 37 ALG beteiligt sich die anspruchsberechtigte Person angemessen an den entstehenden Aufwendungen unter Berücksichtigung ihres Einkommens. <sup>2</sup>Die Höhe der Selbstbeteiligung bestimmt sich nach der Höhe des landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Einkommens der anspruchsberechtigten Person i. S. d. § 32 ALG im Verhältnis zu der jeweils geltenden Bezugsgröße (§ 18 SGB IV) nach Maßgabe der folgenden Tabelle (Selbstbeteiligung pro Arbeitsstunde):

Einkommen in v. H. der jährlichen Bezugsgröße	bis 40	bis 60	bis 80	bis 100	bis 120	über 120
Selbstbeteiligung in v. H. der monatlichen Bezugsgröße.	0,06	0,09	0,12	0,15	0,18	0,21

<sup>3</sup>Das Rechenergebnis ist auf volle 10 Cent abzurunden. <sup>4</sup>Der errechnete Betrag der Selbstbeteiligung darf 50 v. H. der der landwirtschaftlichen Alterskasse entstehenden Aufwendungen nicht überschreiten.



(3) In den Fällen nach § 39 ALG gilt für die Erhebung der Selbstbeteiligung Absatz 2 sinngemäß.

## **§ 100**

### **Ersatzkräfte bei Betriebs- und Haushaltshilfe, Betriebs- und Haushaltshilfe nur im Inland**

(1) <sup>1</sup>Als Betriebs- oder Haushaltshilfe wird eine Ersatzkraft gestellt. <sup>2</sup>Für die gestellten Ersatzkräfte bei Betriebs- und Haushaltshilfe und die Leistungsgewährung nur im Inland gelten die §§ 34 und 37 entsprechend.

(2) <sup>1</sup>Kann eine Ersatzkraft nicht gestellt werden oder besteht Grund davon abzusehen, erstattet die landwirtschaftliche Alterskasse die Kosten für eine selbstbeschaffte betriebsfremde Ersatzkraft in angemessener Höhe. <sup>2</sup>Die für den Einsatz erforderlichen Tatsachenangaben und Gründe sind der landwirtschaftlichen Alterskasse vor Beginn des Einsatzes mitzuteilen. <sup>3</sup>§ 35 Absatz 2 bis 4 gilt entsprechend.

## **§ 101**

### **Antrag**

Der Antrag auf Betriebs- und Haushaltshilfe ist vor Beginn des Einsatzes zu stellen.

## **5. Zahlung und Einzug der Beiträge**

### **§ 102**

#### **Beitragseinzug, Reihenfolge der Tilgung und Mahnverfahren**

<sup>1</sup>Die Beiträge sind Monatsbeiträge. <sup>2</sup>Sie werden jeweils am Fünfzehnten eines Kalendermonats fällig. <sup>3</sup>Die Zahlungen sollen im Wege des Kontenabbuchungsverfahrens durchgeführt werden. <sup>4</sup>Im Übrigen gelten für den Beitragseinzug, die Reihenfolge der Tilgung und das Mahnverfahren § 65 Absatz 2 und 3 sowie § 67 entsprechend; die landwirtschaftliche Alterskasse tritt an die Stelle der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.

## **V. KRANKENVERSICHERUNG**

### **1. Versicherter Personenkreis und Mitgliedschaft**

#### **§ 103**

##### **Kreis der Mitglieder**

Mitglieder der landwirtschaftlichen Krankenkasse sind die in §§ 2, 6, 21 sowie 23 KVLG 1989 näher bezeichneten Personen, wenn und solange die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

## **§ 104**

### **Kreis der Familienversicherten**

(1) <sup>1</sup>Familienversichert sind der Ehegatte, der Lebenspartner, die Kinder und die sonstigen Angehörigen von Mitgliedern, wenn und solange die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. <sup>2</sup>Lebenspartner sind Personen, die in einer Lebenspartnerschaft nach dem LPartG leben. <sup>3</sup>Zu den sonstigen Angehörigen gehören

1. Verwandte bis zum dritten und Verschwägerter bis zum zweiten Grade des Versicherten, seines Ehegatten oder seines Lebenspartners, wenn sie als behinderte Menschen (§ 2 Absatz 1 Satz 1 SGB IX) außer Stande sind, sich selbst zu unterhalten, und die Behinderung innerhalb der für Kinder geltenden Altersgrenze eingetreten ist,

und

2. voll verwaiste Geschwister des Versicherten, seines Ehegatten oder seiner Lebenspartnerin bzw. seines Lebenspartners. Die gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen für Kinder gelten.

(2) Sonstige Angehörige im Sinne des Absatzes 1 Nummer 1 sind familienversichert, wenn die Behinderung außerhalb der für Kinder geltenden Altersgrenze eingetreten ist, sofern der Anspruch auf Familienhilfe vor dem 1. Januar 1989 anerkannt wurde und die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind.

## **§ 105**

### **Ende der freiwilligen Mitgliedschaft**

<sup>1</sup>Die freiwillige Mitgliedschaft endet mit dem Ablauf des Tages, an dem die Kündigung wirksam wird. <sup>2</sup>Sofern ohne das Bestehen der freiwilligen Mitgliedschaft die Voraussetzungen für die Familienversicherung (§ 10 SGB V oder § 7 KVLG 1989) erfüllt wären, kann das Mitglied seine Mitgliedschaft mit sofortiger Wirkung kündigen; § 191 SGB V gilt.

## **2. Leistungen**

### **2.1 Leistungen zur Verhütung von Krankheiten**

## **§ 106**

### **Übersicht über die Leistungen**

<sup>1</sup>Der in §§ 103 und 104 genannte Personenkreis hat Anspruch auf Krankenbehandlung, wenn sie notwendig ist, um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern. <sup>2</sup>Die Krankenbehandlung umfasst

1. ärztliche Behandlung einschließlich Psychotherapie als ärztliche oder psychotherapeutische Behandlung,
2. zahnärztliche Behandlung,
3. Versorgung mit Zahnersatz einschließlich Zahnkronen und Suprakonstruktionen,
4. Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln,
5. häusliche Krankenpflege,
6. Betriebs- und Haushaltshilfe,

7. Krankenhausbehandlung,
8. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und ergänzende Leistungen.

## **§ 107**

### **Primärprävention**

(1) <sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Krankenkasse gewährt ihren Versicherten zur Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustandes Leistungen zur Primärprävention im Rahmen des gesetzlich zulässigen Budgets. <sup>2</sup>Leistungen der Primärprävention müssen dem vom GKV-Spitzenverband gemeinsam und einheitlich beschlossenen Leitfadens Prävention (Handlungsfelder und Kriterien des GKV-Spitzenverbandes zur Umsetzung von §§ 20 und 20a SGB V vom 21. Juni 2000) in der jeweils aktuellen Fassung entsprechen.

(2) Als Leistungen der Primärprävention werden gewährt:

1. Handlungsfeld Bewegungsgewohnheiten

Maßnahmen zur Reduzierung von Bewegungsmangel durch gesundheitssportliche Aktivität sowie zur Vorbeugung und Reduzierung spezieller gesundheitlicher Risiken durch geeignete verhaltens- und gesundheitsorientierte Bewegungsprogramme (Präventive Rückenschule, Wirbelsäulengymnastik, präventives Muskelaufbautraining, präventives Herz-Kreislauftraining),

2. Handlungsfeld Ernährung

Maßnahmen zur Vermeidung von Mangel- und Fehlernährung sowie zur Vermeidung und Reduktion von Übergewicht (Kurse zur vollwertigen und ausgewogenen Ernährung, Gewichtsreduktionskurse),

3. Handlungsfeld Stressmanagement

Maßnahmen zur Förderung von Stressbewältigungskompetenzen sowie zur Förderung von Entspannung (Stressreduktionstraining, Autogenes Training, progressive Muskelentspannung),

4. Handlungsfeld Suchtmittelkonsum

Maßnahmen zur Förderung des Nichtrauchens und zum gesundheitsgerechten Umgang mit Alkohol sowie zur Reduzierung des Alkoholkonsums (Raucherentwöhnungskurse, Alkoholpräventionsangebote).

(3) <sup>1</sup>Die Teilnahme an Kursen, die die landwirtschaftliche Krankenkasse oder eine andere gesetzliche Krankenkasse durchführt, ist für Versicherte kostenfrei. <sup>2</sup>Wird eine von der landwirtschaftlichen Krankenkasse anerkannte Maßnahme von Dritten durchgeführt, erstattet die landwirtschaftliche Krankenkasse 80 v. H. der Kosten, wenn der Kurs in notwendigem Umfang abgeschlossen wurde.

(4) <sup>1</sup>Zur Erhöhung der Breitenwirksamkeit ist die Förderung durch die landwirtschaftliche Krankenkasse auf maximal zwei Kurse pro Versicherten und Kalenderjahr begrenzt. <sup>2</sup>Außerdem ist eine Wiederholung gleicher Maßnahmen im Folgejahr ausgeschlossen. <sup>3</sup>Gleiche Maßnahmen sind Kurse, die auf einem identischen Konzept beruhen, unabhängig davon, wie der Kurs benannt ist. <sup>4</sup>Kurse, die lediglich umbenannt werden, jedoch einen identischen Inhalt aufweisen, sind ebenfalls als gleiche Maßnahme anzusehen.

## **§ 108**

### **Schutzimpfungen**

(1) Über die nach § 20d Absatz 1 SGB V zu gewährenden Schutzimpfungen hinaus gewährt die landwirtschaftliche Krankenkasse ihren Versicherten zur Verhütung von Krankheiten weitere Schutzimpfungen, wenn sie von der Ständigen Impfkommission beim Robert-Koch-Institut empfohlen werden.

(2) Schutzimpfungen, die wegen eines erhöhten Gesundheitsrisikos durch einen Auslandsaufenthalt indiziert sind, gewährt die landwirtschaftliche Krankenkasse ihren Versicherten nur, wenn sie von der Ständigen Impfkommission beim Robert-Koch-Institut empfohlen werden.

## **§ 109**

### **Medizinische Vorsorgeleistungen**

<sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Krankenkasse erbringt zu den Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Reisekosten im Rahmen ambulanter Vorsorgeleistungen in anerkannten Kurorten einen Zuschuss in Höhe von kalendertäglich 13 Euro. <sup>2</sup>Für chronisch kranke Kleinkinder beträgt der Zuschuss kalendertäglich 21 Euro.

## **2.2 Leistungen bei Krankheiten**

### **§ 110**

#### **Häusliche Krankenpflege**

Die landwirtschaftliche Krankenkasse gewährt als Mehrleistung Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung für längstens drei Monate; § 37 Absatz 3 SGB V gilt.

## **2.3 Betriebs- und Haushaltshilfe**

### **§ 111**

#### **Betriebshilfe während stationärer Behandlung**

<sup>1</sup>Dauert die Krankenhausbehandlung oder die stationäre Behandlung in einer Rehabilitationseinrichtung länger als 13 Wochen, so ist Betriebshilfe bis zu weiteren vier Wochen zu erbringen, solange besondere Verhältnisse im Unternehmen dies erfordern. <sup>2</sup>Darüber hinaus kann eine Verlängerung nur erfolgen, wenn und solange außergewöhnliche Erschwernisse vorliegen. <sup>3</sup>Der Einsatzzeitraum umfasst auch die Tage der Anreise und der Rückkehr zum und vom Ort der Leistung.

### **§ 112**

#### **Betriebshilfe bei Krankheit**

(1) Während der Krankheit erbringt die landwirtschaftliche Krankenkasse der versicherten landwirtschaftlichen Unternehmerin oder dem versicherten landwirtschaftlichen Unternehmer Betriebshilfe längstens bis zu vier Wochen, sofern

1. die Krankheit ärztlich bescheinigt,
2. durch die Krankheit die Bewirtschaftung des Unternehmens gefährdet und
3. keine stationäre Behandlung durchgeführt wird.

(2) <sup>1</sup>Dauert die Krankheit im Sinne von Absatz 1 länger an, so ist Betriebshilfe bis zu weiteren vier Wochen zu erbringen, solange besondere Verhältnisse im Unternehmen dies erfordern. <sup>2</sup>Darüber hinaus kann eine Verlängerung nur erfolgen, wenn und solange außergewöhnliche Erschwernisse vorliegen.

(3) <sup>1</sup>Liegt bei wiederholter Erkrankung dieselbe Krankheitsursache zugrunde, wird Betriebshilfe für längstens 16 Wochen innerhalb von je drei Jahren, gerechnet vom Tage des ersten Einsatzes an, bewilligt. <sup>2</sup>Der Anspruch erneuert sich jeweils mit Beginn eines neuen Drei-Jahres-Zeitraumes.

## **§ 113**

### **Betriebshilfe während Schwangerschaft und Mutterschaft**

<sup>1</sup>Während der Schwangerschaft und bis zum Ablauf von acht Wochen nach der Entbindung, nach Mehrlings- oder Frühgeburten bis zum Ablauf von 12 Wochen nach der Entbindung wird der versicherten landwirtschaftlichen Unternehmerin Betriebshilfe erbracht, wenn die Bewirtschaftung des Unternehmens gefährdet ist. <sup>2</sup>Bei Frühgeburten und sonstigen vorzeitigen Entbindungen verlängern sich die Fristen nach Satz 1 zusätzlich um den Zeitraum, für den Betriebshilfe in den letzten sechs Wochen vor der Entbindung nicht in Anspruch genommen werden konnte. <sup>3</sup>Während der Schwangerschaft bis zum Beginn von sechs Wochen vor der voraussichtlichen Entbindung ist weitere Voraussetzung, dass Arbeitsunfähigkeit ärztlich bescheinigt ist.

## **§ 114**

### **Erstreckung der Betriebshilfe**

Betriebshilfe wird als Mehrleistung erstreckt auf

1. den versicherten mitarbeitenden Ehegatten der versicherten landwirtschaftlichen Unternehmerin oder des versicherten landwirtschaftlichen Unternehmers,
2. den versicherten mitarbeitenden Lebenspartner der versicherten landwirtschaftlichen Unternehmerin oder des versicherten landwirtschaftlichen Unternehmers,
3. versicherte mitarbeitende Familienangehörige, wenn sie die Aufgaben der versicherten landwirtschaftlichen Unternehmerin oder des versicherten landwirtschaftlichen Unternehmers oder des Ehegatten oder des Lebenspartners der Unternehmerin oder des Unternehmers ständig wahrnehmen,
4. Unternehmen, in denen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer oder mitarbeitende Familienangehörige ständig beschäftigt werden, soweit die Weiterführung des Unternehmens ohne den Einsatz einer Betriebshilfe nicht sichergestellt ist.

## **§ 115**

### **Haushaltshilfe**

Als Mehrleistung erbringt die landwirtschaftliche Krankenkasse Haushaltshilfe in entsprechender Anwendung der §§ 111 bis 113 mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Gefährdung der Bewirtschaftung des Unternehmens die Unmöglichkeit der Weiterführung des landwirtschaftlichen Haushalts tritt und die Weiterführung des landwirtschaftlichen Haushalts auf andere Weise nicht sicherzustellen ist.

## **§ 116**

### **Haushaltshilfe für landwirtschaftliche Unternehmerinnen oder Unternehmer, mitarbeitende Ehegatten oder Lebenspartner ohne landwirtschaftlichen Haushalt**

(1) Die landwirtschaftliche Krankenkasse erbringt für versicherte landwirtschaftliche Unternehmerinnen oder Unternehmer sowie für ihre versicherten mitarbeitenden Ehegatten oder Lebenspartner Haushaltshilfe nach Absatz 2, sofern keine Betriebshilfe erbracht wird und kein landwirtschaftlicher Haushalt besteht.

(2) <sup>1</sup>Für die Erbringung von Haushaltshilfe nach Absatz 1 gelten § 38 Absatz 1 und Absatz 3 bis 5 SGB V entsprechend. <sup>2</sup>Wenn die Weiterführung des Haushalts wegen ärztlich bescheinigter Krankheit nicht möglich ist, gelten § 38 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 3 bis 5 SGB V entsprechend. <sup>3</sup>Wenn die Weiterführung des Haushalts wegen Schwangerschaft und Mutterschaft nicht möglich ist, gilt § 24h SGB V.

(3) <sup>1</sup>Haushaltshilfe nach Absatz 2 Satz 2 wird längstens bis zur Dauer von 4 Wochen erbracht. <sup>2</sup>§ 112 Absatz 3 gilt entsprechend.

## **§ 117**

### **Haushaltshilfe für sonstige Personen**

(1) <sup>1</sup>Für die sonstigen in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung Versicherten mit eigenem Haushalt gelten für die Gewährung von Haushaltshilfe §§ 24h und 38 SGB V. <sup>2</sup>Zusätzlich zu den in § 38 Absatz 1 SGB V genannten Fällen erbringt die landwirtschaftliche Krankenkasse diesen Personen auch Haushaltshilfe, wenn nach ärztlicher Bescheinigung die Weiterführung des Haushalts durch die versicherte Person wegen akuter Erkrankung oder akuter Verschlimmerung einer Krankheit nicht möglich ist.

(2) <sup>1</sup>Haushaltshilfe nach Absatz 1 Satz 2 wird längstens bis zur Dauer von vier Wochen erbracht. <sup>2</sup>§ 112 Absatz 3 gilt entsprechend.

## **§ 118**

### **Ersatzkräfte bei Betriebs- und Haushaltshilfe, Betriebs- und Haushaltshilfe nur im Inland**

Für die Ersatzkräfte bei Betriebs- und Haushaltshilfe und die Leistungsgewährung nur im Inland gelten §§ 34, 37 und 100 entsprechend.

## **§ 119 Antrag**

Für die Antragstellung gilt § 101 entsprechend.

### **2.4 Leistungsdaten**

#### **§ 120 Auskunft über Leistungsdaten**

<sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Krankenkasse erteilt der versicherten Person auf Antrag Auskunft über die Art und die Kosten der Leistungen, die in einem Zeitraum von mindestens 18 Monaten vor Antragstellung gewährt wurden. <sup>2</sup>Ausgenommen sind solche Leistungen, über die der Versicherte auf andere Weise Kenntnis erhält. <sup>3</sup>Die versicherte Person soll in dem Antrag die in Anspruch genommenen Leistungserbringer angeben. <sup>4</sup>Liegen der landwirtschaftlichen Krankenkasse die für die Auskunft erforderlichen Daten erst zu einem späteren Zeitpunkt vor, so werden die Auskünfte nach diesem Zeitpunkt erteilt. <sup>5</sup>Die Unterrichtung über die in Anspruch genommenen ärztlichen oder zahnärztlichen Leistungen erfolgt getrennt von der Unterrichtung über die ärztlich oder zahnärztlich verordneten und veranlassten Leistungen.

### **2.5 Hausarztzentrierte Versorgung und besondere ambulante ärztliche Versorgung**

#### **§ 121 Teilnahme an der hausarztzentrierten Versorgung und an der besonderen ambulanten ärztlichen Versorgung**

(1) <sup>1</sup>Versicherte können sich für die Teilnahme an einer hausarztzentrierten Versorgung nach § 73b SGB V entscheiden. <sup>2</sup>Die landwirtschaftliche Krankenkasse führt ein Verzeichnis über die Verträge zur hausarztzentrierten Versorgung. <sup>3</sup>Dieses enthält insbesondere Angaben über die Leistungsinhalte, die Voraussetzungen für die Teilnahme des Versicherten und die teilnehmenden Leistungserbringer. <sup>4</sup>Die versicherte Person hat das Recht, das Verzeichnis einzusehen. <sup>5</sup>Die landwirtschaftliche Krankenkasse stellt ihr auf Wunsch Inhalte des Verzeichnisses in schriftlicher Form zur Verfügung. <sup>6</sup>Voraussetzung für die Teilnahme an der hausarztzentrierten Versorgung ist eine schriftliche Erklärung der versicherten Person, ihrer gesetzlichen Vertreterin oder ihres gesetzlichen Vertreters, in der sie sich gegenüber der landwirtschaftlichen Krankenkasse verpflichtet, ambulante fachärztliche Leistungen nur auf Überweisung des von ihr gewählten Hausarztes in Anspruch zu nehmen. <sup>7</sup>Die Überweisungspflicht gilt nicht für Augenärztinnen oder Augenärzte, Frauenärztinnen oder Frauenärzte, Kinderärztinnen oder Kinderärzte und Notfälle. <sup>8</sup>Die versicherte Person ist an die Wahl und an diese Verpflichtung mindestens ein Jahr gebunden. <sup>9</sup>Werden die Verpflichtung oder die Wahl nicht mit einer Frist von vier Wochen vor Ablauf des Jahres schriftlich gekündigt, gelten sie für ein weiteres Jahr. <sup>10</sup>Ein Wechsel der gewählten Hausärztin oder des gewählten Hausarztes oder eine vorzeitige Beendigung der Teilnahme darf nur in Abstimmung mit der landwirtschaftlichen Krankenkasse und bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erfolgen. <sup>11</sup>Verstößt die versicherte Person gegen ihre Verpflichtungen aus ihrer Erklärung nach Satz 6, so wird sie schriftlich auf die Folgen bei einem weiteren Verstoß hingewiesen. <sup>12</sup>Bei einem

erneuten Verstoß wird sie von der weiteren Teilnahme für einen Zeitraum von zwölf Monaten ausgeschlossen. <sup>13</sup>Die Teilnahme beginnt frühestens mit Abgabe der Erklärung.

(2) <sup>1</sup>Versicherte können an einer mit der landwirtschaftlichen Krankenkasse vereinbarten besonderen ambulanten ärztlichen Versorgung nach § 73c SGB V teilnehmen. <sup>2</sup>Die landwirtschaftliche Krankenkasse führt ein Verzeichnis über die Verträge zur besonderen ambulanten ärztlichen Versorgung. <sup>3</sup>Dieses enthält insbesondere Angaben über die Leistungsinhalte, die Voraussetzungen für die Teilnahme der oder des Versicherten und die teilnehmenden Leistungserbringer. <sup>4</sup>Die versicherte Person hat das Recht, das Verzeichnis einzusehen. <sup>5</sup>Die landwirtschaftliche Krankenkasse stellt ihr auf Wunsch Inhalte des Verzeichnisses in schriftlicher Form zur Verfügung. <sup>6</sup>Voraussetzung für die Teilnahme an der besonderen ambulanten ärztlichen Versorgung ist eine schriftliche Erklärung der versicherten Person, ihrer gesetzlichen Vertreterin oder ihres gesetzlichen Vertreters, in der sie sich gegenüber der Krankenkasse verpflichtet, nur die vertraglich gebundenen Leistungserbringer und andere ärztliche Leistungserbringer nur auf Überweisung in Anspruch zu nehmen. <sup>7</sup>Die Überweisungspflicht gilt nicht für Augenärztinnen oder Augenärzte, Frauenärztinnen oder Frauenärzte, Kinderärztinnen oder Kinderärzte und Notfälle. <sup>8</sup>Die versicherte Person ist an die Wahl und an diese Verpflichtung mindestens ein Jahr gebunden. <sup>9</sup>Werden die Verpflichtung oder die Wahl nicht mit einer Frist von vier Wochen vor Ablauf des Jahres schriftlich gekündigt, gelten sie für ein weiteres Jahr. <sup>10</sup>Ein Wechsel des Leistungserbringers oder eine vorzeitige Beendigung der Teilnahme darf nur in Abstimmung mit der landwirtschaftlichen Krankenkasse und bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erfolgen. <sup>11</sup>Verstößt die versicherte Person gegen ihre Verpflichtungen aus ihrer Erklärung nach Satz 6, so wird sie schriftlich auf die Folgen bei einem weiteren Verstoß hingewiesen. <sup>12</sup>Bei einem erneuten Verstoß wird sie von der weiteren Teilnahme für einen Zeitraum von zwölf Monaten ausgeschlossen. <sup>13</sup>Die Teilnahme beginnt frühestens mit Abgabe der Erklärung.

(3) <sup>1</sup>Vor Abgabe der Teilnahmeerklärung nach Absatz 1 oder Absatz 2 werden die Versicherten umfassend und in schriftlicher Form informiert über

- den Inhalt und die Ziele des betreffenden Versorgungsvertrages
- die Freiwilligkeit der Teilnahme
- die Rechte und Pflichten, die sich aus der Teilnahme an dem Vertrag ergeben
- etwaige Mitwirkungspflichten und etwaige Folgen fehlender Mitwirkung
- die Möglichkeit und Form des Widerrufs der Teilnahmeerklärung
- die Möglichkeit zur Beendigung der Teilnahme
- die im Rahmen des Vertrages vorgesehene Erhebung, Verarbeitung und Nutzung versichertenbezogener Daten.

<sup>2</sup>Die Versicherten können ihre Teilnahme innerhalb von zwei Wochen in Textform oder zur Niederschrift bei der landwirtschaftlichen Krankenkasse ohne Angabe von Gründen widerrufen. <sup>3</sup>Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung der Widerrufserklärung an die landwirtschaftliche Krankenkasse. <sup>4</sup>Die Widerrufsfrist beginnt, wenn die landwirtschaftliche Krankenkasse der versicherten Person eine Belehrung über ihr Widerrufsrecht in Textform mitgeteilt hat, frühestens jedoch mit der Abgabe der Teilnahmeerklärung. <sup>5</sup>Die Belehrung über das Widerrufsrecht ist Bestandteil der Teilnahmeerklärung. <sup>6</sup>Erfolgt die Belehrung erst nach Abgabe der Teilnahmeerklärung, beginnt die Widerrufsfrist mit dem Eingang der voll-



ständigen Widerrufsbelehrung bei der versicherten Person. <sup>7</sup>Die barrierefreie Zugänglichmachung der Widerrufsbelehrung richtet sich nach § 10 Absatz 1 Behindertengleichstellungsgesetz und der Verordnung über barrierefreie Dokumente in der Bundesverwaltung bzw. nach den entsprechenden landesrechtlichen Vorgaben. <sup>8</sup>Das Widerrufsrecht gilt nur für Teilnehmerklärungen, die seit dem 26. Februar 2013 abgegeben worden sind.

## **2.6 Kostenerstattung**

### **§ 122**

#### **Kostenerstattung für Versicherte**

(1) Versicherte können anstelle der Sach- oder Dienstleistungen Kostenerstattung im Inland nach Maßgabe der Ziffern 1 bis 4 und Absatz 4 wählen:

1. Über die Teilnahme am Kostenerstattungsverfahren ist die landwirtschaftliche Krankenkasse vor Inanspruchnahme der Leistungen in Kenntnis zu setzen. Soweit das Kostenerstattungsverfahren für minderjährige Versicherte durchgeführt werden soll, ist unter Berücksichtigung des § 36 SGB I eine besondere Erklärung erforderlich.
2. Die Wahl der Kostenerstattung kann auf den Bereich der ärztlichen Versorgung, der zahnärztlichen Versorgung, den stationären Bereich oder auf veranlasste Leistungen beschränkt werden. Nicht im Vierten Kapitel des SGB V genannte Leistungserbringer dürfen nur nach vorheriger Zustimmung der landwirtschaftlichen Krankenkasse in Anspruch genommen werden; die Zustimmung kann erteilt werden, wenn medizinische oder soziale Gründe eine Inanspruchnahme dieser Leistungserbringer rechtfertigen und eine zumindest gleichwertige Qualität der Versorgung wie bei einem zugelassenen Leistungserbringer gewährleistet ist.
3. Die Versicherten sind an die Wahl der Kostenerstattung mindestens ein Kalendervierteljahr gebunden; sie kann nur für die Zukunft gekündigt werden.
4. Für die Ermittlung des Erstattungsbetrages werden die Aufwendungen der versicherten Person bis zur Höhe der Kosten berücksichtigt, die der landwirtschaftlichen Krankenkasse bei Erbringung als Sachleistung oder Dienstleistung entstanden wären. Der so ermittelte Betrag ist zu mindern um
  - a) einen Abschlag für Verwaltungskosten in Höhe von 5 v. H., höchstens jedoch 40 Euro,
  - b) die vorgesehenen Zuzahlungen.

(2) <sup>1</sup>Abweichend von Absatz 1 können Versicherte Kostenerstattung nach § 129 Absatz 1 Satz 5 SGB V für ein anderes Arzneimittel erhalten, das sie an Stelle des durch die Apotheke abzugebenden Arzneimittels erhalten haben. <sup>2</sup>Die Verfahrensvorschriften des Absatzes 1 finden hier keine Anwendung.

1. Voraussetzung ist, dass dieses Arzneimittel mit dem verordneten Arzneimittel in Wirkstärke und Packungsgröße identisch ist, für ein gleiches Anwendungsgebiet zugelassen ist und die gleiche oder eine austauschbare Darreichungsform besitzt.
2. Für die Ermittlung des Erstattungsbetrages werden die Kosten des abgegebenen Arzneimittels berücksichtigt, die der landwirtschaftlichen Krankenkasse bei Erbringung als Sachleistung entstanden wären. Der so ermittelte Betrag ist zu mindern um
  - a) einen Abschlag für Verwaltungskosten in Höhe von 5 v. H., höchstens jedoch 40 Euro,

- b) einen Abschlag für entgangene Rabatte nach § 130a Absatz 8 SGB V in Höhe von 25 v. H.,
- c) ein Abschlag für die Mehrkosten im Vergleich zur Abgabe eines Arzneimittels nach § 129 Absatz 1 Satz 3 und 4 SGB V in Höhe von 10 v. H.,
- d) die vorgesehenen Zuzahlungen.

(3) Versicherte können auch Leistungserbringer in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz anstelle der Sach- oder Dienstleistung im Wege der Kostenerstattung nach Maßgabe der Ziffern 1 und 2 sowie des Absatzes 4 in Anspruch nehmen, es sei denn, Behandlungen für diesen Personenkreis im anderen Staat sind auf der Grundlage eines Pauschbetrages zu erstatten oder unterliegen auf Grund eines vereinbarten Erstattungsverzichts nicht der Erstattung.

1. Im Rahmen der Kostenerstattung dürfen nur solche Leistungserbringer in Anspruch genommen werden, bei denen die Bedingungen des Zugangs und der Ausübung des Berufes Gegenstand einer Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft sind oder die im jeweiligen nationalen System der Krankenversicherung des Aufenthaltsstaates zur Versorgung der Versicherten berechtigt sind. Der Anspruch auf Erstattung besteht höchstens in Höhe der Vergütung, die die landwirtschaftliche Krankenkasse bei Erbringung als Sachleistung im Inland zu tragen hätte.
2. Für die Ermittlung des Erstattungsbetrages werden die Aufwendungen der versicherten Person bis zur Höhe der Kosten berücksichtigt, die der landwirtschaftlichen Krankenkasse bei Erbringung als Sachleistung oder Dienstleistung im Inland entstanden wären. Der so ermittelte Betrag ist zu mindern um
  - a) einen Abschlag für Verwaltungskosten in Höhe von 7,3 v. H., mindestens 4 Euro, höchstens jedoch 55 Euro,
  - b) einen Abschlag wegen fehlender Wirtschaftlichkeitsprüfung in Höhe von 2 v. H., bei Vorlage eines Behandlungsplans in Höhe von 1 v. H., sowie
  - c) die vorgesehenen Zuzahlungen.

Ist eine dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse entsprechende Behandlung einer Krankheit nur in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum möglich, kann die landwirtschaftliche Krankenkasse die Kosten der erforderlichen Behandlung auch ganz übernehmen.

(4) <sup>1</sup>Abweichend von Absatz 3 können Versicherte in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz Krankenhausleistungen nach § 39 SGB V nur nach vorheriger Zustimmung durch die landwirtschaftliche Krankenkasse in Anspruch nehmen. <sup>2</sup>Die Zustimmung darf nur versagt werden, wenn die gleiche oder eine für die versicherte Person ebenso wirksame, dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse entsprechende Behandlung einer Krankheit rechtzeitig bei einem Vertragspartner der landwirtschaftlichen Krankenkasse im Inland erlangt werden kann.

(5) <sup>1</sup>Der Kostenerstattung werden die von der versicherten Person vorgelegten Rechnungen über die Inanspruchnahme der erstattungsfähigen Leistungen zu Grunde gelegt. <sup>2</sup>Für die

Festsetzung der Kostenerstattung gelten die Vorschriften über das Verwaltungsverfahren im SGB X.

## **§ 123**

### **Teilkostenerstattung**

(1) <sup>1</sup>Freiwillig versicherte Angestellte der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, die der Dienstordnung nach §§ 144 bis 147 SGB VII unterstellt sind, erhalten, soweit sie vom Wahlrecht des § 14 SGB V Gebrauch gemacht haben, eine Teilkostenerstattung. <sup>2</sup>Sie wird für die Aufwendungen gewährt, denen Leistungen zugrunde liegen, die im SGB V dem Grunde nach vorgesehen sind.

(2) <sup>1</sup>Die Entscheidung der oder des Angestellten ist schriftlich zu erklären; sie wirkt bis zum Ablauf des zweiten Jahres, das dem der Erklärung nachfolgt. <sup>2</sup>Die Wirkungsdauer der Erklärung verlängert sich um jeweils zwei weitere Kalenderjahre, wenn bis zum Ablauf des jeweiligen Zeitraumes keine gegenteilige Erklärung vorliegt.

(3) <sup>1</sup>Teilkostenerstattung wird in Höhe des Vomhundertsatzes gewährt, der den nicht durch die Beihilfe gedeckten Aufwendungen des Erstattungsberechtigten im Verhältnis zu den vollen Kassenleistungen entspricht. <sup>2</sup>Der Feststellung des Erstattungsbetrages sind die Kosten der jeweilig zu erbringenden Sachleistung der landwirtschaftlichen Krankenkasse zugrunde zu legen.

(4) <sup>1</sup>Bei stationärer Krankenhausbehandlung und Zahnersatzleistungen beträgt die Erstattung bis zu 50 v. H. der Kosten für die entsprechende Kassenleistung. <sup>2</sup>Kostenerstattung und die ohne Berücksichtigung des Teilkostenerstattungsanspruchs zustehende Beihilfe dürfen hierbei die beihilfefähigen Gesamtaufwendungen nicht überschreiten.

(5) Bei unmittelbarer Inanspruchnahme von Kassenleistungen ist der darauf entfallende Beihilfeanspruch fiktiv festzusetzen und auf den Sachkonten zu vereinnahmen.

(6) Diese Regelungen gelten ebenfalls für Hinterbliebene der Dienstordnungs-Angestellten sowie für die Versorgungsempfänger.

## **2.7 Wahltarife**

### **§ 124**

#### **Selbstbehalt**

Mitgliedern, die bis zum 31. Dezember 2012 bei ihrer landwirtschaftlichen Krankenkasse einen Wahltarif mit Selbstbehalt nach

1. § 40a der Satzung der LKK Niedersachsen-Bremen
2. § 40a der Satzung der LKK Nordrhein-Westfalen
3. § 35a der Satzung der LKK Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
4. § 42a der Satzung der LKK Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben
5. § 47a der Satzung der LKK Franken und Oberbayern
6. § 40a der Satzung der LKK Gartenbau

gewählt haben, steht bis zum Ablauf der jeweiligen Mindestbindungsfrist ein Anspruch auf Leistungen nach den für sie bis zum 31. Dezember 2012 gültigen Satzungsbestimmungen zu.

## **§ 125**

### **Prämienzahlung bei Nichtinanspruchnahme von Leistungen**

(1) Mitglieder, die im Kalenderjahr länger als drei Monate bei der landwirtschaftlichen Krankenkasse versichert waren, erhalten ein Zwölftel der im Kalenderjahr an die landwirtschaftliche Krankenkasse gezahlten Beiträge zurück, wenn sie und ihre nach § 7 KVLG 1989 versicherten über 18 Jahre alten Angehörigen in diesem Kalenderjahr Leistungen zu Lasten der landwirtschaftlichen Krankenkasse nicht in Anspruch genommen haben.

(2) Für die Prämienzahlung sind die Kosten für die Inanspruchnahme folgender Leistungen unschädlich:

1. Prävention,
2. Leistungen zur Verhütung von Zahnerkrankungen (Gruppenprophylaxe, Individualprophylaxe),
3. die zahnärztliche Untersuchung nach § 55 SGB V,
4. medizinische Vorsorgeleistungen mit Ausnahme ambulanter Vorsorgeleistungen in anerkannten Kurorten,
5. Gesundheitsuntersuchungen,
6. Kinderuntersuchungen.

(3) Die Prämie wird innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Kalenderjahres an das Mitglied gezahlt.

## **§ 126**

### **Bonus für gesundheitsbewusstes Verhalten**

(1) <sup>1</sup>Versicherte erhalten einen Bonus, wenn sie oder ihre nach § 7 KVLG 1989 versicherten Angehörigen sich gesundheitsbewusst verhalten. <sup>2</sup>Voraussetzung für die Gewährung ist die regelmäßige Inanspruchnahme von Leistungen zur Früherkennung von Krankheiten und von qualitätsgesicherten Leistungen zur primären Prävention.

(2) <sup>1</sup>Die Teilnahme am Bonusprogramm ist freiwillig und erfordert eine schriftliche Teilnahmeerklärung der versicherten Person bzw. der gesetzlichen Vertreterin oder des gesetzlichen Vertreters, mit der die Satzungsbestimmungen in der jeweils geltenden Fassung anerkannt werden. <sup>2</sup>Mit dem Ende der Versicherung endet auch die Teilnahme am Bonusprogramm.

(3) <sup>1</sup>Ein Bonus kommt für die nachfolgenden Leistungen in Betracht, sofern sie jeweils im gesetzlichen Rahmen durchgeführt werden. <sup>2</sup>Diese Leistungen werden mit Bonuspunkten wie folgt bewertet:

1. Gesundheitsuntersuchungen nach § 25 Absatz 1 SGB V  
- 10 Bonuspunkte je in Anspruch genommener Untersuchung -
2. Untersuchungen zur Früherkennung von Krebserkrankungen nach § 25 Absatz. 2 SGB V  
- 10 Bonuspunkte je in Anspruch genommener Untersuchung -

3. Leistungen zur Primärprävention
  - 10 Bonuspunkte je in Anspruch genommener Leistung -
4. Schutzimpfungen nach § 20d SGB V
  - 4 Bonuspunkte je durchgeführter Schutzimpfung -
5. Kinderuntersuchungen nach § 26 SGB V
  - 10 Bonuspunkte für die vollständige Durchführung U 3 bis U 7 -
  - 10 Bonuspunkte je durchgeführte Untersuchung U 7a, U 8, U 9 und J 1 -
  - 5 Bonuspunkte je durchgeführte zahnärztliche Kinderfrüherkennungsuntersuchung -.

(4) <sup>1</sup>Die Inanspruchnahme der jeweiligen Leistungen ist von der Ärztin oder dem Arzt bzw. der Anbieterin oder dem Anbieter der Gesundheitsleistung im LKK-Bonusheft zu quittieren oder durch Einzelbelege nachzuweisen. <sup>2</sup>Für Kinderuntersuchungen kann der Nachweis auch durch Vorlage des Vorsorgepasses erfolgen.

(5) <sup>1</sup>Voraussetzung für den Bonus ist, dass die Maßnahmen regelmäßig in Anspruch genommen werden. <sup>2</sup>Regelmäßigkeit in diesem Sinne liegt vor, wenn zwischen den einzelnen anrechenbaren Maßnahmen ein Zeitraum von nicht mehr als 18 Monaten liegt. <sup>3</sup>Wird dieser Zeitraum überschritten, verfallen die bis dahin angesammelten Bonuspunkte.

(6) <sup>1</sup>Der Bonus wird als Geldprämie gewährt. <sup>2</sup>Ein Bonuspunkt entspricht einem Gegenwert von 1 Euro. <sup>3</sup>Der Bonus wird frühestens mit Erreichen von 30 Punkten fällig und kann höchstens einmal pro Kalenderjahr beansprucht werden. <sup>4</sup>Bei Erreichen von 50 Bonuspunkten wird ein Sonderbonus von zusätzlich 10 Euro gezahlt. <sup>5</sup>Der Bonus wird ausgezahlt, wenn die versicherte Person dies beantragt, den Nachweis über die Inanspruchnahme der Leistungen nach Absatz 3 erbringt und zu diesem Zeitpunkt an dem Bonusprogramm teilnimmt.

(7) <sup>1</sup>Die Bonuspunkte werden grundsätzlich der jeweiligen versicherten Person zugeordnet. <sup>2</sup>Bei Kindern vor dem vollendeten 15. Lebensjahr werden die Bonuspunkte dem Elternteil zugeordnet, bei dem die Familienversicherung besteht.

(8) <sup>1</sup>Die Anrechnung bonifizierbarer Leistungen, die während der Versicherung bei einer anderen Krankenkasse in Anspruch genommen wurden, ist möglich, sofern erklärt wird, dass für diese Leistungen noch kein Bonus in Anspruch genommen wurde. <sup>2</sup>Für diese Leistungen, gelten die vorstehenden Satzungsbestimmungen entsprechend.

## **§ 127**

### **Prämienzahlung bei Teilnahme an besonderen Versorgungsformen**

(1) <sup>1</sup>Versicherte, die an einem strukturierten Behandlungsprogramm teilnehmen, erhalten eine Prämie nach Absatz 4. Voraussetzung ist ferner, dass zwischen der landwirtschaftlichen Krankenkasse und den Leistungsanbietern entsprechende Verträge bestehen. <sup>2</sup>Eine Liste aller aktuellen Verträge der landwirtschaftlichen Krankenkasse nach Satz 1 ist im Internet unter [www.svlfg.de](http://www.svlfg.de) veröffentlicht oder kann bei der landwirtschaftlichen Krankenkasse eingesehen werden.

(2) Die Teilnahme an besonderen Versorgungsformen ist freiwillig und erfordert eine schriftliche Erklärung der versicherten Person bzw. der gesetzlichen Vertreterin oder des gesetzlichen Vertreters.

(3) <sup>1</sup>Vor Abgabe der Teilnahmeerklärung werden die Versicherten umfassend und in schriftlicher Form informiert über

- den Inhalt und die Ziele des betreffenden Versorgungsvertrages
- die Freiwilligkeit der Teilnahme
- die Rechte und Pflichten, die sich aus der Teilnahme an dem Vertrag ergeben
- etwaige Mitwirkungspflichten und etwaige Folgen fehlender Mitwirkung
- die Möglichkeit und Form des Widerrufs der Teilnahmeerklärung
- die Möglichkeit zur Beendigung der Teilnahme
- die im Rahmen des Vertrages vorgesehene Erhebung, Verarbeitung und Nutzung versichertenbezogener Daten.

<sup>2</sup>Die Versicherten können ihre Teilnahme innerhalb von zwei Wochen in Textform oder zur Niederschrift bei der landwirtschaftlichen Krankenkasse ohne Angabe von Gründen widerrufen. <sup>3</sup>Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung der Widerrufserklärung an die landwirtschaftliche Krankenkasse. <sup>4</sup>Die Widerrufsfrist beginnt, wenn die landwirtschaftliche Krankenkasse der versicherten Person eine Belehrung über ihr Widerrufsrecht in Textform mitgeteilt hat, frühestens jedoch mit der Abgabe der Teilnahmeerklärung. <sup>5</sup>Die Belehrung über das Widerrufsrecht ist Bestandteil der Teilnahmeerklärung. <sup>6</sup>Erfolgt die Belehrung erst nach Abgabe der Teilnahmeerklärung, beginnt die Widerrufsfrist mit dem Eingang der vollständigen Widerrufsbelehrung bei der versicherten Person. <sup>7</sup>Die barrierefreie Zugänglichkeit der Widerrufsbelehrung richtet sich nach § 10 Absatz 1 Behindertengleichstellungsgesetz und der Verordnung über barrierefreie Dokumente in der Bundesverwaltung bzw. nach den entsprechenden landesrechtlichen Vorgaben. <sup>8</sup>Das Widerrufsrecht gilt nur für Teilnahmeerklärungen, die seit dem 26. Februar 2013 abgegeben worden sind.

(4) Für jede Teilnahme an einem Programm der unter Absatz 1 Satz 1 genannten besonderen Versorgungsform wird bei Beginn eine einmalige Prämie in Höhe von 40 Euro gewährt.

## **§ 128**

### **Begrenzung und Einschränkung der Prämienzahlung**

<sup>1</sup>Die Prämienzahlung nach §§ 124, 125 und 127 an Versicherte darf bis zu 20 v. H., für mehrere Tarife 30 v. H. der vom Mitglied im Kalenderjahr getragenen Beiträge mit Ausnahme der Beitragszuschüsse nach § 107 SGB VI sowie § 257 Absatz 1 Satz 1 SGB V, jedoch nicht mehr als 600 Euro, bei mehreren Tarifen 900 Euro jährlich betragen. <sup>2</sup>Mitglieder, deren Beiträge vollständig von Dritten getragen werden, können nur Tarife nach § 127 wählen.

## **§ 129**

### **Wahltarif „Prämienzahlungen bei Leistungsbeschränkungen“ für Versicherte, die Teilkostenerstattung nach § 14 SGB V gewählt haben**

(1) Freiwillig versicherte Angestellte der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, die der Dienstordnung nach §§ 144 bis 147 SGB VII unterstellt sind, die Teilkostenerstattung nach § 14 SGB V i. V. m. § 123 der Satzung gewählt haben und deren Beiträge nicht vollständig von Dritten getragen werden, können den Wahltarif für die Zahlung einer Prämie in Höhe von 50 v. H. ihres monatlichen Beitrages zur Krankenversicherung wählen.

(2) Die Prämie wird mit dem vom Versicherten zu entrichtenden monatlichen Beitrag zur Krankenversicherung verrechnet.

(3) Diese Regelungen gelten ebenfalls für Hinterbliebene der Dienstordnungs-Angestellten sowie für Versorgungsempfänger.

## **2.8 Ausschluss von Leistungen**

### **§ 130**

#### **Leistungsausschluss**

(1) Auf Leistungen besteht kein Anspruch, wenn sich Personen in den Geltungsbereich des Sozialgesetzbuches begeben, um in einer Versicherung nach § 2 Absatz 1 Nummer 7 KVLG 1989 oder auf Grund dieser Versicherung in einer Versicherung nach § 7 KVLG 1989 missbräuchlich Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch zu nehmen.

(2) <sup>1</sup>Zur Prüfung der Leistungsvoraussetzungen hat die versicherte Person der landwirtschaftlichen Krankenkasse gegenüber schriftlich zu erklären, dass sie sich nicht in den Geltungsbereich des Sozialgesetzbuches begeben hat, um in einer Versicherung nach § 2 Absatz 1 Nummer 7 KVLG 1989 oder auf Grund dieser Versicherung in einer Versicherung nach § 7 KVLG 1989 missbräuchlich Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch zu nehmen, dass sie von der landwirtschaftlichen Krankenkasse darüber in Kenntnis gesetzt wurde und dass sie bei einer missbräuchlichen Leistungsanspruchnahme zum Ersatz der der landwirtschaftlichen Krankenkasse insoweit entstandenen Kosten verpflichtet ist. <sup>2</sup>Die landwirtschaftliche Krankenkasse kann zur Abklärung des Gesundheitszustandes der versicherten Person den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung einschalten.

## **2.9 Zusätzliche Satzungsleistungen**

### **§ 130a**

#### **Osteopathische Leistungen**

(1) <sup>1</sup>Die landwirtschaftliche Krankenkasse gewährt ihren Versicherten Leistungen nach § 11 Absatz 6 SGB V. <sup>2</sup>Art, Dauer und Umfang der Leistungen ergeben sich aus den nachfolgenden Regelungen.

(2) Versicherte können osteopathische Leistungen gemäß Absatz 1 in Anspruch nehmen, sofern die Behandlung medizinisch geeignet ist, um eine Krankheit zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern und diese Behandlungsmethode nicht durch den Gemeinsamen Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen ausgeschlossen wurde.

(3) Der Anspruch setzt voraus, dass die Behandlung aufgrund einer ärztlichen Verordnung qualitätsgesichert von einem Leistungserbringer durchgeführt wird, der Mitglied eines Berufsverbandes der Osteopathen ist oder eine osteopathische Ausbildung absolviert hat, die zum Beitritt in einen Verband der Osteopathen berechtigt.

(4) <sup>1</sup>Versicherten werden die tatsächlich entstandenen Kosten in Höhe von 80 v. H. je Sitzung erstattet, jedoch nicht mehr als 80 Euro pro Sitzung. <sup>2</sup>Zur Erstattung sind Originalrechnungen sowie die ärztliche Verordnung vorzulegen. <sup>3</sup>Der Erstattungsbetrag ist auf insgesamt 250 Euro je Kalenderjahr und Versicherten begrenzt.

### 3. Aufbringung und Verwaltung der Mittel

#### § 131 Beitragsmaßstab

(1) Die Beiträge für die landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmer im Sinne des § 2 Absatz 1 Nummer 1 KVLG 1989 werden nach einem korrigierten Flächenwert festgesetzt.

(2) Grundlage für die Berechnung des Flächenwertes ist

1. bei landwirtschaftlicher und weinbaulicher Nutzung der durchschnittliche Hektarwert der Gemeinde, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat, sowie die Gesamtfläche des Unternehmens,
2. bei forstwirtschaftlicher Nutzung je Hektar ein Betrag von 150 DM,
3. bei Grünland mit niedrigstem Ertrag (Almen, Alpen, Hutungen, nicht umzäunte oder mobil umzäunte Schaf- und Ziegenweiden, Deich- und Hallignutzungen) je Hektar ein Betrag von 150 DM,
4. für Teichwirtschaft, Fischzucht sowie Fluss-, Bach- und Seenfischerei je Arbeitstag ein Betrag von 40 DM, wobei für Teichwirtschaft und Fischzucht der Arbeitsbedarf nach dem Abschätztarif gemäß § 41 Absatz 1 Nummer 5 und 6 in Ansatz gebracht wird und eine Berechnungseinheit einem Arbeitstag entspricht,
5. für Imkereien je Bienenvolk ein Betrag von 50 DM,
6. bei Schafhaltung ohne Bodenbewirtschaftung (Wanderschäferei) je Großtier ein Betrag von 20 DM,
7. für Unterglasflächen und vergleichbar klimatisch gesteuerte Einrichtungen je Hektar ein Betrag von 1.863 DM.

(3) - gestrichen -

(4) Der Flächenwert ist in den nachstehend aufgeführten Nutzungsarten mit einem Multiplikator zu vervielfältigen:

	Unterglasfläche		Freiland
	heizbar	nicht heizbar	
Obst und Feldgemüse extensiv, mit mechanischer Ernte			3
Gemüse einschließlich Feldgemüse	36	28	4
Blumen und Zierpflanzen	80	40	8
Sonstige Gartengewächse	36	28	4
Obst			4
Christbaumkulturen			2,15
Hopfen und Tabak			3

(5) <sup>1</sup>Der nach Absatz 2 bis 4 und Absatz 7 ermittelte Flächenwert mit Ausnahme des Flächenwertes für Forstflächen nach Absatz 2 Nummer 2 wird mit einem Faktor vervielfältigt.

<sup>2</sup>Als Faktor gilt der in der Verordnung zur Ermittlung des Arbeitseinkommens aus der Land- und Forstwirtschaft (AELV) für die in § 32 Absatz 6 ALG genannte Gruppe 1 festgesetzte Beziehungswert. <sup>3</sup>Maßgeblich ist der Beziehungswert des Kalenderjahres, für das die Beiträ-



ge berechnet werden. <sup>4</sup>Soweit Forstflächen bewirtschaftet werden, ist der darauf entfallende Flächenwert nach Division durch den Wert 1,95583 dem nach Satz 1 ermittelten Betrag hinzuzurechnen.

(6) Betreiben Versicherte mehrere Unternehmen der Landwirtschaft bzw. sind sie an einem oder mehreren Unternehmen der Landwirtschaft beteiligt, gelten für die Ermittlung des korrigierten Flächenwertes folgende Regeln:

1. Für jede Unternehmensbeteiligung wird der korrigierte Flächenwert einzeln aus dem Gesamtflächenwert des Beteiligungsunternehmens mit Ausnahme des Flächenwertes für Forstflächen und dem dazugehörigen Beziehungswert ermittelt. Der korrigierte Flächenwert aus jeder Unternehmensbeteiligung ist dem Versicherten entsprechend seinem Unternehmensanteil zuzurechnen. Soweit Forstflächen bewirtschaftet werden, ist aus jeder Unternehmensbeteiligung der darauf entfallende Flächenwert nach Division durch den Wert 1,95583 dem Versicherten entsprechend seinem Unternehmensanteil dem zuvor ermittelten korrigierten Flächenwert hinzuzurechnen. Im Falle einer Beteiligung mit beschränkter Haftung an einer Personenhandelsgesellschaft oder der Mitgliedschaft in einer juristischen Person wird ein anteiliger korrigierter Flächenwert nur gebildet, wenn die Voraussetzungen des § 2 Absatz 3 Satz 2 KVLG 1989 erfüllt sind.
2. Für Einzelunternehmen sind für die Ermittlung des korrigierten Flächenwertes der Einzelunternehmen die Flächenwerte aller Einzelunternehmen und die anteiligen Flächenwerte aus Unternehmensbeteiligungen der Versicherten mit Ausnahme der Flächenwerte für Forstflächen zu addieren. Für den so errechneten Gesamtflächenwert ist der entsprechende Beziehungswert zu ermitteln. Anschließend ist der Gesamtflächenwert aller Einzelunternehmen mit Ausnahme der Flächenwerte für Forstflächen mit dem zuvor ermittelten Beziehungswert zu multiplizieren. Soweit Forstflächen bewirtschaftet werden, ist der darauf entfallende Flächenwert nach Division durch den Wert 1,95583 hinzuzurechnen.
3. Die ermittelten korrigierten Flächenwerte sowie die durch den Wert 1,95583 geteilten Flächenwerte für Forstflächen aus einer oder mehreren Unternehmensbeteiligungen und einem oder mehreren Einzelunternehmen sind für die Beitragsklasseneinstufung zu addieren.
4. Betreiben Ehegatten oder Lebenspartner nach dem LPartG gemeinsam ein landwirtschaftliches Unternehmen oder sind sie an einem solchen beteiligt und sind beide Ehegatten oder Lebenspartner nach dem LPartG in der LKV versichert, berechnet sich der korrigierte Flächenwert aus den Gesamtanteilen der Ehegatten oder Lebenspartner nach dem LPartG an dem landwirtschaftlichen Unternehmen. Dies gilt nicht, wenn beide Ehegatten oder Lebenspartner nach dem LPartG selbst als landwirtschaftliche Unternehmer versichert sind.

(7) <sup>1</sup>Die Ermittlung des Flächenwertes für landwirtschaftlich oder Weinbaulich genutzte Flächen erfolgt auf Antrag nach dem für die landwirtschaftlich oder Weinbaulich genutzten Eigentumsflächen finanzamtlich festgestellten und nachgewiesenen Hektarwert, wenn der hiernach ermittelte Flächenwert um mehr als 20 v. H. von dem nach Absatz 2 Nummer 1 ermittelten Wert abweicht. <sup>2</sup>Dabei sind gepachtete Flächen mit dem in Satz 1 bezeichneten Hektarwert zu berücksichtigen. <sup>3</sup>Bei reinen Pachtbetrieben ist der Vergleichsberechnung nach Satz 1 für alle bewirtschafteten Flächen der finanzamtlich festgestellte Hektarwert des Pachtbetriebes (Betriebsstätte) zugrunde zu legen. <sup>4</sup>Bei Pachtbetrieben ohne Betriebsstätte ist der für die größte Pachtfläche finanzamtlich festgestellte Hektarwert maßgebend. <sup>5</sup>Der

Antrag ist innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe des Mitglieds- und Beitragsbescheides oder nach erstmaliger Bekanntgabe der Berechnungswerte durch das Finanzamt schriftlich bei der landwirtschaftlichen Krankenkasse unter Vorlage entsprechender Nachweise zu stellen. <sup>6</sup>Wird der Antrag später gestellt, hat die oder der Beitragspflichtige nur Anspruch auf Berücksichtigung für die Zeit vom Antragsmonat an.

## § 132 Beitragsklassen

(1) Für landwirtschaftliche Unternehmerinnen und Unternehmer i. S. v. § 2 Absatz 1 Nummer 2 KVLG 1989 gilt Beitragsklasse 1.

(2) Für landwirtschaftliche Unternehmerinnen und Unternehmer i. S. v. § 2 Absatz 1 Nummer 1 KVLG 1989 werden folgende Beitragsklassen festgesetzt:

Beitragsklasse	korrigierter Flächenwert	
	ab Euro	bis Euro
2	0,00	5.400,00
3	5.400,01	10.800,00
4	10.800,01	16.200,00
5	16.200,01	21.600,00
6	21.600,01	27.000,00
7	27.000,01	32.400,00
8	32.400,01	37.800,00
9	37.800,01	43.200,00
10	43.200,01	48.600,00
11	48.600,01	54.000,00
12	54.000,01	59.400,00
13	59.400,01	64.800,00
14	64.800,01	70.200,00
15	70.200,01	75.600,00
16	75.600,01	81.000,00
17	81.000,01	86.400,00
18	86.400,01	91.800,00
19	91.800,01	97.200,00
20	97.200,01	

(3) Der monatliche Beitrag in den nach Absatz 1 und 2 bestimmten Beitragsklassen wird wie folgt festgesetzt:

Beitragsklasse	Beitrag	Währung
1	86,00	Euro
2	87,00	Euro
3	111,75	Euro
4	136,50	Euro
5	161,25	Euro
6	186,00	Euro
7	210,75	Euro
8	235,50	Euro
9	260,25	Euro
10	285,00	Euro
11	309,75	Euro
12	334,50	Euro
13	359,25	Euro
14	384,00	Euro
15	408,75	Euro

Beitragsklasse		
16	433,50	Euro
17	458,25	Euro
18	483,00	Euro
19	507,75	Euro
20	532,50	Euro

(4) <sup>1</sup>Die in der Beitragstabelle ausgewiesenen monatlichen Beiträge werden für Unternehmer und Unternehmerinnen sowie mitarbeitende Familienangehörige, die im Dezember 2013 Mitglied der LKV waren, mit einem nach § 64 Absatz 3 KVLG 1989 zu bestimmenden Angleichungssatz, der den Versicherten von der SVLFG mitgeteilt wird, multipliziert. <sup>2</sup>Der so ermittelte Beitrag wird mit dem für die jeweilige Region beschlossenen Faktor zur Senkung des Beitrags durch Sondermittel multipliziert. <sup>3</sup>Die konkrete Beitragsfestsetzung ergibt sich aus dem Bescheid, der den individuellen Angleichungssatz und Berechnungsweg darstellt.

### **§ 133**

#### **Beiträge für mitarbeitende Familienangehörige**

(1) Bemessungsgrundlage des Beitrags, der die Grundlage des Beitrags für mitarbeitende Familienangehörige bildet, ist das aus dem Unternehmen erzielte Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft (§ 39 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 KVLG 1989), in dem die mitarbeitenden Familienangehörigen beschäftigt sind.

(2) <sup>1</sup>Der Beitrag beträgt 50 v. H. des Beitrags nach Absatz 1. <sup>2</sup>Für mitarbeitende versicherungspflichtige Familienangehörige, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder die als Auszubildende beschäftigt sind, beträgt der Beitrag die Hälfte des in Satz 1 genannten Vomhundertsatzes.

(3) <sup>1</sup>Der Beitrag für mitarbeitende Familienangehörige ist von den landwirtschaftlichen Unternehmern zu tragen, zu denen die Verwandtschaft oder Schwägerschaft besteht, auf der die Versicherungspflicht beruht. <sup>2</sup>Insbesondere bei Unternehmen, die in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder in Form einer juristischen Person betrieben werden, soll nur eine oder einer der Mitunternehmerinnen oder Mitunternehmer als Zahlungspflichtige oder Zahlungspflichtiger in Anspruch genommen werden.

### **§ 134**

#### **Beiträge für freiwillige Mitglieder**

(1) <sup>1</sup>Die Beiträge für freiwillige Mitglieder werden nach Beitragsklassen festgesetzt. <sup>2</sup>Bei der Beitragsbemessung ist sicherzustellen, dass die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des freiwilligen Mitglieds zu berücksichtigen ist.

(2) <sup>1</sup>Für die Beitragsbemessung sind mindestens die Einnahmen des Mitglieds zu berücksichtigen, die bei einer oder einem vergleichbaren versicherungspflichtig Beschäftigten der Beitragsbemessung zugrunde zu legen sind. <sup>2</sup>Für die Zuordnung in die Beitragsklasse sind das Arbeitseinkommen, das Arbeitsentgelt, der Zahlbetrag der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung, der Zahlbetrag der Versorgungsbezüge sowie alle Einnahmen und Geldmittel heranzuziehen, die das Mitglied zum Lebensunterhalt verbraucht oder verbrauchen könnte, ohne Rücksicht auf die steuerrechtliche Behandlung. <sup>3</sup>Soweit Sachbezüge gewährt werden, sind diese nach der Sozialversicherungsentgeltverordnung zu bewerten. <sup>4</sup>Die Einnah-

men sind nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten abzugrenzen; eine die beitragspflichtigen Einnahmen mindernde Berücksichtigung von Zwecksetzungen einzelner Einnahmen findet nicht statt, es sei denn, die Einnahmen werden wegen ihrer Zwecksetzung kraft einer gesetzlichen Regelung bei Bewilligung von einkommensabhängigen Sozialleistungen im gesamten Sozialrecht nicht als Einkommen berücksichtigt.<sup>5</sup> Zuflüsse aus darlehensweise gewährten Geldleistungen gelten nicht als beitragspflichtige Einnahmen.<sup>6</sup> Einnahmen eines selbständig Erwerbstätigen, die steuerrechtlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit behandelt werden, gelten als Arbeitseinkommen im Sinne von § 15 SGB IV.<sup>7</sup> Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und Einnahmen aus Kapitalvermögen sind den beitragspflichtigen Einnahmen nach Abzug von Werbungskosten zuzurechnen.<sup>8</sup> Werbungskosten sind Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen.<sup>9</sup> Als Werbungskosten ist bei Einnahmen aus Kapitalvermögen ein Betrag von 51 Euro pro Kalenderjahr zu berücksichtigen, sofern keine höheren tatsächlichen Aufwendungen nachgewiesen werden.<sup>10</sup> Das Arbeitseinkommen ist mit einem Zwölftel des dem vorliegenden maßgebenden Einkommenssteuerbescheid zu entnehmenden Jahresbetrags auf die jeweilige Beitragsperiode zu verteilen.<sup>11</sup> Einmalige beitragspflichtige Einnahmen sind für die Berechnung der Beiträge gleichmäßig auf die Beitragsperiode zu verteilen, für die die Einkommenserhebung durchgeführt wird.<sup>12</sup> Die in Form nicht regelmäßig wiederkehrender Leistungen gewährten Versorgungsbezüge, Leistungen aus einer befreienden Lebensversicherung sowie Leistungen von Versicherungsunternehmen, die wegen einer Einschränkung der Erwerbsfähigkeit oder zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung gezahlt werden, sind vom Zeitpunkt der auf die Auszahlung folgenden Beitragsperiode dem jeweiligen Beitragsmonat mit einem 1/120 des Zahlbetrages der Leistung für 120 Monate zuzuordnen.<sup>13</sup> Abfindungen, Entschädigungen oder ähnliche Leistungen, die wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Form nicht monatlich wiederkehrender Leistungen gezahlt werden, sind vom Zeitpunkt ihres Zuflusses dem jeweiligen Beitragsmonat mit einem Betrag in Höhe des laufenden Arbeitsentgelts, das zuletzt vor der Beendigung des Arbeitsverhältnisses erzielt wurde, zuzuordnen, längstens für die Zeit (Tage), die sich bei entsprechender Anwendung des § 158 SGB III ergibt.<sup>14</sup> Rentenabfindungen sind für die Berechnung der Beiträge gleichmäßig auf die Beitragsperiode zu verteilen, für die die Einkommenserhebung durchgeführt wird.<sup>15</sup> Der Aufstockungsbetrag nach dem Altersteilzeitgesetz sowie der entsprechende Zuschlag zur Aufstockung der Bezüge nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen sind den beitragspflichtigen Einnahmen hinzuzurechnen.<sup>16</sup> Leistungen zum Ausgleich der durch Blindheit bedingten Mehraufwendungen und Benachteiligungen nach den landesrechtlichen Vorschriften (Blindengeld) sind, soweit diese Leistungen nicht auf die Blindenhilfe nach § 72 SGB XII angerechnet werden, den beitragspflichtigen Einnahmen hinzuzurechnen.<sup>17</sup> § 226 Absatz 2 SGB V gilt nicht.

(3) <sup>1</sup>Bei Mitgliedern, deren Ehegatte oder Lebenspartner nach dem LPartG nicht einer Krankenkasse (§ 4 Absatz 2 SGB V) angehört, setzen sich die beitragspflichtigen Einnahmen aus den eigenen Einnahmen und den Einnahmen des Ehegatten oder Lebenspartners nach dem LPartG zusammen.<sup>2</sup> Von den Einnahmen des Ehegatten oder Lebenspartners nach dem LPartG ist für jedes gemeinsame unterhaltsberechtignte Kind, für das eine Familienversicherung nur wegen der Regelung des § 10 Absatz 3 SGB V nicht besteht, ein Betrag in Höhe von einem Drittel und für jedes gemeinsame unterhaltsberechtignte Kind, für das eine Familienversicherung besteht, in Höhe von einem Fünftel der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV abzusetzen.<sup>3</sup> Für die Beitragsbemessung werden nacheinander die eigenen Einnahmen des Mitglieds und die Einnahmen des Ehegatten oder Lebenspartners nach dem LPartG bis zur Hälfte der sich aus der nach Satz 1 und 2 ergebenden Summe der Ein-

nahmen, höchstens bis zur halben Beitragsbemessungsgrenze, berücksichtigt. <sup>4</sup>Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht, wenn

1. die Einnahmen des Mitglieds die halbe Beitragsbemessungsgrenze oder die Einnahmen des Ehegatten oder Lebenspartners nach dem LPartG übersteigen,
2. die Ehegatten oder Lebenspartner nach dem LPartG dauernd getrennt leben.

(4) <sup>1</sup>Als beitragspflichtige Einnahmen gelten für den Monat mindestens der dritte Teil der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV. <sup>2</sup>Satz 1 gilt nicht für freiwillige Mitglieder, die die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllen und diese Rente beantragt haben, wenn sie seit der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenanspruchs mindestens neun Zehntel der zweiten Hälfte dieses Zeitraums Mitglied oder familienversichert waren; § 5 Absatz 2 Satz 1 SGB V gilt entsprechend. <sup>3</sup>Für freiwillige Mitglieder, die hauptberuflich selbständig erwerbstätig sind, gilt als beitragspflichtige Einnahmen für den Kalendertag 1/30 der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze (§ 223 Absatz 3 SGB V). <sup>4</sup>Werden niedrigere Einnahmen nachgewiesen, sind diese als beitragspflichtige Einnahmen heranzuziehen, mindestens jedoch für den Kalendertag 1/40 der monatlichen Bezugsgröße (§ 18 Absatz 1 SGB IV). <sup>5</sup>Abweichend von Satz 4 werden auf Antrag die Beiträge für das Mitglied nach den tatsächlichen monatlichen Einnahmen, mindestens jedoch nach 50 v. H. der monatlichen Bezugsgröße, festgesetzt. <sup>6</sup>Die Beitragsbemessung nach Satz 5 ist ausgeschlossen, wenn

1. die Hälfte der auf den Kalendertag entfallenden beitragspflichtigen Einnahmen der Bedarfsgemeinschaft mindestens 1/40 der monatlichen Bezugsgröße entspricht oder diesen Betrag übersteigt,
2. die Bedarfsgemeinschaft steuerpflichtige Einkünfte aus Kapitalvermögen erzielt,
3. die Bedarfsgemeinschaft positive oder negative Einkünfte aus Vermietung oder Verpachtung erzielt, es sei denn, das Mitglied weist nach, dass das den Einkünften zugrunde liegende Miet- oder Pachtobjekt nicht verwertbar ist oder eine Verwertung offensichtlich unwirtschaftlich oder unzumutbar wäre oder
4. das Vermögen des Mitglieds sowie seiner Partnerin oder seines Partners das Vierfache der monatlichen Bezugsgröße übersteigt.

<sup>7</sup>Zur Bedarfsgemeinschaft im Sinne des Satzes 6 gehören das hauptberuflich selbständig tätige Mitglied sowie als dessen Partnerin oder Partner

1. die nicht dauernd getrennt lebende Ehegattin oder der nicht dauernd getrennt lebende Ehegatte,
2. die nicht dauernd getrennt lebende Lebenspartnerin oder der nicht dauernd getrennt lebende Lebenspartner nach dem LPartG oder
3. die Person, die mit dem Mitglied in eheähnlicher Gemeinschaft i. S. d. § 7 Absatz 3 Nummer 3 Buchstabe c und Absatz 3a SGB II lebt.

<sup>8</sup>Bei der Berücksichtigung der monatlichen beitragspflichtigen Einnahmen nach Satz 6 Nummer 1 wird für jedes im Haushalt lebende Kind des Mitglieds oder der Partnerin oder des Partners ein Freibetrag in Höhe von einem Fünftel der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV für den Kalendermonat abgesetzt, wenn für das Kind eine Versicherung nach § 7 KVLG 1989 oder § 10 SGB V aus der Versicherung des Mitglieds oder der Partne-

rin oder des Partners besteht oder geltend gemacht werden könnte.<sup>9</sup>Als Vermögen nach Satz 6 Nummer 4 sind alle verwertbaren Vermögensgegenstände mit ihrem Verkehrswert zu berücksichtigen; nicht berücksichtigt werden die in § 12 Absatz 3 Satz 1 SGB II genannten Vermögensgegenstände unter den dort genannten Bedingungen; § 12 Absatz 3 Satz 2 SGB II gilt entsprechend.<sup>10</sup>Zum Vermögen nach Satz 6 Nummer 4 zählen nicht das Altersvorsorgevermögen i. S. v. § 12 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 SGB II in unbegrenzter Höhe sowie das in § 12 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 SGB II genannte Altersvorsorgevermögen, soweit es das Zwanzigfache der monatlichen Bezugsgröße nicht übersteigt.<sup>11</sup>Für freiwillige Mitglieder, die einen monatlichen Gründungszuschuss nach § 93 SGB III oder eine entsprechende Leistung nach § 16b SGB II erhalten, gilt mindestens 1/60 der monatlichen Bezugsgröße als beitragspflichtige Einnahme.

(5)<sup>1</sup>Für freiwillige Mitglieder, die Schülerinnen oder Schüler einer Fachschule oder Berufsfachschule oder als Studierende i. S. v. § 5 Absatz 1 Nummer 9 SGB V an einer ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eingeschrieben sind oder regelmäßig als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer ihre oder seine Arbeitsleistung im Umherziehen anbieten (Wandergesellen), gilt als beitragspflichtige Einnahmen für den Kalendertag 1/30 des Betrags, der als monatlicher Bedarf nach § 13 Absatz 1 Nummer 2 und Abs. 2 BAföG für Studenten festgesetzt ist, die nicht bei ihren Eltern wohnen.<sup>2</sup>Dies gilt entsprechend für Studierende, deren Mitgliedschaft als Studierende endete, bis zu der das Studium abschließenden Prüfung, längstens jedoch für sechs Monate.

(6)<sup>1</sup>Für freiwillig versicherte Empfängerinnen oder Empfänger von Leistungen nach dem SGB XII können die beitragspflichtigen Einnahmen auch durch eine Vereinbarung mit dem zuständigen Sozialhilfeträger festgesetzt werden.<sup>2</sup>Dies gilt auch für freiwillig versicherte Empfängerinnen oder Empfänger von Leistungen nach dem SGB XII, die in Heimen leben.<sup>3</sup>Für die Beitragsbemessung von Empfängerinnen oder Empfängern von Leistungen nach dem SGB XII, die in Einrichtungen (§ 13 Absatz 2 SGB XII) stationär untergebracht sind, gilt als beitragspflichtige Einnahme für den Kalendertag 1/30 des 3,2-fachen des Regelsatzes nach der Regelbedarfsstufe 3 nach der Anlage zu § 28 SGB XII.<sup>4</sup>Bei Fortschreibung der Regelbedarfe sind die durch die Verordnung nach § 40 SGB XII für den jeweiligen Zeitraum ergänzten Beträge anzusetzen.

(7)<sup>1</sup>Sofern und solange Nachweise auf Verlangen der Krankenkasse nicht vorgelegt werden, sind für die weitere Beitragsbemessung für den Kalendertag beitragspflichtige Einnahmen in Höhe von 1/30 der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze zugrunde zu legen.<sup>2</sup>Änderungen der Beitragsbemessung nach Satz 1 aufgrund eines später vorgelegten Nachweises sind erst zum ersten Tag des auf die Vorlage des Nachweises folgenden Monats zu berücksichtigen, wenn der Nachweis nach Ablauf eines Monats nach der Bekanntgabe der Beitragsfestsetzung nach Satz 1 der Krankenkasse vorgelegt wird.

(8) Folgende Beitragsklassen werden festgesetzt:

Beitragspflichtige Einnahmen		
1	ab Euro	bis Euro
2	über 1/3 der monatlichen Bezugsgröße (§ 18 Absatz 1 SGB IV)	bis 1/3 der monatlichen Bezugsgröße (§ 18 Absatz 1 SGB IV)
3	1.100,01	1.270,00
4	1.270,01	1.440,00
5	1.440,01	1.610,00
6	1.610,01	1.780,00
7	1.780,01	1.950,00
8	1.950,01	2.120,00
9	2.120,01	2.290,00
10	2.290,01	2.460,00
11	2.460,01	2.630,00
12	2.630,01	2.800,00
13	2.800,01	2.970,00
14	2.970,01	3.140,00
15	3.140,01	3.310,00
16	3.310,01	3.480,00
17	3.480,01	3.650,00
18	3.650,01	3.820,00
19	3.820,01	3.990,00
20	3.990,01	

(9) <sup>1</sup>Der monatliche Beitrag in den nach Absatz 8 bestimmten Beitragsklassen wird wie folgt festgesetzt:

Beitragsklasse		
1	115,21	Euro
2	126,36	Euro
3	148,13	Euro
4	169,38	Euro
5	190,63	Euro
6	211,88	Euro
7	233,13	Euro
8	254,38	Euro
9	275,63	Euro
10	296,88	Euro
11	318,13	Euro
12	339,38	Euro
13	360,63	Euro
14	381,88	Euro
15	403,13	Euro
16	424,38	Euro
17	445,63	Euro
18	466,88	Euro
19	488,13	Euro
20	506,26	Euro

<sup>2</sup>Der Beitrag für freiwillige Mitglieder mit Anspruch auf Krankengeld beträgt 526,50 Euro.

(10) <sup>1</sup>Die bei Beginn der Mitgliedschaft nachgewiesenen beitragspflichtigen Einnahmen der freiwilligen Mitglieder werden vorbehaltlich des Satzes 6 mit Wirkung vom 1. Januar eines

Jahres für dieses Kalenderjahr neu festgestellt. <sup>2</sup>Maßgeblich sind die Verhältnisse am 1. Oktober eines Jahres für das folgende Kalenderjahr. <sup>3</sup>Soweit Einkünfte aus Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit oder Land- und Forstwirtschaft (Arbeitseinkommen), Einkünfte aus Kapitalvermögen oder Vermietung und Verpachtung zu berücksichtigen sind, wird vorbehaltlich des § 15 Absatz 2 SGB IV der letzte vor dem Stichtag erteilte Einkommensteuerbescheid zugrunde gelegt; sofern im Einkommensteuerbescheid Einkünfte nicht ausgewiesen sind, werden insoweit die von der versicherten Person nachgewiesenen Einkünfte für die Beitragsfestsetzung herangezogen. <sup>4</sup>Im Übrigen gilt das Einkommen zum Zeitpunkt der Feststellung. <sup>5</sup>Während eines Kalenderjahres ist eine Änderung der Beitragsbemessungsgrundlage zulässig, wenn die Grundlage für eine Einkunftsart entfällt oder ein Antrag nach Absatz 4 Satz 4 gestellt wurde. <sup>6</sup>Die Berichtigung erfolgt in diesem Falle vom Ersten des auf das Bekanntwerden folgenden Kalendermonats an. <sup>7</sup>Beginnt die Mitgliedschaft nach dem 30. September eines Jahres, werden die beitragspflichtigen Einnahmen abweichend von Satz 1 mit Wirkung vom 1. Januar des übernächsten Kalenderjahres festgestellt.

(11) <sup>1</sup>Die Beiträge für freiwillige Mitglieder berechnen sich aus

1. einer beitragspflichtigen monatlichen Einnahme in Höhe von einem Zehntel der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV und
2. dem allgemeinen Beitragssatz nach § 241 SGB V, wenn der Anspruch auf Leistungen für das Mitglied und seine nach § 7 KVLG 1989 versicherten Angehörigen während eines Auslandsaufenthalts, der durch die Berufstätigkeit des Mitglieds, Ehegatten, seiner Lebenspartnerin oder seines Lebenspartners nach dem LPartG oder eines seiner Elternteile bedingt ist oder wenn sie nach dienstrechtlichen Vorschriften Anspruch auf Heilfürsorge haben oder als Entwicklungshelferinnen oder Entwicklungshelfer Entwicklungsdienst i. S. d. § 16 Absatz 1 Nummer 3 SGB V leisten, ruht.

<sup>2</sup>Satz 1 gilt entsprechend, wenn nach § 16 Absatz 1 SGB V der Anspruch auf Leistungen aus anderem Grund für länger als drei Kalendermonate ruht sowie für Versicherte während einer Tätigkeit für eine internationale Organisation im Geltungsbereich des SGB. <sup>3</sup>Für die Dauer der Beitragsfestsetzung nach Sätzen 1 und 2 bestehen keine Ansprüche auf Leistungen.

## **§ 135**

### **Beiträge für bisher Nichtversicherte (Rückkehrer)**

(1) Die Beiträge für die nach § 2 Absatz 1 Nummer 7 KVLG 1989 versicherungspflichtigen bisher Nichtversicherten (Rückkehrer) werden entsprechend § 134 festgesetzt.

(2) <sup>1</sup>Zeigt das Mitglied das Vorliegen der Voraussetzungen der Versicherungspflicht nach § 2 Absatz 1 Nummer 7 KVLG 1989 nach den in § 20 und § 22 Absatz 1 Nummer 6 KVLG 1989 i. V. m. § 186 Absatz 11 Satz 1 oder 2 SGB V genannten Zeitpunkten an, sind die für die Zeit seit dem Beginn der Versicherungspflicht bis zum Ende des Monats, der dem Tag der Anzeige vorhergeht (Nacherhebungszeitraum) zu zahlenden Beiträge zu ermäßigen, wenn das Mitglied schriftlich erklärt, während des Nacherhebungszeitraums Leistungen für sich nicht in Anspruch genommen zu haben oder im Falle in Anspruch genommener Leistungen auf eine Kostenübernahme oder Kostenerstattung zu verzichten. <sup>2</sup>Eine Ermäßigung der Beiträge scheidet aus, wenn der Nacherhebungszeitraum nicht mehr als drei Monate umfasst. <sup>3</sup>Die zu ermäßigenden Beiträge berechnen sich aus



1. einer beitragspflichtigen monatlichen Einnahme in Höhe von einem Zehntel der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Absatz 1 SGB IV und
2. dem allgemeinen Beitragssatz nach § 241 SGB V.

### **§ 136**

#### **Beiträge für Antragsteller auf eine Rente der Alterssicherung der Landwirte**

<sup>1</sup>Die Beiträge für Antragsteller auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte werden entsprechend § 134 festgesetzt. <sup>2</sup>§ 134 Absatz 3 Sätze 1 bis 3 gelten nicht.

### **§ 137**

#### **Beiträge für Schwangere bei Fortbestehen der Mitgliedschaft**

<sup>1</sup>Die Beiträge für Schwangere, deren Mitgliedschaft bei zulässiger Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses oder bei Beurlaubung unter Wegfall des Arbeitsentgelts erhalten bleibt, werden entsprechend § 134 festgesetzt. <sup>2</sup>§ 134 Absatz 3 Sätze 1 bis 3 gelten nicht für Schwangere, deren Mitgliedschaft nach § 25 Absatz 2 KVLG 1989 erhalten bleibt.

### **§ 137a**

#### **Beitragsberechnung für das Jahr 2013**

<sup>1</sup>Bis zum 31. Dezember 2013 gelten die Vorschriften zur Beitragsberechnung der bisherigen landwirtschaftlichen Krankenkassen in den vor dem 1. Januar 2013 bestehenden Zuständigkeitsbereichen fort. <sup>2</sup>Insoweit gelten für die Zuständigkeitsbereiche der ehemaligen landwirtschaftlichen Krankenkassen

1. Schleswig-Holstein und Hamburg die §§ 41 bis 45,
2. Niedersachsen-Bremen die §§ 41 bis 45,
3. Nordrhein-Westfalen die §§ 41 bis 45,
4. Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland die §§ 36 bis 39,
5. Baden-Württemberg die §§ 44 bis 48,
6. Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben die §§ 43 bis 50,
7. Franken und Oberbayern die §§ 48 bis 58,
8. Gartenbau die §§ 41 bis 45,
9. Mittel- und Ostdeutschland die §§ 45 bis 50

in der am 31. Dezember 2012 gültigen Fassung der jeweiligen Satzungen fort.

### **§ 138**

#### **Zahlung der Beiträge, Beitragseinzug, Zeitpunkt der Beitragszahlung, Reihenfolge der Tilgung und Mahnverfahren**

<sup>1</sup>Die Beiträge sind ohne besondere Aufforderung bis zum drittletzten Bankarbeitstag des Monats fällig, für den sie zu zahlen sind, soweit gesetzlich oder nachfolgend nichts Abweichendes geregelt ist. <sup>2</sup>Von versicherungspflichtigen Studierenden ist der Beitrag monatlich zu

zahlen; Satz 1 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Im Übrigen gelten für den Beitragseinzug, die Reihenfolge der Tilgung und das Mahnverfahren § 65 Absatz 2 und 3 sowie § 67 entsprechend.

### **§ 139**

#### **Erstattung von Beiträgen aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung**

<sup>1</sup>Soweit Beiträge aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung zu erstatten sind, erfolgt die Beitragserstattung nachträglich für das abgelaufene Kalenderjahr. <sup>2</sup>Der Erstattungsbetrag wird am 31. März des auf den Erstattungszeitraum folgenden Jahres fällig.

### **§ 140**

#### **Betriebsmittel**

<sup>1</sup>Der Durchschnittsbetrag der Betriebsmittel wird auf den 1,5fachen Monatsbetrag der Ausgaben gem. § 51 Absatz 1 KVLG 1989 festgesetzt. <sup>2</sup>Die Leistungsaufwendungen für die in §§ 2 Absatz 1 Nummer 4 und 5 sowie 23 KVLG 1989 genannten Personen bleiben außer Ansatz.

### **§ 141**

#### **Rücklage**

<sup>1</sup>Die Rücklage wird auf das 0,5-Fache, höchstens Einfache des nach dem Haushaltsplan durchschnittlich auf den Monat entfallenden Betrages der Ausgaben gemäß § 51 Absatz 2 KVLG 1989 festgesetzt. <sup>2</sup>Die Leistungsaufwendungen für die in §§ 2 Absatz 1 Nummer 4 und 5 sowie 23 KVLG 1989 genannten Personen bleiben außer Ansatz.

## **4. Kooperation mit privaten Krankenversicherungsunternehmen**

### **§ 142**

#### **Vermittlung privater Zusatzversicherungsverträge**

Zur Ergänzung des gesetzlichen Krankenversicherungsschutzes bietet die landwirtschaftliche Krankenkasse die Vermittlung privater Zusatzversicherungsverträge zwischen ihren Versicherten und privaten Krankenversicherungsunternehmen auf Grundlage der jeweiligen Kooperationsvereinbarung an.

## **VI. PFLEGEVERSICHERUNG**

### **1. Versicherter Personenkreis und Mitgliedschaft**

#### **§ 143**

##### **Kreis der Mitglieder**

(1) Die Mitglieder der landwirtschaftlichen Krankenkasse sind Mitglieder der landwirtschaftlichen Pflegekasse, sofern sie nicht von der Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung befreit sind.

(2) Mitglieder sind außerdem die in § 21 SGB XI genannten Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland, die gegen das Risiko Krankheit weder gesetzlich noch privat krankenversichert sind, wenn sie

1. nach dem Bundesversorgungsgesetz oder nach Gesetzen, die dessen entsprechende Anwendung vorsehen, Anspruch auf Heil- oder Krankenbehandlung haben,
2. Kriegsschadenrente oder vergleichbare Leistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz oder dem Reparationsschädengesetz oder laufende Beihilfe nach dem Flüchtlingshilfegesetz beziehen,
3. ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Kriegsoferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz oder nach Gesetzen beziehen, die dessen entsprechende Anwendung vorsehen,
4. laufende Leistungen zum Unterhalt und Leistungen der Krankenhilfe nach dem SGB VIII beziehen,
5. krankenversorgungsberechtigt nach dem Bundesentschädigungsgesetz sind,
6. in das Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit berufen worden sind

und die Mitgliedschaft (nach § 48 Absatz 2 und 3 SGB XI) bei ihr gewählt haben oder die landwirtschaftliche Krankenkasse mit der Leistungserbringung im Krankheitsfall beauftragt ist.

## **§ 144**

### **Kreis der Familienversicherten**

Ehegatten, Lebenspartner, Kinder und sonstige Angehörige (§ 104) der Mitglieder sind bei der landwirtschaftlichen Pflegekasse versichert, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

## **§ 145**

### **Weiterversicherung, Beitrittsrecht**

(1) Personen, die aus der Versicherungspflicht ausgeschieden sind, können sich auf Antrag weiterversichern, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(2) Personen, deren Familienversicherung erlischt oder nicht besteht, können sich auf Antrag weiterversichern, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(3) <sup>1</sup> Mitglieder, die wegen Verlegung ihres Wohnsitzes oder dauernden Aufenthalts ins Ausland aus der Versicherungspflicht ausscheiden, können auf Antrag ihre Versicherung fortsetzen (Weiterversicherung). <sup>2</sup> Die Weiterversicherung erstreckt sich auch auf die versicherten Familienangehörigen oder Lebenspartner, die gemeinsam mit dem Mitglied ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt ins Ausland verlegen.

(4) <sup>1</sup> Die Weiterversicherung endet mit dem Ablauf des übernächsten Kalendermonats, gerechnet von dem Monat, in dem das Mitglied seine Kündigung erklärt. <sup>2</sup> Abweichend hiervon kann der Weiterversicherte seinen Austritt zu dem Zeitpunkt erklären, von dem an ohne die Weiterversicherung eine Familienversicherung nach § 25 SGB XI bestehen würde.

(5) Personen, die nicht pflegeversichert sind, können der Versicherung nach Maßgabe des § 26a SGB XI beitreten.

## **2. Leistungen**

### **§ 146**

#### **Übersicht über die Leistungen**

(1) Der in §§ 143 bis 145 genannte Personenkreis erhält nach Maßgabe gesetzlicher Vorschriften folgende Leistungen:

1. Pflegesachleistung,
2. Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen,
3. Kombination von Geldleistung und Sachleistung (Kombinationsleistung),
4. häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson,
5. Pflegehilfsmittel und wohnumfeldverbessernde Maßnahmen,
6. Tagespflege und Nachtpflege,
7. Kurzzeitpflege,
8. vollstationäre Pflege,
9. Pflege in vollstationären Einrichtungen der Hilfe für behinderte Menschen,
10. zusätzliche Betreuungsleistungen für Personen mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf,
11. Leistungen des persönlichen Budgets nach § 17 Absatz 2 bis 4 SGB IX,
12. zusätzliche Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen,
13. zusätzliche Leistungen bei Pflegezeit.

(2) Darüber hinaus erbringt die landwirtschaftliche Pflegekasse nach Maßgabe gesetzlicher Vorschriften folgende Leistungen:

1. Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen,
2. Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen.

### **§ 147**

#### **Leistungsausschluss**

<sup>1</sup>Ein Anspruch auf Leistungen besteht nicht, wenn Personen den Wohnsitz oder den gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland lediglich deshalb begründen, um in einer Versicherung nach § 20 Absatz 1 Satz 2 Nummer 12 SGB XI oder einer darauf beruhenden Familienversicherung nach § 25 SGB XI missbräuchlich Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung in Anspruch zu nehmen. <sup>2</sup>Werden trotz Leistungsausschlusses Leistungen in Anspruch genommen, sind die zu Unrecht erbrachten Leistungen vom Versicherten zu erstatten.

## **3. Beiträge und Beitragssatz sowie Zahlung und Einzug der Beiträge**

### **§ 148**

#### **Beiträge und Beitragssatz**

(1) <sup>1</sup>Für landwirtschaftliche Unternehmerinnen oder Unternehmer sowie für mitarbeitende Familienangehörige wird auf den Beitrag zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung ein vom zuständigen Bundesministerium festgestellter Zuschlag erhoben. <sup>2</sup>Der Zuschlag erhöht

sich für kinderlose landwirtschaftliche Unternehmerinnen und Unternehmer und mitarbeitende Familienangehörige um das Verhältnis des Beitragszuschlags für Kinderlose nach § 55 Absatz 3 Satz 1 SGB XI zu dem Beitragssatz nach § 55 Absatz 1 Satz 1 SGB XI.

(2)[**Fassung des Absatz 2 Satz 1 bis 31.12.2013:**] <sup>1</sup>Für Mitglieder, die bei der landwirtschaftlichen Krankenkasse freiwillig versichert sind, für bisher Nichtversicherte (Rückkehrer, § 20 Absatz 1 Nummer 12 SGB XI), für Mitglieder, die nicht bei der landwirtschaftlichen Krankenkasse versichert sind, für Antragsteller auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte sowie für Mitglieder nach § 143 gelten für die Feststellung der beitragspflichtigen Einnahmen die Vorschriften zur Ermittlung der beitragspflichtigen Einnahmen freiwillig Versicherter der bisherigen landwirtschaftlichen Krankenkassen in den vor dem 1. Januar 2013 bestehenden Zuständigkeitsbereichen fort (§ 137a).

[**Fassung des Absatz 2 Satz 1 ab 01.01.2014:**] <sup>1</sup>Für Mitglieder, die bei der landwirtschaftlichen Krankenkasse freiwillig versichert sind, für bisher Nichtversicherte (Rückkehrer, § 20 Absatz 1 Nummer 12 SGB XI), für Mitglieder, die nicht bei der landwirtschaftlichen Krankenkasse versichert sind, für Antragsteller auf eine Rente aus der Alterssicherung der Landwirte sowie für Mitglieder nach § 143 gelten für die Feststellung der beitragspflichtigen Einnahmen die Vorschriften zur Ermittlung der beitragspflichtigen Einnahmen freiwillig Versicherter nach § 134.

<sup>2</sup>Zusätzlich sind die beitragspflichtigen Einnahmen um das Arbeitsentgelt aus einer geringfügig entlohnten Beschäftigung oder mehreren geringfügig entlohnten Beschäftigungen zu erhöhen. <sup>3</sup>Der monatliche Beitrag wird als Beitragssatz in v. H. erhoben, errechnet

1. in der Beitragsklasse 1, vorbehaltlich Absatz 3, aus Einnahmen in Höhe des dritten Teils der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 SGB IV,
2. in der höchsten Beitragsklasse für Mitglieder ohne Krankengeldanspruch sowie für Mitglieder mit Krankengeldanspruch aus beitragspflichtigen Einnahmen in Höhe der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Krankenversicherung,
3. in allen übrigen Beitragsklassen aus beitragspflichtigen Einnahmen in Höhe des Mittelwertes der jeweiligen Beitragsklasse.

<sup>4</sup>Es gilt der in § 55 Absatz 1 und 3 SGB XI genannte Beitragssatz.

(3) Abweichend von Absatz 2 berechnen sich die Beiträge

1. für den in § 240 Absatz 4 Satz 3 SGB V genannten Personenkreis aus den beitragspflichtigen Einnahmen;
2. entsprechend § 57 Absatz 4 SGB XI i. V. m. § 240 Absatz 4a SGB V für freiwillige Mitglieder, wenn der Anspruch auf Leistungen für das Mitglied und seine nach § 7 KVLG 1989 versicherten Angehörigen während eines Auslandsaufenthalts, der durch die Berufstätigkeit des Mitglieds, seiner Lebenspartnerin bzw. seines Lebenspartners oder eines seiner Elternteile bedingt ist oder wenn sie nach dienstrechtlichen Vorschriften Anspruch auf Heilfürsorge haben oder als Entwicklungshelfer Entwicklungsdienst im Sinne des § 16 Absatz 1 Nummer 3 SGB V leisten, aus einer beitragspflichtigen Einnahme in Höhe von 10 v. H. der monatlichen Bezugsgröße (§ 18 SGB IV). Dies gilt entsprechend, wenn nach § 16 Absatz 1 SGB V der Anspruch auf Leistungen aus anderem Grund für länger als drei Kalendermonate ruht, sowie für Versicherte während einer Tätigkeit für eine internationale Organisation im Geltungsbereich des SGB.

(4) <sup>1</sup>Zeigt das Mitglied aus Gründen, die es nicht zu vertreten hat, das Vorliegen der Voraussetzungen der Versicherungspflicht nach § 20 Absatz 1 Nummer 12 SGB XI nach den in § 50 Absatz 1 SGB XI i. V. m. §§ 20 und 22 Absatz 1 Nummer 6 KVLG 1989 i. V. m. § 186 Absatz 11 Satz 1, 2 oder 3 SGB V genannten Zeitpunkten an, sind die nachzuzahlenden Beiträge auf Antrag der versicherten Person nicht zu erheben. <sup>2</sup>Voraussetzung ist, dass aus der Mitgliedschaft auf Grund der Versicherungspflicht und der daraus abgeleiteten Familienversicherung keine Leistungen in der Zwischenzeit in Anspruch genommen wurden.

## **§ 149**

### **Zahlung der Beiträge, Beitragseinzug, Zeitpunkt der Beitragszahlung und Reihenfolge der Tilgung**

<sup>1</sup>Die Beiträge sind ohne besondere Aufforderung bis zu dem in § 138 Satz 1 und 2 festgesetzten Zahltag zu zahlen. <sup>2</sup>Hinsichtlich des Zeitpunkts der Zahlung und der Reihenfolge der Tilgung gilt § 138 Satz 3 erster Halbsatz.

## **§ 150**

### **Erstattung von Beiträgen aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung**

Für die Erstattung der Beiträge aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung gilt § 139 entsprechend.

## **4. Kooperation mit privaten Versicherungsunternehmen**

### **§ 151**

#### **Vermittlung privater Zusatzversicherungsverträge**

Zur Ergänzung des sozialen Pflegeversicherungsschutzes bietet die landwirtschaftliche Pflegekasse die Vermittlung privater Zusatzversicherungsverträge zwischen ihren Versicherten und privaten Versicherungsunternehmen auf Grundlage der jeweiligen Kooperationsvereinbarung an.

## **VII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

### **§ 152**

#### **Bekanntmachungen**

(1) <sup>1</sup>Die Satzung, deren Änderung sowie das sonstige autonome Recht der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, mit Ausnahme der dienstrechtlichen Regelungen nach Absatz 2, werden im Internet unter [www.svlfg.de](http://www.svlfg.de) öffentlich bekannt gegeben. <sup>2</sup>Die Bekanntmachung gilt mit Ablauf des ersten Tages der Veröffentlichung im Internet als vollzogen. <sup>3</sup>Im Internet wird der Satzungstext mit Genehmigungsformel dauerhaft eingestellt. <sup>4</sup>Der Zeitpunkt des Einstellens wird dokumentiert.

(2) <sup>1</sup>Die dienstrechtlichen Regelungen, insbesondere die Dienstordnung und die sie ergänzenden Vorschriften, werden durch zweiwöchigen Aushang in den Geschäftsräumen der Hauptverwaltung und der Standorte sowie im Intranet der Sozialversicherung für Landwirt-

schaft, Forsten und Gartenbau öffentlich bekannt gemacht. <sup>2</sup>Auf dem Aushang sind der Tag des Anheftens, die Aushangsfrist und der Tag der Abnahme sichtbar zu vermerken.

### **§ 153 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.

### **§ 154 Außerkräfttreten**

Die Regelungen der §§ 8a, 12a, 14a, 15a, 16a, 20a treten mit Ablauf der am 1. Januar 2013 laufenden Wahlperiode, § 49a mit Ablauf des 31. Dezember 2017 und die §§ 39a und 137a mit Ablauf des 31. Dezember 2013 außer Kraft.

## **Anhang zu § 5 Absatz 3 der Satzung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau**

### **Entschädigungsregelungen für die ehrenamtlichen Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane, der Ausschüsse, der Beiräte und der Vertrauens- personen der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau**

Aufgrund § 41 SGB IV sowie § 5 Absatz 3 der Satzung, der Empfehlungsvereinbarung der Sozialpartner und des Bundesreisekostengesetzes einschließlich der dazu erlassenen Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung gelten für die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau folgende Entschädigungsregelungen:

#### **I. MITGLIEDER DER SELBSTVERWALTUNGSORGANE UND DER AUSSCHÜSSE**

##### **1. Reisekostenvergütungen / Erstattung barer Auslagen**

Reisekostenvergütungen werden nach den geltenden Bestimmungen des BRKG mit folgender Maßgabe gewährt:

###### **1.1 Tagegeld**

Das Tagegeld wird auch für eine am Wohnort eines Mitglieds stattfindende Sitzung der Selbstverwaltungsorgane gewährt.

###### **1.2 Übernachtungsgeld**

Höhere Aufwendungen für Übernachtungen und Aufwendungen, die das Übernachtungsgeld übersteigen, werden nur erstattet, wenn sie unvermeidbar oder notwendig waren.

###### **1.3 Fahrtkosten**

<sup>1</sup>Bei Vorliegen eines erheblichen Interesses für die Benutzung eines privaten Kraftwagens wird eine Wegstreckenentschädigung nach § 5 Absatz 2 Satz 1 BRKG gewährt. <sup>2</sup>Für Bahnfahrten werden die entstandenen notwendigen Auslagen bis zur 1. Klasse erstattet.

###### **1.4 Unterkunfts- und Verpflegungskosten für Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer**

Unterkunfts- und Verpflegungskosten für eine Kraftfahrerinnen oder einen Kraftfahrer werden dann erstattet, wenn das Fahrzeug wegen körperlicher Behinderung nicht selbst geführt werden kann oder sonstige zwingende Gründe vorliegen.

##### **2. Ersatz des Bruttoverdienstes und von Beiträgen zur Rentenversicherung**

###### **2.1 Verdienstauffallersatz und Beiträge zur Rentenversicherung**

Für den Verdienstauffallersatz und die den Arbeitnehmeranteil übersteigenden Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gelten die Vorschriften des SGB IV.



## **2.2. Regelmäßige Arbeitszeit der Selbständigen**

Für die regelmäßige Arbeitszeit im Sinne von § 41 Absatz 2 Satz 2 SGB IV ist in Anbetracht der besonderen Verhältnisse der bei der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau versicherten Unternehmerinnen oder Unternehmer die Zeit von 7 bis 19 Uhr täglich zugrunde zu legen; höchstens jedoch 10 Stunden kalendertäglich.

## **2.3 Entschädigung für Ersatzkraft**

Soweit von einer Unternehmerin oder einem Unternehmer für die Dauer der Ausübung ihres oder seines Ehrenamtes eine Ersatzkraft in Anspruch genommen wird, werden die dafür aufgewendeten Kosten als der entgangene Bruttoverdienst erstattet.

## **3. Pauschbetrag für Zeitaufwand**

### **3.1 Pauschbetrag für Zeitaufwand je Sitzungskalendertag**

<sup>1</sup>Für jeden Kalendertag einer Sitzung oder mehrerer Sitzungen, unabhängig von der Zeitdauer, wird ein Pauschbetrag für Zeitaufwand in Höhe von 65 Euro gezahlt. <sup>2</sup>Dies gilt insbesondere auch für Vorbereitungen der Gruppen, die der Vorbereitung der Sitzungen dienen.

### **3.2 Pauschbetrag für Zeitaufwand je Sitzungskalendertag für Vorsitzende der Ausschüsse**

Die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse der Selbstverwaltungsorgane – mit Ausnahme der Widerspruchsausschüsse und der Rentenausschüsse – erhalten für jeden Kalendertag einer Ausschusssitzung oder mehrerer Ausschusssitzungen, unabhängig von der Zeitdauer, einen Pauschbetrag für Zeitaufwand in Höhe von 130 Euro.

### **3.3 Pauschbetrag für Zeitaufwand außerhalb von Sitzungen**

<sup>1</sup>Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane – ausgenommen die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden – erhalten bei außergewöhnlicher Inanspruchnahme einen Pauschbetrag für Zeitaufwand außerhalb von Sitzungen, sofern sie im Einzelfall aufgrund eines besonderen Auftrages tätig werden. <sup>2</sup>Dieser Pauschbetrag wird je Kalendertag auf 65 Euro festgesetzt. <sup>3</sup>Das gilt nicht für die Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben. <sup>4</sup>An die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane werden für ihre Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen (z. B. Seminare Selbstverwaltung) keine Pauschbeträge für Zeitaufwand gewährt.

## **4. Entschädigung der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes und der Vertreterversammlung für ihre Tätigkeit außerhalb von Sitzungen**

### **4.1 Pauschbetrag für bare Auslagen außerhalb von Sitzungen**

<sup>1</sup>Die Auslagen der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Selbstverwaltungsorgane für ihre Tätigkeit außerhalb von Sitzungen bei der Wahrnehmung in Angelegenheiten

der landwirtschaftlichen Unfallversicherung werden, sofern keine Einzelaufstellung erfolgt, mit einem Pauschbetrag abgegolten.

<sup>2</sup>Danach werden die monatlichen Pauschbeträge wie folgt festgesetzt

- für den Vorsitz im Vorstand = 81 Euro
- für die stellvertretenden Vorsitze im Vorstand = 81 Euro
- für den Vorsitz in der Vertreterversammlung = 41 Euro
- für die stellvertretenden Vorsitze in der Vertreterversammlung = 41 Euro.

#### **4.2 Pauschbetrag für Zeitaufwand außerhalb von Sitzungen**

<sup>1</sup>Die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Selbstverwaltungsorgane erhalten für ihre Tätigkeit außerhalb von Sitzungen bei der Wahrnehmung in Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Unfallversicherung einen Pauschbetrag. <sup>2</sup>Der Pauschbetrag für die stellvertretenden Vorsitzenden der Selbstverwaltungsorgane beträgt jeweils 75 vom Hundert des Pauschbetrages für die Vorsitzenden. <sup>3</sup>Danach werden die monatlichen Pauschbeträge wie folgt festgesetzt:

- für den Vorsitz im Vorstand = 650 Euro
- für die stellvertretenden Vorsitze im Vorstand = 488 Euro
- für den Vorsitz in der Vertreterversammlung = 195 Euro
- für die stellvertretenden Vorsitze in der Vertreterversammlung = 147 Euro.

#### **4.3 Sozialversicherungszweigübergreifende Regelungen**

<sup>1</sup>Wird der Vorsitz oder der stellvertretende Vorsitz in mehreren Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wahrgenommen, so werden die Pauschbeträge nach Ziffer 4.1 und 4.2 für die Wahrnehmung in Angelegenheiten der Alterssicherung der Landwirte um zwei Drittel und für die Wahrnehmung in Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Krankenversicherung um weitere drei Drittel erhöht und auf volle Euro gerundet. <sup>2</sup>Werden Angelegenheiten im Rahmen des § 53 SGB XI von demselben Vorsitzenden oder demselben stellvertretenden Vorsitzenden nicht wahrgenommen, so ist der jeweilige Pauschbetrag für die Wahrnehmung in Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Krankenversicherung nur um zwei Drittel zu erhöhen und auf volle Euro zu runden. <sup>3</sup>Beginnt oder endet die ehrenamtliche Tätigkeit während eines Monats, so werden die Pauschbeträge anteilig gewährt.

### **5. Ersatz von Sachschäden**

<sup>1</sup>Die „Richtlinien für Billigkeitszuwendungen bei Sachschäden, die im Dienst entstanden sind“ vom 10. Dezember 1964 und die dazu ergänzenden Rundschreiben in der jeweils gültigen Fassung werden bei Sachschäden, die bei der ehrenamtlichen Tätigkeit entstehen, entsprechend angewendet. <sup>2</sup>Dies gilt auch, wenn es gleichzeitig zu einer Verletzung eines ehrenamtlichen Organmitglieds gekommen ist. <sup>3</sup>Über den Ersatz von Sachschäden entscheidet der Vorstand.

## **II. MITGLIEDER DER BEIRÄTE**

<sup>1</sup>Für die Mitglieder der Beiräte gilt Abschnitt I entsprechend. <sup>2</sup>Die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Beiräte erhalten für jeden Kalendertag einer Sitzung unabhängig von der Zeitdauer, einen Pauschbetrag für Zeitaufwand in Höhe von 130 Euro.

## **III. VERTRAUENSPERSONEN**

<sup>1</sup>Die Vertrauenspersonen erhalten für ihre Tätigkeit einen monatlichen Pauschbetrag für bare Auslagen von 25 Euro und für Zeitaufwand von 62 Euro. <sup>2</sup>Bei Informations- und Fortbildungsmaßnahmen gilt Abschnitt I Nr. 1 und 2 entsprechend.

## **IV. VERFAHREN DER AUSZAHLUNG**

<sup>1</sup>Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt durch Überweisung auf die von den ehrenamtlich Tätigen angegebenen Konten auf der Grundlage der von der oder dem Anspruchsberechtigten unterzeichneten Kostenaufstellung und der Vorlage aller Unterlagen und Belege. <sup>2</sup>Die monatlichen Pauschbeträge der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden sowie die Entschädigung der Vertrauenspersonen werden monatlich im Voraus gezahlt.

### **Anhang zu § 15 Absatz 1**

#### **der Satzung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau**

Die Widerspruchsausschüsse der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau haben ihre Sitze in:

Augsburg  
Bayreuth  
Darmstadt  
Düsseldorf  
Hannover  
Hoppegarten  
Karlsruhe  
Kassel  
Kiel  
Landshut  
München  
Münster  
Stuttgart  
Speyer  
Würzburg

### **Anhang zu § 16 Absatz 1**

#### **der Satzung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau**

Die Rentenausschüsse der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau haben ihre Sitze in:

Augsburg  
Bayreuth  
Darmstadt  
Düsseldorf  
Hannover  
Hoppegarten  
Karlsruhe  
Kassel  
Kiel  
Landshut  
München  
Münster  
Stuttgart  
Speyer  
Würzburg

## Anlage 1 zu §§ 41, 42, 43 und 44 der Satzung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau

### Ermittlung der Berechnungseinheiten

#### 1. Abschätztarif nach § 41

Zur Ermittlung der einzelnen Berechnungseinheiten (BER) je Produktionsverfahren wird die Menge (z. B. Hektar, Anzahl der durchschnittlich gehaltenen Tiere, Arbeitstage) mit der für das jeweilige Produktionsverfahren geltenden BER je Einheit multipliziert und auf 4 Dezimalstellen gerundet. Die BER je Einheit ermittelt sich, indem die Menge mit dem festgesetzten Degressionsfaktor - unter Berücksichtigung der festgesetzten Degressionsbereiche - potenziert und das Ergebnis mit dem für das Produktionsverfahren festgesetzten Basiswert multipliziert wird.

Produktionsverfahren	Degressionsbereich in ha (Unter-/Obergrenze)	BER-Bereich je Einheit	Basiswert, Degressionsfaktor
<b>Ackerland</b>			
Mähdruschfrüchte (Getreide, Ölfrüchte, Eiweißpflanzen und Zuckerrüben)	1 bis 1000 ha	1,575 bis 0,6416	$1,575 \cdot x^{-0,13}$
Futterbau und Bioenergiepflanzen (u. a. Silomais, Corn Cob Mix, Ganzpflanzensilage, Miscanthus, Kurzumtriebsplantagen, Futterrüben, Ackergras)	1 bis 400 ha	2,04 bis 1,0554	$2,04 \cdot x^{-0,11}$
Kartoffeln	1 bis 150 ha	6 bis 1,3345	$6 \cdot x^{-0,3}$
Aus der Produktion genommene landwirtschaftliche Flächen (u. a. stillgelegte Flächen, Landschaftselemente inklusive Knicks)	1 bis 500 ha	0,45 bis 0,1220	$0,45 \cdot x^{-0,21}$
<b>Grünland</b>			
Almen, Alpen, Hutungen, nicht umzäunte oder mobil umzäunte Schaf- und Ziegenweiden, Deich- und Hallignutzungen	1 bis 200 ha	0,345 bis 0,2381	$0,345 \cdot x^{-0,07}$
Dauergrünland als Wiesen, Weiden und Mähweiden außerhalb von Almen, Alpen, Hutungen und nicht umzäunte oder mobil umzäunte Schaf- und Ziegenweiden, Deich- und Hallignutzungen	1 bis 200 ha	1,815 bis 0,8374	$1,815 \cdot x^{-0,146}$

Produktionsverfahren	Degressionsbereich in ha (Unter-/Obergrenze)	BER-Bereich je Einheit	Basiswert, Degressionsfaktor
<b>Gemüseanbau im Freiland</b>			
Industriegemüse mit voll mechanischer Ernte ohne weitere Aufbereitung sowie Blumen im Freiland zum Selbstschneiden (u. a. Buschbohnen, Blumenkohl, Dicke Bohnen, Erbsen ohne Hülsen, Grünkohl, Broccoli, Feldsalat, Rucola, Babyleave, Küchenkräuter, Waschmöhren, Schnittlauch, Spinat, Zwiebeln)	1 bis 50	5 bis 4,1117	$5 \cdot x^{-0,05}$
Industrie- und Frischgemüse mit händischer Ernte /Aufbereitung (u. a. Blumenkohl, Dicke Bohnen, Chicoree, China-kohl, Frischerbsen mit Hülsen, Grünkohl, Schälgurken, Knollenfenchel, Kohlrabi, Speisekürbis, Meerrettich, Bundmöhren, Frischpetersilie, Porree, Radies, Rettich, Rhabarber, Rosenkohl, Rote Rüben, Rotkohl, Rucola, Salate, Sellerie, Frischspinat, Weißkohl, Wirsing, Zucchini, Zuckermais)	1 bis 50	40 bis 34,34	$40 \cdot x^{-0,039}$
Intensivgemüse (u. a. Spargel, Gurken, Tomaten, Bundzwiebeln, Stangenbohnen)	1 bis 50	107 bis 89,3781	$107 \cdot x^{-0,046}$
<b>Obstanbau im Freiland</b>			
Obstanbau mit mechanischer Ernteunterstützung (u. a. Mostäpfel, Schwarze Johannisbeeren, Walnüsse, Haselnüsse, Sauerkirschen, Mirabellen)	1 bis 50	13,7 bis 10,2164	$13,7 \cdot x^{-0,075}$
Baumobst	1 bis 50	49,5 bis 39,2976	$49,5 \cdot x^{-0,059}$
Beerenobst	1 bis 50	116 bis 95,3915	$116 \cdot x^{-0,05}$

Produktionsverfahren	Degressionsbereich in ha (Unter-/Obergrenze)	BER-Bereich je Einheit	Basiswert, Degressionsfaktor
<b>Weinanbau</b>			
Ausschließliche Traubenproduktion	1 bis 20	61,4 bis 50,0	$-0,6 \cdot x + 62$
Traubenproduktion mit eigener Kellerwirtschaft	1 bis 20	72,3 bis 59,0	$-0,7 \cdot x + 73$
<b>Hopfen</b>	1 bis 60	28,083 bis 17,05	$-0,187 \cdot x + 28,27$
<b>Tabak</b>	Keine Degression	39,4	-
<b>Christbäume</b>	1 bis 50	5,9 bis 2,973	$5,9 \cdot x^{-0,175}$
<b>Forst</b>			
Alle Baumarten bis 5 ha		0,3632	
Alle Baumarten (über 5 bis 100 ha pauschal degressiv, ab 100 ha in Abhängigkeit des betriebsindividuellen steuerlichen Nutzungssatzes degressiv). Wurde ein steuerlicher Nutzungssatz für einen Betrieb nicht festgesetzt, wird anstelle des steuerlichen Nutzungssatzes der aus den Forsteinrichtungen (Betriebswerke) ableitbare Hiebsatz zugrunde gelegt. Es ist mindestens ein Hiebsatz von 4 Festmetern zugrunde zu legen.	über 5 bis 1000 ha	0,3632 bis 0,1080 (Bei der Berechnung der degressierten Werte ist der betriebliche Nutzungssatz nicht berücksichtigt.)	über 5 bis 100 ha: $(1,3655 + 2,648 \cdot (ha + 95)^{-0,4933} \cdot (ha - 5)) \cdot 1,33$  über 100 ha: $(1,3655 + (2,648 \cdot (ha + 95)^{-0,4933}) \cdot ((ha - 5) + (0,047102 \cdot (NS - 5) \cdot (ha - 100)))) \cdot 1,33$ <i>NS = individueller Nutzungssatz Betrieb</i>
vertraglich aus der Produktion genommene Forstflächen	Keine Degression	0,1	

Produktionsbereiche	Degressionsbereich je durchschnittlich gehaltenem Tier	BER-Bereich je durchschnittlich gehaltenem Tier	Degressionsfaktor
<b>Rinderhaltung</b>			
Milchkühe, Deckbullen jeder Art	10 bis 400	7,1669 bis 2,5988	$13,5 \cdot x^{-0,275}$
Mutterkühe inklusive Kälber bis zum Absetzen	10 bis 150	2,8530 bis 1,8730	$-0,007 \cdot x + 2,923$
Sonstige Rinder	10 bis 1000	1,9554 bis 0,3245	$4,8 \cdot x^{-0,39}$

Produktionsbereiche	Degressionsbereich je durchschnittlich gehaltenem Tier	BER-Bereich je durchschnittlich gehaltenem Tier	Degressionsfaktor
<b>Schweinehaltung</b>			
Sauenhaltung (inklusive Ferkelproduktion mit ca. 28 Tagen Säugezeit und ca. 8 kg Absetzgewicht)	50 bis 1000	1,3062 bis 0,7849	$2,54 \cdot x^{-0,17}$
Schweinemast, Ferkelaufzucht, Jungsauenaufzucht	50 bis 4000	0,1999 bis 0,0786	$0,46 \cdot x^{-0,213}$
<b>Geflügel</b>			
Legehennen	50 bis 50000	0,15 bis 0,011	$0,658 \cdot x^{-0,378}$
Junghennenaufzucht	500 bis 50000	0,0113 bis 0,0056	$0,0286 \cdot x^{-0,15}$
Masthühner	500 bis 80000	0,0226 bis 0,002	$0,447 \cdot x^{-0,48}$
Mastputen	500 bis 30000	0,0422 bis 0,0079	$0,54 \cdot x^{-0,41}$
Mastenten	500 bis 30000	0,0653 bis 0,0117	$0,888 \cdot x^{-0,42}$
Mastgänse	50 bis 5000	0,1796 bis 0,0227	$1,04 \cdot x^{-0,449}$
<b>Schafe und Ziegen</b>			
Fleischschafe und -ziegen (je Mutter- bzw. Vatertier)	10 bis 500	2,2051 bis 0,4264	$5,8 \cdot x^{-0,42}$
Milchschafe und -ziegen ohne Käsen und Vermarktung	50 bis 2000	2,2545 bis 0,8175	$6,611 \cdot x^{-0,275}$
<b>Wildtierhaltung</b> (je Produktionseinheit - PED -, d.h. inklusive Aufzuchttiere und Hirsche)	keine Degression	0,7	-
<b>Kaninchenhaltung</b> je Häsin oder Rammler	50 bis 10000	0,6979 bis 0,4946	$0,9 \cdot x^{-0,065}$
<b>Bienehaltung</b> je Stock	10 bis 200	1,1892 bis 0,6936	$1,8 \cdot x^{-0,18}$
<b>Pferde- und Ponyhaltung (Equiden)</b>			
Deckhengste ohne Sport-einsatz	1 bis 100	12,8 bis 9,6208	$12,8 \cdot x^{-0,062}$
Zuchtstuten sowie Aufzucht-, Arbeits- und Gnadenbrottiere	1 bis 100	8,13 bis 6,1672	$8,13 \cdot x^{-0,06}$
Pensionstiere sowie Freizeit-tiere, die nicht zur Gruppe der Sport-, Turnier-, Renn-, Kutsch-, Schul- und	1 bis 100	7,59 bis 6,6	$-0,01 \cdot x + 7,6$



Produktionsbereiche	Degressionsbereich je durchschnittlich gehaltenem Tier	BER-Bereich je durchschnittlich gehaltenem Tier	Degressionsfaktor
Verleihpferde gehören			
Sport-, Turnier-, Renn-, Kutsch-, Schul- und Verleihpferde	1 bis 100	53,09 bis 52,1	$-0,01*x+53,1$

Produktionsbereiche	Degressionsbereich je ha oder jährlich eingesetztem Futter	BER-Bereich je ha oder jährlich eingesetztem Futter	Degressionsfaktor
<b>Binnenfischerei</b>			
Teichwirtschaft, Karpfen und Beifische in ha	1 bis 700	11,0 bis 2,1385	$11*x^{-0,25}$
Forellenzucht inklusive Beifische in Erdteichen und Fließgewässern je jährlich eingesetzter Tonne Futter	15 bis 150	13,6066 bis 2,5501	$97,5*x^{-0,7272}$

Produktionsbereiche	Degressionsbereich Je Einheit	BER-Bereich je Einheit	Degressionsfaktor
<b>Urlaub auf dem Bauernhof</b> je Belegtage pro Jahr	keine Degression	0,1	-
<b>Abfindungsbrennereien</b> je Liter reinen Alkohol	keine Degression	0,025	-
<b>Biogasproduktion</b> je produzierter MWh Strom pro Jahr (Biogas oder Biomethan vermarktende bzw. einspeisende Anlagen werden in MWel. umgerechnet)	400 bis 8000	0,0745 bis 0,0388	$0,2752*x^{-0,218}$

[Fassung der Ziffern 2, 3 und 4 bis 31.12.2015:]

## 2. Arbeitswert nach § 42

Zur Ermittlung der Berechnungseinheiten je Produktionsverfahren wird der in Euro ermittelte Arbeitswert durch 200,00 Euro geteilt.

## 3. Tatsächlicher Arbeitsaufwand nach § 43

Ein Arbeitstag entspricht 0,30 Berechnungseinheiten.

## 4. Jagdfläche nach § 44

Ein Hektar Jagdfläche entspricht 0,05 Berechnungseinheiten.

## Anlage 2 zu § 47 der Satzung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau

### Zuordnung der Unternehmen oder Unternehmensteile zu den Risikogruppen

Die einzelnen Produktionsverfahren sind wie folgt den Risikogruppen nach § 47 Absatz 3 zugeordnet:

	Risikogruppe	Produktionsverfahren
1	<b>Ackerbau</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mähdruschfrüchte (Getreide, Ölfrüchte, Eiweißpflanzen) und Zuckerrüben</li> <li>• Futterbau und Bioenergiepflanzen (u. a. Silomais, Corn Cob Mix, Ganzpflanzensilage, Miscanthus, Kurzumtriebsplantagen, Futterrüben, Ackergras)</li> <li>• Kartoffeln</li> <li>• aus der Produktion genommene ldw. Flächen (u. a. stillgelegte Flächen, Landschaftselemente inklusive Knicks)</li> </ul>
2	<b>Grünland</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Almen, Alpen, Hutungen, nicht umzäunte oder mobil umzäunte Schaf- und Ziegenweiden, Deich- und Hallignutzungen</li> <li>• Dauergrünland als Wiesen, Weiden und Mähweiden außerhalb von Almen, Alpen, Hutungen und nicht umzäunte oder mobil umzäunte Schaf- und Ziegenweiden, Deich- und Hallignutzungen</li> </ul>
3	<b>Obst und Gemüse im Freiland, Hopfen, Tabak und Christbäume</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Obstanbau mit mechanischer Ernteunterstützung (u. a. Mostäpfel, Schwarze Johannisbeeren, Walnüsse, Haselnüsse, Sauerkirschen, Mirabellen)</li> <li>• Baumobst</li> <li>• Beerenobst</li> <li>• Industriegemüse mit voll mechanischer Ernte ohne weitere Aufbereitung sowie Blumen im Freiland zum Selbstschneiden (u. a. Buschbohnen, Blumenkohl, Dicke Bohnen, Erbsen ohne Hülsen, Grünkohl, Broccoli, Feldsalat, Rucola, Babyleave, Küchenkräuter, Waschmöhren, Schnittlauch, Spinat, Zwiebeln)</li> <li>• Industrie und Frischgemüse mit händischer Ernte/Aufbereitung (u. a. Blumenkohl, Dicke Bohnen, Chicoree, Chinakohl, Frischerbsen mit Hülsen, Grünkohl, Schälgurken, Knollenfenchel, Kohlrabi, Speisekürbis, Meerrettich, Bundmöhren, Frischpetersilie, Porree, Radies, Rettich, Rhabarber, Rosenkohl, Rote Rüben, Rotkohl, Rucola, Salate, Sellerie, Frischspinat, Weißkohl, Wirsing, Zucchini, Zuckermais)</li> <li>• Intensivgemüse (Spargel, Gurken, Tomaten, Bundzwiebeln, Stangenbohnen)</li> <li>• Hopfen</li> </ul>

	Risikogruppe	Produktionsverfahren
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Tabak</li> <li>• Christbäume</li> </ul>
4	<b>geschützter gärtnerischer Anbau, Blumen- und Zierpflanzenanbau sowie Baumschulen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• geschützter gärtnerischer Anbau (gärtnerische Nutzung im Freiland, Hochglas, Niederglas), Blumen- und Zierpflanzenanbau sowie Baumschulen</li> </ul>
5	<b>Weinbau</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ausschließliche Traubenproduktion</li> <li>• Traubenproduktion mit eigener Kellerwirtschaft</li> </ul>
6	<b>Forst</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• alle Baumarten</li> <li>• vertraglich aus der Produktion genommene Forstflächen</li> </ul>
7	<b>Rinderhaltung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Milchkühe, Deckbullen jeder Art</li> <li>• Mutterkühe inklusive Kälber bis zum Absetzen</li> <li>• Sonstige Rinder</li> </ul>
8	<b>Schweinezucht und –mast</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sauenhaltung (inklusive Ferkelproduktion mit ca. 28 Tagen Säugezeit und ca. 8 kg Absetzgewicht)</li> <li>• Schweinemast, Ferkelaufzucht, Jungsauenaufzucht</li> </ul>
9	<b>Pferdehaltung einschließlich Pferdehaltungen in Nebenunternehmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Deckhengste ohne Sporteinsatz</li> <li>• Zuchtstuten sowie Aufzucht, Arbeits- und Gnadenbrottiere</li> <li>• Pensionstiere sowie Freizeittiere, die nicht zur Gruppe der Sport- bzw. Turnier-, Renn-, Kutsch-, Schul- und Verleihpferde gehören</li> <li>• Sport- bzw. Turnier-, Renn-, Kutsch-, Schul- und Verleihpferde</li> </ul>
10	<b>Sonstige Tierhaltung (Geflügelhaltung, Schafe, Ziegen, Kaninchen, Wildtierhaltung) sowie Binnenfischereien und Imkereien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Legehennen</li> <li>• Junghennenaufzucht</li> <li>• Masthühner</li> <li>• Mastputen</li> <li>• Mastenten</li> <li>• Mastgänse</li> <li>• Fleischschafe und -ziegen</li> <li>• Milchschafe und -ziegen</li> <li>• Wildtierhaltung</li> <li>• Kaninchenhaltung</li> <li>• Imkerei</li> <li>• Teichwirtschaft Karpfen und Beifische</li> <li>• Forellenzucht inklusive Beifische in Erdteichen und Fließgewässern</li> <li>• Fluss- und Seenfischerei</li> </ul>
11	<b>Unternehmen des Garten- und Landschaftsbaus sowie Lohnunternehmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Garten- und Landschaftsbauunternehmen</li> <li>• Landwirtschaftliche Lohnunternehmen</li> <li>• Forstwirtschaftliche Lohnunternehmen</li> </ul>

	<b>Risikogruppe</b>	<b>Produktionsverfahren</b>
12	<b>Unternehmen der Park- und Gartenpflege sowie Friedhofsunternehmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unternehmen der Park- und Gartenpflege, Friedhöfe sowie private Park- und Gartenpflege</li> </ul>
13	<b>Jagdunternehmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jagdunternehmen</li> </ul>
14	<b>Beherbergung/Verköstigung, Energiegewinnung, Handel/Verwaltung/ Dienstleistung, Veredelung/Produktgewinnung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beherbergung/Verköstigung, Urlaub auf dem Bauernhof</li> <li>• Energiegewinnung, Biogasanlagen</li> <li>• Handel/Verwaltung/Dienstleistung</li> <li>• Veredelung/Produktgewinnung</li> <li>• Abfindungsbrennereien</li> </ul>
15	<b>Handwerksbetriebe, Hoch- und Tiefbauunternehmen, Transport- und Fuhrunternehmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Handwerk</li> <li>• Hoch- und Tiefbau</li> <li>• Transport- und Fuhrunternehmen</li> </ul>
16	<b>Landwirtschaftskammern, Berufsverbände der Landwirtschaft, Unternehmen, die unmittelbar der Sicherung, Überwachung oder Förderung der Landwirtschaft überwiegend dienen (ohne Unternehmen der Energiegewinnung), SVLFG und deren weitere Einrichtungen sowie ZLA und ZLF</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Landwirtschaftskammern, Berufsverbände der Landwirtschaft, SVLFG sowie ZLA, ZLF und Rehabilitanden der SVLFG</li> <li>• Unternehmen, die unmittelbar der Sicherung, Überwachung oder Förderung der Landwirtschaft überwiegend dienen (ohne Unternehmen der Energiegewinnung)</li> </ul>